

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Verbandsanzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 1. September 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Ein amerikanischer Kathedersozialist.

Die Sozialdemokratie hat viele Feinde, aber wenig ernste Gegner. Es ist unendlich leicht, ein erbitterter gehässiger Feind einer Bewegung zu sein, die man nicht kennt oder nicht kennen will, weil man die Binde des gesellschaftlichen Vorurteils oder der geschäftlichen Interessen vor den Augen trägt. Es ist unendlich schwer, sich mit vorurteilslosem Eifer in die Gedankengänge des Sozialismus zu vertiefen, ohne sich alsbald als ihr Gefangener zu fühlen. Darum ist der Feind eine ebenso häufige wie uninteressante Erscheinung — man schlägt sich mit ihm, weil man sich mit ihm schlagen muß —, der ernste Gegner aber ist, wo man ihn antrifft, ein seltener unerhoffter Gewinn zumal für uns deutsche Sozialdemokraten; denn es ist wahrhaft ein elend Gewerbe, gegen den platten Big fürchterlicher Hossparmacher und die abernem Demunziationen der Alexanderplatzpresse tagtäglich den Eselskinnbäden schwingen zu müssen. Abwechslung wird da zur wahren Erholung.

Darum sind wir Herrn Dr. Hermann Gasse in Leipzig (nicht zu verwechseln mit Ernst, dem Alldentschen) zu Danke verpflichtet, daß er den deutschen Sozialdemokraten die Bekanntschaft mit einem interessanten Gegner vermittelt hat, dem amerikanischen Universitätsprofessor John Graham Brooks, dessen „Studien über Arbeiterbewegung und Sozialismus“ jetzt in deutscher Uebersetzung vorliegen.)

Mit Herrn Brooks brauchen wir uns nicht über die angeblichen Vorzüge des sogenannten „sozialen Königtums“ auseinanderzusetzen, denn Herr Brooks ist Amerikaner, dem die Demokratie ein ebenso selbstverständliches Recht, wie uns eine selbstverständliche Forderung ist. Wahlrechtsraub, Zuchthaus-Vorlagen, Militarismus, Marinismus — alles das scheidet erfreulicherweise von vornherein aus der Diskussion aus, weil man in gebildeter Gesellschaft über die prinzipielle Bedeutung dieser Dinge nicht mehr zu diskutieren braucht.

John Graham Brooks ist Demokrat, Antimilitarist, Arbeiterfreund und doch kein Sozialdemokrat. Wie geht das zu?

Das Emporstreben der sozialistischen Bewegung in Amerika hat ihn, ähnlich wie unsere Kathedersozialisten zu Anfang der siebziger Jahre, veranlaßt, sich mit den Problemen des Sozialismus zu befassen, wobei ihm die größere Freiheit seiner Stellung, eine eingehende Bekanntschaft mit der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, das Studium der sozialistischen Theorie, schließlich auch die persönliche Anschauung europäischer Verhältnisse wohl zustatten kamen.

Darin freilich verkennt er nicht den Amerikaner, daß die theoretische Abstraktion seine schwächste Seite ist. Seine Art, gegen die materialistische Geschichtsauffassung, er nennt sie „fatalistisch“, und gegen das Prinzip des Klassenkampfes zu polemisieren, verrät, daß er sich von diesen Dingen eine völlig falsche Vorstellung macht. In Wirklichkeit ist Herr Brooks ohne es zu wissen, ein Schüler und Kuhnhefer der materialistischen Geschichtsauffassung, was jedem Kundigen klar wird, wenn er bei ihm folgendes liest:

Jeder ausgeprägte Typ des Wirtschaftslebens hat sich seine eigenen politischen Formen geschaffen; das haben wir beim Bürgerkrieg in den Sklavenstaaten gesehen wie auch an der Abkündigung der englischen Landlordenschaft durch Berufung von Vertretern aus der Bildung und Industrie ins Parlament. Eine Monographie der drei größten Wirtschaftszweige Pennsylvaniens: Transportwesen, Bergbau, Eisenindustrie — würde gleichzeitig eine Entwicklungsgeschichte der Politik des Staates darstellen. Was in New Hampshire unter der Fahne des Volkswillens ging, waren die Interessen der „Boston and Maine“-Eisenbahn. — Wenn wir die Niederlage des politischen Liberalismus in Europa belesen, so sprechen wir damit auch aus, daß der Kapitalismus als solcher eine Opposition heraufbeschworen hat.

Schade, daß Herr Brooks an keiner Stelle seiner Schrift auf eine Analyse der behaupteten „materialistischen Geschichtsauffassung“ eingeht; das Mißverständnis würde sofort klar werden. Allem Anscheine nach hat er sich von Kommentaren fern führen lassen, die den marxistischen Begriff der Notwendigkeit gesellschaftlicher Entwicklung als einen „grob mechanistischen“ darstellen, aus dessen Reihe der menschliche Geist ausgeschaltet ist. Bei näherem Zusehen würde Herr Brooks wahrscheinlich sehr bald erkennen, daß Marx nicht so töricht gewesen ist, ein Leben voll gewaltiger geistiger Arbeit dem Zweck des Verweifes zu widmen, daß die geistige Arbeit kein Faktor der menschheits-geschichtlichen Entwicklung sei.

Nicht anders geht es Herrn Brooks mit dem Begriff des Klassenkampfes. Praktisch äußert er für den Klassenkampf der Arbeiter, für Streiks zur Verbesserung der proletarischen Lebenslage, für politische Kämpfe wider die Privilegien der Kapitalistenklasse die warmste Sympathie; nur das Wort verursacht ihm arge Weis. Hier unterliegt er offenbar dem suggestiven Einfluß seiner deutschen Kollegen, die das Wort

„Klassenkampf“ als ein Schlagwort der Sozialdemokratie unter allen Umständen vermeiden müssen, und sich darum von seiner Bedeutung eine abenteuerliche Vorstellung einreden, als ob Klassenkampf ein Mittelkrieg gegen jeden einzelnen Mann der anderen Klasse, nicht aber ein Kampf gegen das feindliche Prinzip wäre. Mit welcher Natbetät Herr Brooks diesem Irrtum unterliegt, erhellt aus seiner gelegentlichen Bemerkung: das Prinzip des Klassenkampfes sei eigentlich schon dadurch ad absurdum geführt, daß der Sozialismus seine ersten Führer aus den Schichten der Gelehrten entlehnte! Nach dieser Auffassung wäre es erst richtiger „Klassenkampf“ gewesen, wenn die Arbeiter Marx, Engels und Lassalle als „Bourgeois“ an die Laternenpfähle befördert haben würden!

Daraus erklärt sich auch leicht das dritte Mißverständnis, das Herrn Brooks widersährt. Er begehrt nämlich das große Unrecht, die Sozialisten mit den — deutschen Universitätsprofessoren zu vergleichen, von denen er aus eigener Erfahrung erzählt, sie zeigten sich im Privatgespräch „bedeutend radikaler, viel fähiger im Kritisieren der bestehenden Einrichtungen und viel mehr zu entscheidenden Abänderungen unserer Gesellschaftsordnung geneigt“ als in ihren Büchern und öffentlichen Vorlesungen. Wenn Herr Brooks fortfahrend meint, auch die Sozialisten hätten „wie der Bourgeois seine Würde ihre Paradeansichten, die im Interesse der Sache orthodox und starr aufrecht erhalten werden“, so ist das eine allzu eifertige Behauptung, die mit wahren Fentnerlasten von Gründen — nämlich mit unserer ganzen kritischen „revisionistischen“ Literatur — leicht zu widerlegen ist. Aber freilich: Wenn Herr Brooks in sozialdemokratischen Zeitungen liest, daß wir am Prinzip des Klassenkampfes und an der materialistischen Geschichtsauffassung festhielten und dann etwa in einem Privatgespräch auf seine Interpellation die Antwort erhält, es fielen uns nicht ein, den Klassenkampf im Neugabelsinne und den historischen Materialismus fatalistisch aufzufassen, dann glaubt Herr Brooks flugs einen Widerspruch zwischen öffentlicher Lehre und privater Meinung feststellen zu müssen, während ein Widerspruch tatsächlich nur zwischen seinen falschen Vorstellungen von unserer Meinung und unser wirklichen Meinung besteht.

Wenn Herr Brooks so auf der einen Seite manche Fehler seiner deutschen Kollegen kopiert, so hat er auf der anderen Seite doch auch Vorzüge, die wir bei jenen vermiffen. Die freimütig-respektvolle Art, in der er die Probleme des Sozialismus behandelt, nicht wohlwollig ab von der sattfam bekannten deutschen Manier, aus der Not eine Tugend zu machen und erzwungene vorfichtige Zurückhaltung als wissenschaftliche Objektivität auszuspielen, die turnhoch erhaben über den Lehren der politischen Agitatoren steht. Brooks sucht weder die geistige noch die tatsächliche Bedeutung zu verfeinern, die der Sozialismus heute für Amerika und die ganze Welt besitzt. „Die besten Köpfe der fünf ersten Kulturländer“, schreibt er, „sehen Seite an Seite mit den sogenannten Agitatoren. Was muß diese Waffenbrüderschaft der selbstlosen Kreise für einen Eindruck auf die Arbeiterschaft machen, die täglich Beweise von ihr sieht!“ Auch die alberne Einrede, der Sozialismus könne „nur zerstören“, hat für den amerikanischen Professor keine Geltung. Darüber meint er:

Man hat dem Sozialismus vorgeworfen, daß er keine positive, konstruktive Kraft besäße. Hätte er sich aber wirklich nur auf die Kritik des Bestehenden beschränkt, der Dienst, den er der Gesellschaft durch das unermüdbare Bestreben geleistet hat, würde sein Bestehen bereits redifizieren. . . . Wir haben schon oben erwähnt, daß es heute keine Partei gibt, welche ein so logisch klares, bestimmt abgegrenztes Programm aufweisen kann wie die Sozialisten.

Die Furcht vor dem sozialistischen „Zuchthausstaate“ ist Herrn Brooks gleichfalls fremd. Als praktischer Amerikaner kennt er nur eine Frage, und die lautet mit größter Einfachheit: Wie macht man das? Hier setzen auch seine eigentümlichsten Bedenken ein. Ob die Güterproduktion in einer sozialistischen Ordnung geringer würde, als in einer kapitalistischen, weil der private Trieb zum Reichwerden wegfiele, oder stärker, weil die Organisation der Güterverteilung Gleichmäßigkeit und Sparamkeit ermögligte — darüber will er nicht entscheiden, das kann nach seiner Meinung nur die praktische Erfahrung lehren. Nicht ohne Bikanterie ist für uns Deutsche eine persönliche Erinnerung, die der amerikanische Professor an dieser Stelle einfließt. Er erzählt nämlich, ein deutscher Bürgermeister habe seine Bedenken gegen den Sozialismus zu zerstreuen gesucht durch den Einwand: „Wo so viel mehr tägliche Interessen auf dem Spiele stehen, muß der rechtschaffene Bürger sich schon um die Dinge bekümmern, sonst hätte er zu hart bei der Steuerzahlung zu büßen.“

Die amerikanische Ansicht, daß der Sozialismus nur ein europäisches Gewächs sei, läßt sich angesichts der wachsenden Bahlerfolge unserer amerikanischen Genossen und des immer stärkeren Eindringens sozialistischen Geistes in die Gewerkschaften nicht mehr aufrechterhalten. Von der wachsenden Macht des amerikanischen Sozialismus legt die Schrift des Professor Brooks nicht bloß durch ihre Existenz Zeugnis ab, sondern auch durch ihr ausdrückliches Bekenntnis:

Paupertätigkeit haben wir jahrelang einer dem anderen nachgesprochen: „der Sozialismus, wie wir ihn in Amerika sehen, ist nur vom Auslande eingeschleppt“. Heute würde diese Behauptung schon lächerlich wirken. Jede Gewerkschaft, die im Kampfe

schon einmal unterlegen ist, ist reif geworden für den Sozialismus; und unsere vernünftigen Sozialisten freuen sich über nichts mehr, als über den Kampf des Kapitals gegen die Gewerkschaften. Die Sozialisten mit dem gebrochenen Englisch, die die Monarchen der alten Welt ausgebrütet haben, treten schon zurück gegenüber denen mit dem spezifisch amerikanischen Stempel, die wir den Schlägen des Kapitals verdanken. . . . Das erste Stadium der Dekadenz hat für die konventionellen Parteien begonnen: sie sind in die Defensive gedrängt. Die neuen sozialistischen Lehren haben zum mindesten den einen Vorzug: den eines positiven schöpferischen Programms.

Daß Herr Brooks trotzdem dem Sozialismus mit kühler Skepsis gegenübersteht, haben wir schon gehört. Die Korruption des kapitalistischen Staates, der Umstand, daß „von allen öffentlichen Geschäften kaum Zehntel schlecht geführt werden“, schlägt ihm zu einem Argument gegen den Sozialismus um. Darum redet er den Kapitalisten seines Landes gut zu, allen scharfmacherischen Neigungen zu entsagen, den Gewerkschaften das größte Entgegenkommen zu zeigen und womöglich mit ihnen Tarifverträge abzuschließen. Die wahre Gefahr für die gesellschaftliche Entwicklung sei nicht der Sozialismus, sondern eine Kapitalistenklasse, die „auf gewalttätige oder beleidigende Art den Drang der Arbeiterschaft nach Hebung ihrer Lebenslage niederzuhalten sucht“. Eine solche kapitalistische Politik könne nur einen Ausgang haben: „die ungeheure Kräftigung einer plutokratischen Regierung mit einer Armee gutbezahlter Helfer in Sinekuren, einer verhältnismäßig kleinen Elite gelehrter Arbeiter, die alle leben von der großen Masse, von einer schlechtbezahlten Sklavenklasse, die mit Militärgewalt niedergehalten wird“. Das ist der „Zuchthausstaat“, den der amerikanische Professor fürchtet, und nun mögen sich die deutschen Arbeiter fragen, wie weit sie eigentlich noch von einem Zustande entfernt sind, der für den amerikanischen Gelehrten das fürchterliche Schreckbild der Zukunft ist!

Dem Sozialismus gegenüber empfiehlt Brooks eine Politik der allmählichen Konzessionen. „Wenn die besten Köpfe unseres Volkes“, so sagt er zum Schluß, „von der Notwendigkeit der Reformen überzeugt, nur über ihre Art noch uneinig sind, so soll man die in unseren Stadtverwaltungen mehr und mehr auftauchenden Sozialisten nicht begeistern, sondern sie zur Erfüllung ihres Versprechens der wirtschaftlichen Volks-erziehung anhalten und sie darin unterstützen. Man soll zugeben, daß das alte System schlecht war und ihnen Gelegenheit geben, ihre Methoden auszuüben. . . .“

So urteilt Herr Professor Brooks, den wir einen amerikanischen Kathedersozialisten genannt haben, weil sein Auftreten an jene ethisch gefärbten sozialreformerisch gesinnten deutschen Professoren erinnert, die der demunziatorische Eifer des liberalen Herrn J. V. Dyppeheim die deutschen „Kathedersozialisten“ gekauft hat. Was ihn mit jenen verbindet, und was ihn von ihnen vorteilhaft unterscheidet, glauben wir klargelegt zu haben. Aber, um es noch einmal knapp und deutlich auszusprechen: Wenn beim deutsch-amerikanischen Professorentausch etwa Herr Brooks gegen Herrn Schmolzer eingehandelt werden sollte, so dürfen wir ruhig noch einen Wagen zugahen. Es wird unser Schade nicht sein!

Nach dem Friedensschluß.

Russische Pressstimmen.

Aus Moskau, Odessa, Kishinij, Nowgorod, Kiow und anderen Zentren eingegangene Drohmeldungen belagen nach dem Woffischen Depeschensbureau, daß das Zustandekommen des Friedens dort ebenso einen freudigen Eindruck hervorgerufen hat, wie in Petersburg. Die Petersburger Blätter, mit Ausnahme der „Nowoje Wremja“, äußern ihre hohe Befriedigung darüber, daß dem Blutvergießen ein Ziel gesetzt sei. „Ruß“ freut sich des Erfolges der Vertreter auf beiden Seiten, besonders aber der Japaner, welche die Anerkennung der vitalsten Interessen durchgesetzt hätten; von einem russischen Triumph, einem diplomatischen Siege Russlands zu sprechen, sei durchaus nicht am Plage, von einem diplomatischen Siege wüßte nach der Reihe der Mißerfolge auch kaum die Rede sein, es habe sich nur darum gehandelt, eine diplomatische Niederlage zu vermeiden, was auch gelungen zu sein scheint. „Slowo“ findet den Frieden so, wie Rußland ihn nach einem schimpflichen Kriege nur wünschen könnte. „Rascha Schisa“ ist zwar von dem Friedensschluß befriedigt, stimmt aber der „Nowoje Wremja“ darin bei, daß Rußland einen ungünstigeren Frieden nie abgeschlossen habe.

Auch „Sju Detschestwa“ stimmt bei, Rußland habe keine Ursache, sich eines diplomatischen Sieges zu erfreuen, doch nach dem unglücklichen Kriege wäre nichts Besseres zu erwarten gewesen.

„Nowoje Wremja“ schreibt: Wenn Rußland diesen traurigen Frieden annimmt, so gehorcht es nur der Notwendigkeit und ist dieser Friede nur als ein zeitweiliger zu bezeichnen. Der Sieger erhielt zu wenig, der Besiegte machte zu große Zugeständnisse. Dieser Frieden ist nur ein Haltpunkt in der Geschichte der Beziehungen Russlands zu Japan und diese Geschichte beginnt erst. Nach 18monatigen Kämpfe können die Russen und Japaner sich die Hände brühen und dabei sich auf Wiedersehen zutreten.

„Ruß“ ist zu der Mitteilung ermächtigt worden, daß das in Paris aufgetauchte Gerücht über einen in dem Abkommen mit Japan enthaltenen geheimen Paragraphe, nach dem Rußland angeblich 300 Millionen zu zahlen habe, durchaus unbegründet ist. Rußland gebe Japan nur, was sich bereits in dessen Händen befindet, und zahle nur die tatsächlich gemachten Ausgaben für den Unterhalt der russischen Kriegsgefangenen zurück.

In den russischen Handelszentren wird vom Friedensschlusse ein Aufschwung des Handels erwartet. An der Moskauer Börse flogen gestern Privat- wie Staatsfonds. In

*) John Graham Brooks, Prof. in Harvard, Mass. U. S. A. Soziales Wechselstüber. Studien über Arbeiterbewegung und Sozialismus. Autorisierte deutsche Bearbeitung von Dr. Hermann Gasse-Beipzig. Dresden 1903. D. V. Böhmert. (Die Uebersetzung des Titels ist nicht ganz glückl. Der englische Titel lautet „Social Unrest“; unrest bedeutet aber nichts anderes als unser deutsches Wort Unrast, Friedlosigkeit, und ist ohne pathologische Nebenbedeutung aufzufassen.)

Dessa erhofft man eine schnelle Entwicklung der Handelsbeziehungen zu dem fernen Osten. In Nishnij-Nowgorod wurde unter dem Einbrüche der Friedensmeldung eine Belebung der Messe verspürt.

Zur Feststellung des Friedensvertrags.

Der Rechtsbeistand der japanischen Friedenskommission Dennison und Professor v. Martens haben, wie aus Portsmouth gemeldet wird, den Wortlaut der Einleitung und dreier Artikel des Friedensvertrags festgestellt; sie arbeiten jetzt an dem Artikel über die Zession der ostchinesischen Bahn. Es ist möglich, daß der Abschluß des Waffenstillstandes sich noch um einen oder zwei Tage verzögert, da zuvor die Generale in der Mandchurei zu instruieren sind. Die Bedingungen, unter denen Japan als Besitzer der ostchinesischen Bahn anerkannt wird, besagen, daß Rußland an China 75 Millionen Dollar für Chinas Interesse an der Bahn zahlt, und daß die Frage, wer schließlich Besitzer der Bahn sein soll, zwischen Japan und China geregelt werden soll. Dem Vernehmen nach sollen, wenn China die Bahnlinie behalten will, die 75 Millionen an Japan gezahlt werden neben der Anzahlung der von den japanischen Eisenbahnbehörden für den Wiederaufbau der Linie aufgewandten Summe. Die Eisenbahn zwischen Charkin und der sibirischen Grenze und von Charkin südlich bis zur Station Nienfengze bleibt in den Händen der Russen. Ausland wie Japan erhalten die Erlaubnis, Wachmannschaften längs der in ihren Händen befindlichen Eisenbahnlinsen zu unterhalten und Truppen im Falle ernstlicher Unruhen zu entsenden. Die Zahl der Truppen soll aber nicht größer sein, als zur Wiederherstellung der Ordnung notwendig ist, und die Truppen müssen zurückgezogen werden, wenn sie ihre Aufgabe erfüllt haben. Die Uebertragung der Pachtverträge in Port Arthur und auf dem übrigen Teil der Halbinsel Liautung wird von der Einwilligung Chinas abhängig gemacht.

Japans Finanzen.

London, 31. August. Der japanische Finanzagent Takahashi erklärte in einer Unterredung mit dem Vertreter des Reuterschen Bureaus: Japan besitze nicht weniger als 33 Mill. Pfund Sterling zur völlig freien Verfügung in London, Deutschland und den Vereinigten Staaten; es sehe deshalb keine Notwendigkeit zur Ausgabe einer neuen Anleihe, da die verfügbaren Hülfsmittel Japans reichlich die mit dem Kriege zusammenhängenden Kosten und die dadurch veranlaßten Nebenausgaben decken. Wenn die Regierung die Absicht haben sollte, eine Anleihe aufzunehmen, so würde diese dazu bestimmt sein, die früheren höher verzinslichen Anleihen zu lombardieren, er habe aber nicht gehört, daß die Regierung im gegenwärtigen Augenblick solche Absichten habe.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. August.

Zur Reform der Arbeiterversicherung.

Ueber die Absichten und Pläne, die in Regierungskreisen über die Reform der Arbeiterversicherung zurzeit umgehen, wird uns folgendes berichtet:

Die Aenderung des Krankenversicherungsgesetzes beziehungsweise die Verschmelzung der Kranken- und Invalidenversicherung steht fest. Ob aber die Unfallversicherung in diese Aenderung gezogen wird, ist zurzeit noch nicht entschieden.

Bekanntlich soll nach dem Vorkriegsgesetz im Jahre 1910 die berühmte Witwen- und Waisenversicherung von Zentrums Gnaden in Kraft treten. Nach einigen Jägern hat sich die Regierung entschlossen, dem Beschlusse des Reichstages nachzukommen. Die nötigen Vorarbeiten sind im Reichsamt des Innern vor längerer Zeit in Angriff genommen worden. Man glaubt die Witwen- und Waisenversicherung auf diejenigen Witwen und Waisen beschränken zu können, deren Männer zur Beziehung von Invaliditäts- bzw. Altersrente berechtigt gewesen wären. Die Rückzahlung der Invaliditätsbeiträge an weibliche Personen, welche die Ehe eingehen, wird abgelehnt.

Die Witwen- und Waisenrente soll je nach der Zahl der hinterbliebenen Kinder die Hälfte bis zwei Drittel derjenigen Rente betragen, welche der Verstorbene erhalten hätte, wenn er zurzeit des Todes in den Genuss der Invalidenrente getreten wäre.

Ob auch die Hinterbliebenen von Invaliden, Altersrentnern und Selbstmördern Rente erhalten, ist zweifelhaft. Man hat nicht die Absicht, ein Gesetz betreffend die Witwen- und Waisenversicherung zu schaffen, sondern glaubt, durch Hinzufügung einiger Paragraphen zum Invalidengesetz die Sache zu regeln.

Finanziell ist man der Ansicht, daß die erheblichen Beträge, welche an Rückzahlungen gespart werden und die Einkünfte aus dem Vorkriegsgesetz die Erhöhung der Invaliditätsbeiträge um nur wenige Pfennige die Woche nötig machen.

Gegen Einbeziehung der Unfallversicherung in die Reform sollen neuerdings Bedenken aufgetaucht sein. Man fürchtet, daß man bei den Berufsgenossenschaften auf starken Widerstand stoßen wird. Bei dem Einfluß, welchen die Vorstände der Berufsgenossenschaften auf das Parlament haben, ist möglicherweise bei Einbeziehung der Unfallversicherung mit einem Scheitern des Gesetzes zu rechnen. Es soll daher, entsprechend dem Vorschlage des Regierungsrates Sittmann wegen „Mangel an Zeit“ die Einbeziehung der Unfallversicherung in die Reform einer „späteren“ Gesetzgebung vorbehalten bleiben. — Wenn man sich auch über die Grundlagen der Verschmelzung des Invaliden- und Krankenversicherungsgesetzes noch nicht einig ist und die verschiedensten Pläne von Regierungsräten und sonstigen „Freunden“ der Arbeiter noch zur Erörterung vorliegen, glaubt man doch bis zum Jahre 1910 soweit zu sein, um die Angelegenheit vor den Reichstag zu bringen.

Eine frühere Einbringung der Vorlage wird in Fachkreisen für ausgeschlossen gehalten, weil als Grundlage für verschiedene wichtige Bestimmungen eine Statistik dienen soll, mit deren Aufnahme erst vom Jahre 1906 an begonnen wird.

Danach wäre also in etwa fünf Jahren die Regierung bereit, eine Vorlage zu machen, die „wegen Mangel an Zeit“ auch dann noch den Unternehmern die Unfallversicherung zu selbständiger Verwaltung überläßt, den Arbeitern aber wahrscheinlich die Selbstverwaltung zu entziehen beabsichtigt. Und „wegen Mangel an Mitteln“ wird vermutlich bei der Witwen- und Waisenversicherung ein Quark herauskommen, für den aber den Arbeitern die Kosten aufgebürdet werden.

Wie die Klassenbeamten, also Fachleute, über den Wert der Selbstverwaltung und den innigen Zusammenhang von Selbstverwaltung und Leistungsfähigkeit der Klassen urteilen, das zeigt die in Breslau vom Verbandstage der Ortsklassenbeamten angenommene Resolution, die wir gestern schon kurz erwähnt haben, heute aber ihrer Wichtigkeit wegen vollständig mitteilen. Sie lautet:

„Gegenüber der sowohl von politischen Parteien als auch von der Reichsregierung gegebenen Anregung zu einer Reform des Krankenversicherungsgesetzes erklärt der sechste Verbandstag folgendes:

Die im Verlande der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen z. organisierten Klassenangehörigen protestieren gegen die Behauptung, daß die Klassenorganisationen zu sozialdemokratischen Zwecken mis-

braucht werden und daß die Beschränkung der Selbstverwaltung deswegen nötig sei.

Die Klassenangehörigen weisen diese Argumente auch für ihren Teil schon deswegen zurück, weil die Bestimmungen des geltenden Gesetzes jede politische Betätigung in den Krankenkassen nicht nur unmöglich machen, sondern sogar der Aufsichtsbehörde Handhaben genug geben, solcher Betätigung wirksam entgegenzutreten.

Es kann und ist auch seitens der Aufsichtsbehörden bisher kein sachlich begründeter Nachweis geführt worden, der die Notwendigkeit einer schärferen Handhabung der geltenden Bestimmungen erhebt.

Mit Stolz und Beugung können die Klassenangehörigen auf die Handhabung und Entfaltung der Krankenkassenverwaltung blicken; getragen von der Selbstverwaltung und gestützt von der beschränkten und berufsfreudigen Tätigkeit der Klassenangehörigen haben die Krankenkassen einen Aufschwung in der Erledigung ihrer gesetzlichen Aufgaben genommen, der eine Erweiterung der Bewegungsmöglichkeit in sozialhygienischer und sozialpolitischer Hinsicht erfordert.

Die Selbstverwaltung ist das Paladium, unter dessen Schutz ein solcher Aufschwung erfolgen konnte. Die Selbstverwaltung den Krankenkassen nehmen, heißt sie nicht groß werden lassen, sondern sie töten!

Aber auch nur unter dem Schutze der Selbstverwaltung können sich die Fähigkeiten und die Tüchtigkeiten der Klassenangehörigen in der Ausübung ihrer Tätigkeit wirksam entfalten. Die Anstellung und die Regelung der Anstellungsverhältnisse abhängig machen von einer der Selbstverwaltung beschränkten Behörde heißt daher eine Entwürdigung der selbständigen, leistungsfähigen Kräfte der Klassenangehörigen, heißt Schematismus, Bureaucratismus, heißt Ueberwachen und maßgebliche Einflußnahme einzelner Personen und nicht Entfaltung, Erhöhung der Berufstätigkeit aller Angestellten.

Der Verbandstag lehnt daher die Schaffung einer Organisation, die leitende, von der Aufsichtsbehörde selbst unter Mitwirkung der Organe der Klassenverwaltungen anzustellende Beamte vorzieht, von Grund aus ab.

Wenn auch zugegeben werden soll, daß einzelne Klassen die Selbstverwaltung zu handhaben noch nicht gelernt haben, so ergibt sich daraus nur die Notwendigkeit ihrer Erziehung zur Selbstverwaltung! Der diesjährige Verbandstag erklärte daher in Uebereinstimmung mit den dahingehenden Beschlüssen von München 1900 und Hannover 1902, daß die Klassenangehörigen alles daran setzen werden, den Klassen die Selbstverwaltung zu erhalten und dafür zu sorgen, daß Angriffe auf dieselbe durch Berufsfreudigkeit und Erfüllung der gestellten Aufgaben und persönliche Tüchtigkeit abgewehrt werden.

Die Beschränkung der Selbstverwaltung hat aber auch die Bedeutung und den Zweck, die berufstätige Kollegenchaft zugunsten von zübelverfürgungsberechtigten Personen auszumergen. Mit Bezug auf die so bedrohte Zukunft der Klassenangehörigen hält der diesjährige Verbandstag daran fest, daß weder eine sachliche noch eine politische Notwendigkeit vorliegt, die Tätigkeit der Berufsleute durch Einstellung von Militärärzten z. z. zu ersetzen.

Der Verbandstag glaubt andererseits den Klassen mit Rücksicht hierauf nochmals dringend ans Herz legen zu sollen, ihrerseits in Verbindung mit der Organisation dafür zu sorgen, daß nicht nur die Gegenwart für die Klassenangehörigen gesichert wird, daß auch für die Zukunft, entsprechend der auf dem Münchener Ortsklassenverbandstag selbst erklärten moralischen Verpflichtung, Mittel gefunden und Einrichtungen getroffen werden, welche die Zukunft der Klassenangehörigen und deren Hinterbliebenen sichern.

Die Zukunft der Klassenangehörigen liegt wie die Gegenwart nur auf den Schultern der Selbstverwaltung. Ohne Selbstverwaltung, ohne weitere Betätigung und Bewegungsfreiheit keine berufsfreudigen Klassenangehörigen.

Der Verbandstag erklärt daher von neuem und ebenso unerschütterlich, nur Schulter an Schulter mit den gesetzlichen Organen der Krankenkassen für die Selbstverwaltung eintreten und tätig sein zu wollen.

Die Hamburger Wahlrechts-Vorlage in statistischer Beleuchtung.

In der ersten Lesung der sogenannten Wahlrechtsvorlage wurde von einem der wenigen bürgerlichen Gegner derselben, Rechtsanwalt Dr. Blund, das vom Senat in den Motiven zusammengetragnen statistische Material als „sehr einseitig und irreführend“ bezeichnet. Die Senatskommissare wehrten sich gegen diese Behauptung, bezeichnen die Zahlen des statistischen Bureaus der Steuerdeputation als „unangefochten“ und suchten damit die bürgerlichen Angstmeier für die Annahme des Entwurfes zu trümmern. Gerade zu rechter Zeit ist im Verlage von Voysen in Hamburg eine von Herrn R. E. May verfaßte Broschüre erschienen, in der, ebenfalls unter Verwendung des Zahlenmaterials der Steuerdeputation, aber unter Zuhilfenahme der Jahresberichte der Aufsichtsbehörde für die Standesämter, der Nachweis erbracht wird, daß der Andrang der Arbeiter zum Bürgerwerden seinen Höhepunkt überschritten hat und daß die Schlußfolgerungen in der Senatsbegründung völlig unzutreffend sind. In der Broschüre wird darauf hingewiesen, daß seit 1897 auch die erwähnten Jahresberichte eine Aufführung der Bürger enthalten und deutlicher den Anteil der Arbeiter an den Bürgern erkennen lassen. „Die Senatsbegründung“, so heißt es in der Broschüre, „die doch auf ein besonders gründliches Studium der Materie Anspruch macht, hat die Statistik der Aufsichtsbehörde für die Standesämter überhaupt nicht benützt.“ Die Broschüre holt das „Verfaßte“ nach. Danach haben das Bürgerrecht erworben:

im Jahre	Selbständige	Angestellte	Arbeiter
1897	6293	2579	5021
1898	4294	2184	1624
1899	2901	1114	841
1900	2931	1345	1088
1901	4729	1995	1808
1902	6521	2480	1432
1903	6572	2439	1583
1904	6208	2429	1547

1897—1904 41749 16565 14444 10740

— 100 — 39,7 Proz. — 34,6 Proz. — 27,7 Proz.

1904 gab es 64 803 Bürger. 10 740 Arbeiter sind den 64 803 Bürgern überhaupt gegenüber zu stellen. Wir haben demnach heute unter den Bürgern etwa 16,5 Proz. Arbeiter. Und dieser Prozentsatz ist auch noch zu hoch, wenn man die größere Sterblichkeit der Arbeiter in Betracht zieht. Der Prozentsatz der Arbeiter unter den Bürgern dürfte also heute 16 Proz. schwerlich übersteigen.

Die Arbeiter bilden von den Hamburgischen Bürgerrechtserwerbenden

im Jahre	1901	80 Proz.
„	1902	40 „
„	1903	39 „
„	1904	36 „

Es ist also keine Frage: der Höhepunkt des Arbeiterandranges war im Jahre 1902 bereits erreicht, im Jahre 1903 bereits überschritten und es geht nun mit dem Prozentsatz der Arbeiter bergab. Nur in den Jahren 1902 und 1903 war die Zahl der neuen Arbeiter etwas höher als die Zahl der neuen Selbständigen, aber im Jahre 1904 ist sie wieder — wie in allen übrigen Jahren — wesentlich niedriger (rund 300 weniger Arbeiter als Selbständige).

Also die 16 Proz. Arbeiterbürger sind es, die den Nachern der Wahlrechtsvorlage auf die Nerven gefallen sind! Und doch wird in der Senatsbegründung frank und frei behauptet, daß unter dem jetzigen Wahlssystem nicht allein

fast alle Abgeordnetenliste aus allgemeinen Wahlen sich in den Händen der Sozialdemokratie befinden würden, sondern daß diese auch Einfluß auf die Notablenwahlen gewinnen werde! Entweder haben die Verfasser der „Begründung“ eine Politik der kalten Vorseit betrieben oder auf sie trifft, was noch schlimmer ist, das bekannte Wort Drenstiermas zu: „Mein Sohn, Du weißt nicht, mit wie wenig Weisheit die Welt regiert wird!“ —

Deutsches Reich.

Russische Lockspiegel in Deutschland.

Das „Berl. Tagebl.“ berichtet:

„Ein russischer Spigel treibt jetzt in Berlin in aufdringlichster Weise sein Handwerk. Er nennt sich Baron v. Crüdner und macht sich an hier lebende Russen heran. Je nach den Persönlichkeiten, die er für seine Zwecke sich ausgewählt hat, ändert er seine Methode, und uns ist ein Fall bekannt, in dem er direkt als agent provocateur gefährlichster Art aufgetreten ist.“

Da dieser angebliche Herr v. Crüdner hochgewachsen ist und vornehm aussieht, so stellte er sich als Offizier des Gardekrassierregiments in Petersburg vor. Er eröffnete dem hier lebenden Russen, daß er dessen politische Gesinnung wohl kenne, aber daß er ihm versichern müsse, mit literarischer Einwirkung läme man nicht aus. Es läme darauf an, die terroristischen Methoden zur Anwendung zu bringen; man müsse Bomben werfen, er könne ihm für diese Zwecke anarchoistische Literatur mit technischen Anweisungen zur Verfügung stellen, und wie er selbst, so dachte bereits eine erhebliche Anzahl Offiziere in seinem Regiment. Dieser angebliche Herr Baron v. Crüdner hatte sich jedoch in seiner Operationsmethode absolut vergriffen. Er erhielt eine kühle Abweisung, darauf erneuerte er seine Besuche und produzierte den etwas unklaren Brief eines Russen, der augenblicklich hinter Gefängnismauern sitzt. Auf Grund dieses Briefes konnten die nötigen Erkundigungen in Rußland eingezogen werden und was stellte sich nunmehr heraus? Der produzierte Brief war in der Tat echt, er stammt von einer Persönlichkeit, die unter politischer Anklage steht und im Augenblick sich in der Gewalt der russischen politischen Polizei befindet. Diesem Gefangenen war durch die ärgsten Drangsalierungen jener Brief, der als eine Empfehlung des Herrn „Barons v. Crüdner“ dienen sollte, abgepreßt worden. Als der Herr Baron zum drittenmal erschien, konnte man ihm eröffnen, daß sein Infanterie nicht mehr bestände, und daß er zwar nicht im Gardekrassierregiment diene, aber Gendarmecoffizier sei. Der Herr Baron leugnete darauf nicht.

Für unsere Polizei dürfte es jedenfalls interessant sein zu erfahren, daß die russische Regierung nach Berlin Agenten sendet, die hiesige Russen zu anarchoistischen Taten aufzureizen suchen.“

Wir glauben kaum, daß dies der Polizei interessant ist. Sie unterhält ja mit russischen Agenten die freundschaftlichsten Beziehungen. Ganz offiziell dürfen die Chefs dieses russischen Lumpengefindels in Deutschland ihre Tätigkeit entfalten.

Kein Mensch in der Polizei und in der Regierung zweifelt an dem verbrecherischen Charakter der russischen Agenten, was es doch — wie längst festgestellt wurde — das Berliner auswärtige Amt unter des kaiserlichen Völkow Leitung, das Serbien vor den kaiserlichen Plänen der russischen Spigel warnen ließ. Man weiß folglich alles und democh duldet man diese Verbrecher, weil die reaktionäre Solidarität zwischen Rußland und Preußen kein Mittel scheut, um die Revolution niederzuschlagen. Deutschland weist nur Helden des Freiheitskampfes, Schilder der Wahrheit, arme heimatklose Proletarier aus — nicht aber russische Vornamen. —

Der Vertrauensmann der deutschen Regierung. Herr Pr e i l l, der Chefredakteur der „Deutschen Wochenzeitung für die Niederlande“, derselbe, der die Ausweisung seines Kollegen Gay aus Berlin verteidigt hat, erklärt jetzt in einer erregten Erklärung, daß er „nie und nimmer mit einem Preßbureau der deutschen Regierung in Verbindung gestanden habe, ebenso wenig je mit einem der hier akkreditierten deutschen Gesandten oder Konsuln.“

Er droht weiter, das „Berl. Tagebl.“ verklagen zu wollen. Soll wirklich Märtyrer gekämpft werden?

Im übrigen kriechen nun auch die deutschen Reptile hervor, und verteidigen die Ausweisung. Man kann in diesem Falle ihnen die Schuldbestimmung von der Wahrung berechtigter Interessen nicht vorhalten. Sie kämpfen für die eigene Sache. Herr Gay hat die übliche Gepflogenheit gehabt, die unabhängige sozialdemokratische Presse für anständiger zu halten als die deutschen Reptile. Deshalb empfinden sie bei der Ausweisung das Triumphgefühl gefäßigster Rache. In dieser Empfindung schreibt einer der „Münch. Allg. Ztg.“ aus Berlin:

„Die Umstände, die in den freimüthigen und sozialdemokratischen Mäthern angeführt werden, genügen eigentlich auch vollständig zur Beurteilung. Das weitere ergibt sich aus der „Rechtfertigung“ des Herrn Gay; er beteuert, daß er stets einen scharfen Unterschied zwischen dem Volke und der Regierung gemacht habe. Fragt man nun, wie denn eigentlich jener Herr den belagerten scharfen Unterschied gemacht hat, so gewinnen wir ein eigenartiges Bild von seiner Liebe zum deutschen Volke. Er begehrte sich für die sozialdemokratische Presse und betätigt seine Deutschfreundlichkeit in fortgesetzten Beschimpfungen der deutschen Regierung und ihrer Vertreter. . . . Wenn wir auch unsere gesamten Verhältnisse und natürlich auch unsere Parteien der Kritik des Auslandes nicht entziehen können, das eine ist doch klar: Wenn ein Ausländer die gesellschaftlichen Führer und Vertreter des deutschen Volkes systematisch im Sinne einer parteifeindlichen Partei beschimpft und das alles noch oben-dreien aus Sympathie für unser Volk zu tun behauptet, so ist das eine freche Verleumdung. Denn was auch mancher an unseren Regierungen auszuweisen haben mag, für den Ausländer stehen wir hinter unseren Regierungen, und wer sie beschimpft, der ist unser Freund nicht. Es ist tief bedauerlich, daß das in der deutschen Presse nicht allgemeiner zum Ausdruck kommt.“

Daß dieser Vertrauensmann der deutschen Regierung hinter ihr steht, allzeit bereit zu jedem in dieser Stellung möglichen Opfer, wer wollte das bezweifeln. Nur ist zu sagen, daß zu den „gesellschaftlichen Vertretern“ des deutschen Volkes in erster Linie die gesellschaftlichen Vertreter der stärksten deutschen Partei, von drei Millionen deutscher Männer gehören. Der Berliner Mann des Münchener Blattes wird es schon einem Ausländer nicht verzeihen dürfen, wenn er die Träger der mächtigsten politischen Bewegung im Volke höher achtet, als irgend einen beliebigen Lakaien herrschender Gewalten. —

„Zur Fleischnot.“ Die Handlungsgehilfen-Organisation „Verein der deutschen Kaufleute“ in Berlin hat jetzt ebenfalls ihre Stimme gegen die Fleischnot erhoben, indem sie an den Landwirtschaftsminister eine Petition gesandt hat, worin im Interesse des Handlungsgehilfenstandes zur Verringerung der Fleischnot eine unbeschränkte Einfuhr von ausländischem Schlachtvieh nach allen Orten gefordert wird, wo durch ausreichende Kontrolle Sicherheit gegen Einschleppung von Viehseuchen und ansteckenden Krankheiten gegeben ist. Die Petition fordert ferner die vorläufige Aushebung der Grenzverre, und zwar solange, bis die Fleischpreise im Inlande wieder auf die Durchschnittshöhe der früheren Jahre gefallen sind.

Der Petition ist eine eingehende Begründung beigegeben, worin u. a. darauf hingewiesen wird, daß unter dem gegenwärtigen, durch die Fleischsteuerung hervorgerufenen Notstand der Handlungsgehilfenstand besonders schwer zu leiden hat. Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Handlungsgehilfenstandes seien derart, daß ein großer Teil ein Einkommen hat, das unter dem des gelehrten Arbeiters steht. Gerade der Stand der Handlungsgehilfen stelle zu dem großen Heer der Arbeitslosen ein weit größeres Kontingent als jeder andere Beruf. Infolgedessen treffe die durch die Verteuerung des Hauptnahrungsmittels hervorgerufene Notlage die Handlungsgehilfen besonders hart. —

Die weiße Umfurgschleife.

Den Befehl über den Begriff „polnische Demonstration“ hat die Bochumer Polizei erreicht. Der Vorsitzende des polnischen St. Barbara-Vereins, eines kirchlichen Vereins in Bochum, der an der diesjährigen katholischen Prozession teilgenommen hat, erhielt folgenden allfälligen Ullas:

An den Vorstand des St. Barbara-Vereins

hier.

Es ist aufgefallen, daß die Fahne des Vereins bei festlicher Gelegenheit nicht in ihrer eigentlichen Form, sondern mit großen weißen Schleifen versehen in öffentlichem Aufzuge vorgetragen wurde. Für das bloße Auge gewinnt diese Farbensummenstellung den Anschein, als ob es sich um eine Demonstration handelte, bei der eine weicrote Fahne in polnischen Nationalfarben gezeigt werden soll. Der Vorstand wird daher veranlaßt, dafür Sorge zu tragen, daß bei Entfaltung der Fahne auf öffentlichen Straßen u. die weißen Schleifen in der Folge nicht mehr an der Fahne getragen werden.

Die Polizeidirektion.
Der Oberbürgermeister.
Graff.

Wie steht es mit dem Gebrauch etwaiger weißer Taschentücher bei Prozessionen?

Ein Kaiser-Telegramm zur „Vulkan“-Erweiterung. Aus Stettin wird gemeldet:

Stettin, 31. August. Auf die an den Kaiser gestern nachmittag ergangene Benachrichtigung über das Ergebnis der Generalversammlung der „Vulkan“-Gesellschaft erhielt der Vorsitzende des Aufsichtsrates Geh. Kommerzienrat Schlutow folgende Antwort: Herzlichen Dank für höchst erfreuliche Nachricht. Möge die neue Niederlassung des „Vulkan“ an der Nordsee auf Hamburger Gebiet dieselben hervorragenden Leistungen auf dem Gebiete des Schiffbaues zeigen wie die altbewährte Anstalt an der Oder.

Wilhelm I. R.

Die Benutzung des Kaisers ist verständlich. Gibt doch die Hamburger Zweigniederlassung des „Vulkan“ eine größere Möglichkeit, die geplanten Flottenbauten in größtem Stille aufzunehmen. —

Gegen die Soldatenmishandlungen.

Kriegsminister von Einem hat in diesen Tagen folgenden bedeutamen Befehl an sämtliche Regimentskommandeure der Armee erlassen:

Infolge der zahlreichen Fälle von Soldatenmishandlungen und vorchristwidriger Behandlung der Mannschaften durch Vorgesetzte, bringe ich den Herren Regimentskommandeuren meine Verfügung vom 1. Januar d. J. nachdrücklich in Erinnerung.

Gene Verfügung enthält die Bestimmung, daß Offiziere und Unteroffiziere den Mannschaften überhaupt nicht zu nahe kommen sollen, vielmehr ihre Befehle und Weisungen an diese aus einer Mindestentfernung von drei Schritt zu geben haben!

Weiter heißt es in dem neueren Befehl: „Es ist den Mannschaften der einzelnen Truppenverbände die strenge Weisung zu erteilen, jede Mishandlung, auch die geringste tätliche Verührung von Seiten der Vorgesetzten sofort auf dem vorgeschriebenen Wege zur Anzeige zu bringen, denn nur mit Hilfe der Mannschaften kann diesen Mißhandlungen gesteuert werden!“

Der Herr Kriegsminister meint es ja wohl ganz gut mit den Mannschaften, doch wird der eingeschlagene Weg kaum dazu führen, die Soldatenmishandlungen zu beseitigen. Zweckdienlicher wäre es, wenn der Herr Minister veranlassen wollte, daß die zur Anzeige gebrachten Soldatenpeiniger nicht, wie bisher, mit 14 Tagen Arrest, sondern je nach der Schwere der einzelnen Fälle, mit Gefängnis und Degradation bestraft würden. —

Gnädig behandelte Soldatensöhne.

Ueber eine Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht zu Koblenz meldet ein dortiges Blatt:

Vizefeldwebel R. v. Kompagnie Infanterie-Regiments Nr. 69 ist durch Urteil des Kriegsgerichts der 16. Division am 18. Juli wegen Mishandlung Untergebener in Ausübung des Dienstes in sechs Fällen zu einer Gesamtstrafe von vier Wochen gelindem Arrest verurteilt worden. Der Gerichtsherr hat Verurteilung erlassen, weil die Strafe zu gering bemessen, da der Musikant H. über ein Jahr lang von dem Angeklagten fast täglich mishandelt worden ist, sodas die Mishandlung nicht mehr annähernd zahlenmäßig diese Mishandlungen angeben könne. Nach Aussage des Musikanten H. wurde dieser in der Rekrutzeit 1902—1903 in drei Fällen beim Gewehrreinen mit den Knöcheln der gehaltten Faust von dem Angeklagten gegen den Kopf geschlagen. Daß R. auch einen Fußtritt gegen den Oberschenkel erhalten habe, sei nicht erwiesen worden. Im Frühjahr 1904 erhielt R. beim Bajonettieren von dem Angeklagten mehrere feste Stöße gegen das Gesicht, so daß er zur Erde fiel. Das Gericht nahm diese Stöße nicht als Mishandlung an, da es beim Bajonettieren ohne Verbe Stöße und Pässe nicht abgehe, da diese ohne Absicht erfolgten, so seien sie nicht als Körperverletzungen zu bestrafen. Auch in diesem Falle sei die Absicht der Mishandlung nicht dargetan. — Musikant H. wurde im Jahre 1903 und 1904 beim Kompagniezergerieren täglich durch Schläge mit der Hand und der Faust gegen den Kopf und durch Ziehen am Ohr, Stöße gegen Brust und Rücken mishandelt oder vorchristwidrig behandelt. Das Gericht nahm hier eine einheitliche Handlung an. Der Musikant H. wurde 1904 in zwei Fällen beim Gewehrreinen wider den Kopf gepufft. Beim Bajonettieren erhielt er von dem Angeklagten starke Stöße, die heftige Schmerzen und Hautverhärtungen zur Folge hatten. Im Mai 1904 erhielt er wieder heftige Stöße gegen die rechte Seite und den Unterleib. Er kam am 18. Mai ins Lazarett und starb am 24. Mai, wie festgestellt worden, an Blinddarmentzündung. Das Urteil stellt fest, daß ärztliche Sachverständige befunden, daß kein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Tod des H. und den Stößen beim Bajonettieren bestehe. So kam das Kriegsgericht zu dem Urteile, daß der Angeklagte in sechs Fällen der Mishandlung Untergebener schuldig sei. Mit Rücksicht auf die gute Führung des Angeklagten, und daß die Mishandlungen ohne schwere Folgen geblieben, wurden minderschwere Fälle angenommen und auf vier Wochen gelindem Arrest erkannt. Zu seiner Verteidigung führt der Angeklagte an, die Zeugenausagen seien übertrieben, einzelne Leute hätten falsche Aussagen unter Eid abgegeben. Der Verhandlungsleiter erhebt Einspruch gegen diese schwere Beschuldigung. Der Vertreter der Anklage beantragt fünf Monate Gefängnis und Degradation; da der Musikant H. die Mishandlungen 1—1/2 Jahre andauert, so sei eine Arreststrafe nicht mehr zulässig. Das Oberkriegsgericht verurteilte den Angeklagten wegen Mishandlungen in sechs Fällen zu sechs Wochen gelindem Arrest. Von der Degradation wird abgesehen wegen der guten Führung und weil es der erste Fall ist, dessen der Angeklagte beschuldigt wird. —

Südwestafrifa.

Mit den Wörmann-Dampfern „Eduard Wörmann“ und „Alexandra Wörmann“ ging heute ein Truppen- und Verdetransport, bestehend aus 70 Offizieren, Sanitätsoffizieren und Beamten, 700 Mann und 500 Pferden nach Deutsch-Südwestafrifa ab. Die beiden Schiffe verließen um 3 1/2 Uhr den hiesigen Hafen.

Zugzwischen bereits man bereits weitere Truppenanschübe vor. Eine Korrespondenz meldet:

Von den Bezirkskommandos werden gegenwärtig die Mannschaften des Verlaubtenstandes zur Meldung aufgefordert, welche bereit sind, eventuell bei Bedarf zum Expeditions-

korps in Südwestafrifa überzutreten. Mechaniker, Techniker, Schreiber, des Telegraphierens und Fernsprechens kundige Leute erhalten den Vorzug.

Sechs Militär-Arrestanten von der deutschen Schutztruppe in Südwestafrifa sind mit dem Dampfer „Professor Wörmann“ in Hamburg eingetroffen, um die wegen schwerer Vergehen über sie verhängte Strafe in Deutschland zu verbüßen. Vier Reiter waren vom Kriegsgericht zu Zwangsurlaub wegen Tötung eines Eingeborenen zu schweren Strafen verurteilt worden. Die Mitglieder des Kriegsgerichts hatten ein Gnadengesuch für die vier Reiter wegen ihrer guten Führung im Felde dem obersten Kriegsherrn unterbreitet, und der Kaiser hat daraufhin die vier Soldaten zu Gefängnisstrafen von 1 1/2 bis 3 Jahren begnadigt. Die beiden anderen Arrestanten waren zwei Pioniere, die sich eines schweren tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten (Offizier) schuldig gemacht hatten. Dasselbe Kriegsgericht in Swakopmund hat die beiden Pioniere zu 8 und 10 Jahren Gefängnis und zur Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt.

Es wäre von Interesse, näheres über die Verhältnisse der sechs Arrestanten zu erfahren. Die Tötung des Eingeborenen muß ja außerhalb der militärischen Tätigkeit der Verurteilten erfolgt und ein besonderer Hoheitsakt gewesen sein, da das Kriegsgericht auf schwere Strafen erkannte. Die Strafen sind durch den kaiserlichen Gnadenakt ja nun erheblich gemildert worden. Die beiden Pioniere scheinen dagegen ihre volle Strafe verbüßen zu müssen!

Verlustliste. Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Am 24. August 1905 im Gefecht bei Gorab in den Jarißbergen verunndet: Reiter Wilhelm Kriewis, geboren am 9. 10. 1882 zu Großbeutlingen, Ländenschuh; Reiter Friedrich Ulenhake, geboren am 15. 10. 1879 zu Soest, leicht, Fleischschuß am linken Unterarm.

Ferner: Reiter Heinrich Steiner, geboren am 14. 11. 1882 zu Koburg, am 27. August 1905 im Lazarett Windhuk an Typhus gestorben.

Husland.

Kulturstaat Deutschland! Freie Republik Schweiz!

Der schweizerische Arbeitersekretär Genosse Wassiliew schreibt:

24. August 1905. In das Arbeitersekretariat kommt ein italienischer Genosse, der Steinhauer L. F. Sein Bericht, kurz zusammengefaßt, lautet wie folgt:

L. F. gehört seit Jahren der deutschen Organisation an. Seit neun Jahren arbeitete er in Deutschland, die letzten zwei Jahre als Bergmann in der Zeche „Concordia“ in Oberhausen bei Duisburg; dann, als dort die Löhne plötzlich reduziert wurden, in Langendreer. Da brach am 6. Januar der Streik der Vergarbeiter aus. Wie alle übrigen Kameraden, nahm er an dieser Bewegung teil. Nach dem Streik, als er sich wieder zur Arbeit meldete, hieß es vom Betriebsdirektor: „Was! Sie wollen wieder bei uns arbeiten? Das gibt's nicht; Sie sind schuld, daß die Italiener gestreift haben. Wenn Sie nicht sofort Langendreer verlassen, so werde ich Sie verhaften lassen!“

L. F. verlangte darauf sein rückständiges Lohnguthaben, welches noch in den Händen der Direktion war, und seine Papiere. Von 16 M. behielt die Zehndirektion 15 M. „als Entschädigung für den Kontraktbruch“; seine Schriften erhielt er erst nach der Reklamation des Arbeitersekretärs in Oberhausen. Einige Tage nachher, als er in Oberhausen Arbeit suchte, wurde er zum Polizeikommissär gerufen. „Mein Lieber,“ sagte dieser, „es tut mir leid, aber ich muß Ihnen mitteilen, daß Sie aus Preußen ausgewiesen sind.“ „Ja, ausgewiesen! Warum? Ich war doch nie bestraft, habe doch nichts verbrochen... seit neun Jahren arbeite ich in Deutschland!“ Der Polizeikommissär lächelte und verhaftete den Genossen L. F. 14 Tage sah F. in der Haft, dann wurde er auf die schweizerische Grenze in Begleitung eines Gendarmen in Zivil befördert. Die Reise bis nach St. Ludwig wurde in gewöhnlichem Passagierwagen dritter Klasse zurückgelegt. Von St. Ludwig wurde Genosse L. F. durch einen deutschen Polizisten nach dem Zentralbahnhof Basel gebracht (!) und hier der schweizerischen Polizei abgeliefert.

Die Reise aus dem Kulturlande Deutschland war beendet, nun — „Seil dir, Helvetia!“ — war Genosse L. F. in der freien Republik. Er wird vom Bahnhof durch einen Polizisten in Uniform nach dem Lohnhof gebracht. Abends 8 Uhr wird er in einem Arrestantenwagen wieder auf den Zentralbahnhof gebracht und in einem Gepäckwagen eingeperrt, in welchem er nach Olten gelangt. Hier ein Tag Haft, dann geht die Reise wieder immer, wie ein Stück Viech oder Postpaket, im Güterwagen — nach Luzern. Wieder zwei Tage Haft und dann wieder per Eisenbahn im Güterwagen nach Chiasso. Hier wird er durchsucht. Er hat 20 M. bei sich; das Geld wird ihm gewechselt und er bekommt nur 19,80 Frank zurück. Dann wurde er — freigelassen.

„Mit welchem Rechte haben mich die schweizerischen Behörden so behandelt?“ fragt mich der Genosse.

Bald rot vor Scham und bald blaß vor Wut, stand ich vor ihm... Was konnte ich ihm antworten? Ich schrieb an das lit. Polizeidepartement des Kantons Baselstadt, um Auskunft in dieser Angelegenheit ersuchend. Ich hat um Auskunft, erstens auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen das hiesige Polizeidepartement den Mann hier verhaftete und weiter transportierte, und zweitens an wen Genosse L. F. sich mit der Beschwerde zu wenden habe. Die Antwort des Vorstehers des Polizeidepartements soll der Öffentlichkeit auch nicht vorbehalten sein. Hier ist sie:

Herrn Dr. R. Wassiliew, Arbeitersekretär!
In Beantwortung Ihrer heutigen Anfrage, den L. F. betreffend, teilen wir Ihnen mit, daß der Genannte seinerzeit aus Deutschland ausgewiesen und durch die deutschen Behörden zum Zwecke des Heimtransportes geführt worden ist. Der Transport traf (!) am 24. März d. J. vormittags um 10 Uhr, hier ein und wurde am gleichen Tage, nachmittags um 2 Uhr, nach Olten weitergeleitet. (Die Basler Behörde erweist sich als prompte Expeditionsfiliale der preussischen Polizei! Dr. W.)

Wenn Herr F. sich wegen der über seine Person getroffenen Maßregelung Benützung verschaffen will, so hat er nach unserem Dafürhalten sich an unser Hauptgeschäft... Dr. R. W.) die königlich preussische Regierung zu Düsseldorf, die seine Ausweisung aus Deutschland, sowie (!) seinen Transport verfügt hat, zu wenden. Hochachtungsvoll!
Polizeidepartement. Der Vorsteher: Dr. David.

Also jetzt wissen wir es, Genosse F. wurde durch die freie schweizerische Republik auf die Verfügung der königlichen preussischen Regierung transportiert.

Dunkel bleibt noch die Frage: Wer bezahlt die Transportkosten, Spesen usw.? Das Hauptgeschäft? Die Filiale? —

Frankreich.

Sozialistische Strömungen in der französischen Lehrerschaft. Man schreibt uns aus Paris: Die stark der Einfluss der sozialistischen Idee auf die französische Lehrerschaft gewachsen ist, haben die Vorgesetzten in der Eröffnungssitzung des Kongresses gezeigt, den die „Amicales d'instituteurs“, die Hilfsvereine der Lehrerschaft, gegenwärtig in Lille abhalten. Gleich am Anfang kam es zu einer hitzigen Rundgebung, als man den reaktionären Lehrer Docquillon, der mit seinem demagogischen Buch über die „Krise des Patriotismus in der Schule“ den Anstoß zur neuesten Hege gegen die fortgeschrittenen Lehrer gegeben hat, auf der Estrade bemerkte. Die 1200 Personen zählende Versammlung brach in tosende Entrüstungsrufe aus und der streberische „Patriot“, den sein einziger Verein hat delegieren wollen und der nur als Vertreter einer Meute Zutritt gefunden hat, mußte beschämt am Pflaster Platz nehmen. Aber auch der radikalsozialistische Deputierte Ferdinand Vuissin, der ehemals einen großen Einfluss in der Lehrerschaft besessen hat, mußte eine Demonstration über sich ergehen lassen, die ihm bewies, daß die Erklärungen, die er in neuerer Zeit gegen die sozialistische Richtung in der Lehrerschaft veröffentlicht hat, seiner Beliebtheit erheblich Eintrag getan haben. Bemerkenswert war auch die Stelle der Eröffnungssprache, wo der Vorsitzende des Organisationskomitees die ausländischen Gäste mit den Worten begrüßte, daß ihre Gegenwart die Solidarität der Lehrer aller Länder bezeuge. Die Wahl des Bureaus gab Gelegenheit zu einer energischen Rundgebung gegen die reaktionären, freisinnlichen Tendenzen der Schulverwaltung. Zum Vizepräsidenten des Verbandes wurde der Lehrer Buchin gewählt, der wegen seiner Haltung in der bekannten Affäre Thalamas diszipliniert worden ist. Ferner wurde der wegen sozialistischer Gesinnungen gemahregelte Lehrer Vadez gewählt. — Auf der Tagesordnung des Kongresses steht u. a. der Punkt: Patriotismus. —

Italien.

Nach dem Blutbad.

Rom, den 29. August. (Fig. Ber.) Die Erregung über die Reizele von Gramsciele dauert fort und macht sich in Hunderten von Volksversammlungen Luft. Wie vorausgesehen war, hat die von den römischen Organisationen angenommene Tagesordnung zugunsten des Generalfreie nicht die Zustimmung der ausflaggebenden Städte gefunden und wird somit hinfällig, da Rom selbst wegen seiner unbedeutenden sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisation nicht als Anführer einer proletarischen Bewegung in Betracht kommt. Bei der römischen Protestversammlung, die im Freien, in dem unweit des Kolosseums gelegenen Botanischen Garten stattfand, wurde nach einer mit Begeisterung aufgenommenen Rede Ferris eine Tagesordnung angenommen, die für die Reizele die Regierung verantwortlich macht, die Notwendigkeit intensiver sozialistischer Agitation im Proletariat betont und beschließt, ansehts der traurigen Möglichkeit der Wiederholung proletarischer Reizele die Arbeitskammer Roms zu beauftragen, ein permanentes Komitee zu bilden, das in ähnlichen Fällen gleichzeitige und sofortige Manifestationen und in äußersten Fällen den Generalstreik organisiert.

Dem Komitee sollen Vertreter der Parteifraktion und des Parteivorstandes sowie Vertreter der Arbeitskammer der großen Städte angehören.

Die Parteigenossen von Imola haben ihren Abgeordneten Andrea Costa beauftragt, im Parlament einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den den Familien der Opfer von Gramsciele eine angemessene Entschädigung aus der Staatskasse bewilligt wird. Wichtig ist auch das Votum des Verbandes der Post- und Telegraphenbeamten, dessen Vorstand eine Tagesordnung gegen die Regierung angenommen und den Familien der Opfer 100 Lire überwiesen hat. Wenn die Arbeiter die Telegraphenbeamten auf ihrer Seite hat, wird sie einen künftigen Massenaussand wesentlich besser und kraftvoller durchführen können, als dies im September vorigen Jahres, wo die Regierung für uns allen Telegraphenverkehr aufhob, möglich war.

Spanien.

Die Parlamentswahlen und die sozialistische Partei. Am 10. September finden in Spanien die Parlamentswahlen statt. Das Nationalkomitee der sozialistischen Partei Spaniens erläßt soeben im „Sozialista“ einen Aufruf, in welchem es die Parteigenossen des Landes auffordert, sich ohne Ausnahme an den Wahlen zu beteiligen. Die Wahlbeteiligung sei am besten geeignet, die sozialistische Idee zu verbreiten, die Arbeitermassen in der Ausübung ihres Wahlrechts zu erziehen und den Fortschritt des sozialistischen Gedankens durch das Annehmen der Stimmenzahl den bürgerlichen Parteien vor Augen zu führen. Sodann heißt es wörtlich weiter: „Von diesem Gedanken geleitet und entschlossener als je müssen alle sozialistischen Elemente in den Wahlkampf eintreten. Bei Strafe des Ausschlusses aus der Partei dürfen sie niemals im Einverständnis mit einer der bürgerlichen Parteien oder deren Kandidaten handeln. Jedensfalls ist die augenblickliche Lage sehr geeignet, die sozialistischen Ideale zu verbreiten, unsere Taktik zu verteidigen und den bürgerlichen Parteien eine große Zahl von Arbeitern abtrünnig zu machen. Eine mit Fleiß, Eifer und Energie geleitete Agitation muß beständig darauf hinwirken, daß der Feind geschwächt werde. Wo es möglich ist, einer sozialistischen Kandidatur zum Siege zu verhelfen, muß dies mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchgeführt werden. In allen Fällen aber muß dahin gewirkt werden, daß die Zahl der sozialistischen Stimmen eine überwältigend große werde. Es ist Pflicht jedes Arbeiters, für die sozialistische Kandidatur zu stimmen und sich in keinem Falle von anderen Parteien bestechen zu lassen.“

Schweden.

Schwedische Hölflinge

sind sehr besorgt über die wachsende republikanische Stimmung in Norwegen. Aber sie würden es auch ebenso ungern sehen, wenn ein dänischer Prinz statt eines schwedischen König von Norwegen werden sollte. Aus diesen Gründen ist jetzt, wie „Politiken“ von einem hochstehenden schwedischen Hofbeamten mitgeteilt wird, ein Aufschlag in der Stimmung der schwedischen Aristokraten eingetreten, die bekanntlich vordem aus Abneigung gegen die so entschieden friedliche Gesinnung des Königs von dem norwegischen Angebot an die Vermählung nichts wissen wollten.

„Es ist auf Hofbeamten in Stockholm zurückzuführen“, erklärte der erwähnte Hofmann, „daß nun alle Einflüsse geltend gemacht werden, um auf die Stimmung zugunsten des Prinzen Karl und der Prinzessin Ingeborg einzuwirken. Dieses Prinzenpaar ist in allen Kreisen sehr populär. Man gönnt ihm gerne diese Erhöhung. Ich brauche natürlich nicht hinzuzufügen, daß das für viele Menschen am Hofe auch von praktischer Bedeutung sein wird, da das Prinzenpaar selbstverständlich einen ganzen Stab schwedischer Hofleute mit nach Kristiania bringen wird. Nach dem was ich erfahren habe, pflegen Hofkreise dieser Tage lebhaftere Unterhandlungen mit Reichstags-Abgeordneten aller Parteien; man erzählt, daß man ermächtigt sei zu erklären, König Oskar wünsche innerlich, die Sache auf diese Weise geregelt zu sehen, und vor diesem Wunsche wird sich zweifellos die Mehrheit der schwedischen Reichstagsmänner beugen.“ —

Karlstad, 31. August. Die Schwedischen und die norwegischen Delegierten hatten heute eine Zusammenkunft. Man nimmt an, daß es sich nur um eine vorbereitende Besprechung und um die Festsetzung des Arbeitsplanes gehandelt hat. Auf dem Platz vor dem Sitzungssaal hatte sich eine große Menschenmenge versammelt. Nach Schluß der Sitzung der schwedischen und norwegischen Delegierten um 3 Uhr nachmittags überreichte der schwedische Delegationssekretär der Presse folgende Mitteilung: Nachdem die Delegationen Grüße gewechselt hatten, wurde bestimmt, daß jede Delegation für sich einen Vorsitzenden wählen sollte. Die schwedische Delegation wählte Lundberg, die norwegische Michell.

zum Vorliegenden. Darauf wurde ein Uebereinkommen geschlossen, nach dem jeder Vorsitzende abwechselnd einen Tag als solcher tätig sein solle. Auf Vorschlag der norwegischen Delegation präsiidierte in der heutigen Sitzung der schwedische Vorsitzende. In der heutigen Sitzung wurde ferner beschlossen, zwei Sitzungen täglich abzuhalten, deren Abmachungen bis auf weitere Bestimmungen geheim gehalten werden sollen. Die nächste Sitzung ist auf morgen vormittag 11 Uhr festgesetzt.

Die Schreckensherrschaft in den Ostseeprovinzen.

Der „temporäre“ lürländische Generalgouverneur, Generalleutnant Veltmann, der vor einigen Tagen in Riga eingetroffen ist, hat folgenden Aufruf erlassen: „Die empörenden Verbrechen, welche in letzter Zeit in Kurland verübt wurden, veranlassen die Einführung des Kriegszustandes in diesem Gouvernement zwecks schleunigster Unterdrückung der Unordnungen mit den allerstrengsten Maßregeln gegen die Schuldigen. Es ist unvermeidlich, daß auch die friedliche Bevölkerung einigen Beschränkungen unterworfen werden müssen, doch bin ich überzeugt, daß ein jeder gute Bürger sich der Ansicht anschließen wird, daß es im Interesse der allgemeinen Sache notwendig ist, d. h. des friedlichen Zusammenlebens und der Ordnung, welche ich im Gouvernement mit schonungsloser Strenge wiederherstellen werde. Die Bewohner Kurlands können überzeugt sein, daß, indem ich die Schuldigen den allerhärtesten Strafen des Kriegszustandes unterziehe, ich die gesetzlichen Rechte und Interessen des wohlmeinenden Teils der Bevölkerung wahrnehme und demselben jeglichen Schutz gewähren werde. Zudem ist nun die ganze Bevölkerung Kurlands zu deren eigenem Wohl auffordere, mit den jedem einzelnen zugänglichen Mitteln mit behilflich zu sein, beitrage ich bei allen Bewohnern des Gouvernements, anstatt der bisher auf Grund des Befehles über den verstärkten Schutz erlassenen, sich den nachstehenden Verordnungen zu unterwerfen.“

Es folgen 15 Paragraphen, wonach u. a. verboten ist: jegliche Versammlungen und Zusammenrottungen, das Tragen bezog. der Verkauf von Waffen jeglicher Art, das Radfahren ohne besondere polizeiliche Erlaubnis, jeder Art Jagd.

Die der Verletzung irgend einer dieser Bestimmungen Schuldigen werden einer Geldstrafe bis zu 3000 Rubel oder aber einer Gefängnisstrafe bis zu 3 Monaten unterzogen. Unabhängig hiervon ist von mir der Befehl erlassen, zu schließen auf solche Radfahrer, die auf das erste angegebene Signal nicht anhalten, bezügl. auf jede verbotene Zusammenrottung, auch ohne vorhergehende Warnung.

Dieser Aufruf ist in russischer, deutscher und lettischer Sprache abgefaßt und wird in zahlreichen Exemplaren in ganz Kurland, vor allem aber unter den Hausbesitzern Ritas, Rības und Windaus verteilt.

Aus Industrie und Handel.

Zur Monopolisierung der Kohlenfelder. Die von der internationalen Bohrergesellschaft kürzlich an eine innerhalb des Kohlenfundaments gebildete Gruppe verkauften Kohlenfelder, umfassen keineswegs den ganzen noch nicht erschlossenen Kohlenfeldbesitz des rheinisch-westfälischen Reviers. Die „Köln. Volks-Ztg.“ weist darauf hin, daß die großen Vorkommen des Fürsten zu Salm-Salm und des Herzogs v. Croz-Dülmen noch disponibel seien. Diese beiden Vorkommen umfassen an der Lippe, um Haltern bis Dülmen und Dörten, ein Gebiet von mindestens derselben Gesamtgröße, wie die von der internationalen Bohrergesellschaft an Mitglieder des Rheinisch-westfälischen Kohlenfonds veräußerten 20 Felder. Beide Vorkommen bilden noch ein geschlossenes Ganzes, dessen Zusammenhang durch die einzelnen Felder, welche bereits in den Händen der Gewerkschaft Lizer usw. sind, nicht durchbrochen werden. Das rheinisch-westfälische Kohlengebirge wird dort in einer Zeile von etwa 600 bis 1000 Meter angetroffen. Wie das genannte Blatt hört, soll nun dort eine große, vom Kohlenfundament unabhängige Gesellschaft in der Bildung begriffen sein, die diese Felder an sich bringen will. Nach anderen Mitteilungen soll auch der preussische Staat an den schwebenden Verhandlungen beteiligt sein, so daß es möglich ist, daß diese Kohlenfelder den Mitgliedern des Syndikats entgehen.

Nach Mitteilung des „Berl. Tagebl.“ ist letztere Meldung nicht richtig. Wie es an zuständiger Stelle erfahren haben will, ist der Präklus an diesen Verhandlungen nicht beteiligt. Die betreffenden Kohlenfelder seien allerdings dem Präklus vor einiger Zeit zum Kaufe angeboten; doch habe dieser keine eigentlichen (also doch wohl „uneigentlichen“) Unterhandlungen wegen des Ankaufs der Felder geführt und werde voraussichtlich auch keinen Grund dazu haben.

Mitteldeutsche Kreditbank. Der Antrag der Versammlung, das Aktienkapital um 9 Millionen Mark zu erhöhen, wurde auf der gestrigen Generalversammlung in Frankfurt einstimmig genehmigt. Die neuen Aktien sollen an ein unter Führung der Deutschen Bank stehendes Konsortium zu 112 1/2 Proz. begeben werden mit der Verpflichtung der Andienung an die bisherigen Aktionäre zum Kurse von 115 Proz. Ferner wurde mitgeteilt, daß die Weininger Filiale der Mitteldeutschen Kreditbank der neuen Bank, auf welche unter Mitwirkung der Diskontogesellschaft und der Allgemeinen Deutschen Kreditbank die Firma W. M. Strupp in Weimingen übergeben soll, angegliedert werden wird, und daß die Mitteldeutsche Kreditbank an der neuen Bank sich entsprechend beteiligt.

Rheinische Stahlwerke, Ruhrort. Der Aufsichtsrat der Rheinischen Stahlwerke beschloß, wie aus Ruhrort gemeldet wird, der auf den 26. Oktober einzuberufenden Generalversammlung eine Dividende von 9 Proz., wie im Vorjahre, bei 1940 000 M. Abschreibungen vorzuschlagen, sowie die Erhöhung des Aktienkapitals um 2 000 000 M. Die Einbuße am Gewinn durch den Vergarbeiter-Ausstand beträgt 700 000 M.

Zum Pariser Juckertrah. Cronier, der Direktor der Juckertraher-Say, über dessen Selbstmord wir jüngst berichteten, hat, wie sich jetzt herausstellt, nicht nur sein eigenes Vermögen verpfändet, sondern auch die Gelder seiner Wäbner unterschlagen. Wie Pariser Blätter mitteilen, beträgt das Defizit nicht weniger denn 60 Millionen Frank; davon waren 20 Millionen eigenes Vermögen des Cronier, das übrige fremde Gelder. Trotzdem würde Cronier, ein gewiegter und skrupelloser Finanzier, dem Schicksal wahrscheinlich die Stirn geboten haben. Was den Ramm, der eine Menge kleiner Leute geschädigt, bezog, aus diesem Jammeral freiwilgig zu scheiden, ist folgendes. Cronier war Vormund und Verwalter des Vermögens der Kinder von Say. Diesen würde er demnächst Rechenschaft über seine Vermögensverwaltung ablegen gehabt haben. Von dem 40 Millionen betragenden Vermögen der Erben von Say haben diese erst 17 Millionen erhalten, 23 Millionen, die den Kindern gehören, hat Cronier mit verpfändet. Das die Ursache seines Selbstmordes.

Die Kanton-Hankau-Bahn. Die Amerikaner haben eingewilligt, die Konzession für die Kanton-Hankau-Bahn gegen eine Entschädigung an China zurückzugeben. Der Preis schwankt zwischen 6 700 000 und 7 000 000 Dollar. J. P. Morgan konterte über die Angelegenheit mit Roosevelt und erklärte sich dann bereit zur Uebergabe. Die belgischen Teilhaber an dem Unternehmen gaben nur ungenügend und gezwungen ihre Zustimmung. Es wird behauptet, daß China von Japan beeinflusst wurde, die Amerikaner um Rückgabe der Konzession zu ersuchen, weil Japan selbst die Eisenbahnen in Süd-China unter seine Kontrolle bringen möchte. Japan besitzt Konzessionen für Eisenbahnbauten von Swatow durch die Provinz Honan. Die Kanton-Hankau-Bahnlinie soll damit verbunden werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Kürschnerstreik dauert unverändert fort. In gewissen Kreisen des Arbeitgeberverbandes scheint man der Ansicht zu sein, daß die Streikenden, da sie den Punkt 9 ihrer Forderungen fallen gelassen haben, wegen Mangel an Willen zur bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit gezwungen seien. Diese Auffassung dürfte sich indessen als irrig erweisen, insofern da es doch auch den Arbeitgebern bekannt sei müßte, daß die Streikenden in dieser Beziehung durchaus nicht auf sich allein angewiesen sind. An ein Niederzwingen der Kürschnerorganisation ist deshalb auch gar nicht zu denken. In der Mittwochversammlung der Streikenden konnte nur mitgeteilt werden, daß die Arbeitgeber auf die Wiedermittelung der letzten Organisationsbeschlüsse noch nicht geantwortet haben. Unbedingt halten die Ausständigen daran fest, daß falls die Arbeitgeber einen Beitrag bis 1908 festzulegen gewillt seien, der Ablaufstermin nur der 1. Juli sein könne, und nicht der 1. April, wie es die Arbeitgeber verlangen. Andernfalls müsse diese Frage überhaupt offen gelassen werden.

Eine öffentliche Löcherversammlung war von Mitgliedern der Lokalorganisation Berliner Löcher zu gestern abend nach Kellers Lokal einberufen worden, um zur Kündigung des jetzigen Lohnvertrages Stellung zu nehmen. Von beiden Organisationen, dem Lokalverein wie auch dem Zentralverband, waren etwa 1200 Personen erschienen. Es kam zu einer äußerst regen, aber verhältnismäßig recht sachlichen Aussprache, in der von den Rednern beider Richtungen diesmal, im Gegensatz zu früher, ein gemeinsames Handeln in der Tarifangelegenheit anerkannt und befürwortet wurde. Am meisten dürfte zu der Annäherung der bislang in einem ziemlich gespannten Verhältnis zu einander stehenden Organisationen wohl die jüngst in einer Verbandssammlung erfolgte Aufhebung des sogenannten Streikbrecher-Beschlusses beigetragen haben. In Anbetracht dessen aber, daß der Zentralverband den jetzigen Tarif mit den Meistern abgeschlossen hat, erklärte sich die Versammlung in ihrer Majorität für inkompetent, bindende Beschlüsse in der Tariffrage zu fassen. Vielmehr soll die Berliner Verbandssammlung zu nächster Woche abermals eine öffentliche Löcherversammlung einberufen, um dann von den Mitgliedern beider Organisationen gemeinschaftlich über die Kündigung des Tarifvertrages zu entscheiden und auch eine gemeinschaftliche Lohnkommission einzusetzen. Aus diesem Grunde wurde auch von einer Debatte über die vorgeschlagenen Lohnhöherungen bis dahin Abstand genommen.

Deutsches Reich.

Christliche Streikbrecherhande. Ueber die verräterische Rolle, die die Christlichen im Kölner Holzarbeiterstreik spielen, haben wir vieler Tage wiederholt berichtet. Obwohl diese Leute den Tarif mit ausgearbeitet hatten, wurden sie nachträglich wortbrüchig und verräterischen Streikbrecherdienste. Damit war aber der Gipfel der Niedertracht noch nicht erreicht. Um das Maß voll zu machen, werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den Streik zu erschöpfen. Jetzt fordert die neueste Nummer des christlichen „Holzarbeiters“ am Kopf des Blattes in Fettschrift „zum Zugung tüchtiger Schreiner und Maschinenarbeiter nach Köln“ auf, um die Stellen der Ausständigen zu besetzen.

Kraffer und unerbittlicher konnten die Christlichen nicht dokumentieren, daß sie im wahren Sinne des Wortes eine Schutztruppe des Unternehmertums sind. Bei jedem anständigen Arbeiter sind sie der Berührung fähig.

Die Schleifer der Firma Marxmann u. Petersmann in Düsseldorf haben die Arbeit niedergelegt, nachdem eine Einigung während der Kündigung an dem Startium der Firma scheiterte. Die Streikenden verlangen nichts weiter als die Einstellung der gemahregelten Kollegen. Mittlerweile haben auch die Werkstätten der Kündigung eingereiht. Weitere Abteilungen werden ebenfalls folgen. Der Zugung von Schleifern, Sichern, Gürtlern und verwandter Berufe ist daher fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Düsseldorf des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Rusland.

Streik der Transportarbeiter in Graz. In Graz sind die Arbeiter der Expeditions- und Fuhrwerksbetriebe sowie die Expeditionsarbeiter und Wäbepäder in den Streik getreten. Diesem haben sich auch die Postkassen und die Feuerwehrlöcher angeschlossen. Bloß die Feuerwehrlöcher werden abwechselnd von den Streikenden aufrecht erhalten. Die streikenden Feuerwehrlöcher gaben die Erklärung ab, daß sie trotz des Streiks zu jedem Feuer anspringen werden, da sie durch ihren Kampf nicht die Stadt in Gefahr bringen wollen; sie verrichten bloß kein Gemein-Fuhrwerk. Die Streikenden verlangen, jede Gruppe für sich, einen bestimmten Minimallohn und eine Maximalarbeitszeit. Die höchsten Forderungen bezüglich des Lohnes stellen die Arbeiter und Expeditionsarbeiter sowie die Feuerwehrlöcher, und selbst diese verlangen nur 20 Kronen pro Woche (1 Kronen = 85 Pf.); die Postkassen verlangen nur 18 Kronen Wochenlohn, für die Nachtstunden 20 Heller pro Stunde und Abschaffung der Nacht.

Der Streik der dänischen Textilarbeiter dauert nun bereits die neunte Woche. Er umfaßt ungefähr 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Von diesen sind nur zwei abtrünnig geworden. Der Eifer der Unternehmer, aus dem Auslande Streikbrecher heranzuziehen, ist fast ganz erfolglos geblieben. Aus Deutschland, und zwar aus der Rheinprovinz sind allerdings vier junge Leute zugereist, die trotz aller Ermahnungen nicht davon ablassen, den Fabrikanten Streikbrecherdienste zu leisten. Außerdem sind nur noch einige alte abgearbeitete Männer und Frauen als Arbeitswillige tätig. Die Vereinigung der Textilarbeiter hat zwar vor einigen Tagen noch erklärt und durch „Nigand Bureau“ verkünden lassen, daß sie sich nicht veranlaßt fühle, in Sachen des Streiks irgend etwas zu unternehmen, doch wird sie sich wohl über kurz oder lang demnächst genötigt sehen, nachzugeben.

Rom, 29. August. (Fig. Verli.) Eine sozialistische Zusammenkunft in Italien. Die Redaktion der „Lotta proletaria“ in Miranda schlägt vor, zum 15. Oktober eine Zusammenkunft der „Syndikalisten“ nach Bologna einzuberufen. Die Parteifraktion und die Arbeitskammer von Bologna sind bereit, die Vorbereitungen zu übernehmen. An der Zusammenkunft sollen teilnehmen können alle Parteimitglieder und Mitglieder der Gewerkschaften, soweit sie den Fundamentaldes Syndikalismus, die direkte Aktion, annehmen. Die Tagesordnung ist bis jetzt folgendermaßen festgesetzt: 1. Die sozialistische Partei und die Syndikalisten. 2. Aktionsprogramm. 3. Presse. 4. Erneuerung des Vorstandes. — Das sieht nicht gerade danach aus, als ob den italienischen Syndikalisten die Parteinheit am Herzen läge.

Aus der Frauenbewegung.

Die Kreisversammlung für Frauen des Wahlkreises Lettow-Beskow-Storow-Charlottenburg wurde in Charlottenburger Volkshaus am 30. August um 10 Uhr von der weiblichen Kreisvertrauensperson Frau Thiel eröffnet. Erschienen waren etwa 200 Personen, vornehmlich Frauen, aus vielen auch kleineren Orten des Kreises. Das einleitende Referat: „Der Jenener Parteitag und die Frauen“ hielt die weibliche Vertrauensperson für Deutschland, Frau Thiel. Sie betonte, daß die revolutionäre Bewegung in Russland sicherlich auch in unieren Verhandlungen nachzittern werde, — werde doch auch unsere Bourgeoisie immer brutaler, und höchst wahrscheinlich werde sie versuchen, und gewaltfam an der friedlichen Erringung unserer Ziele zu verhindern. Darüber müsse man sich klar sein und sich darauf gefaßt machen. Sehr wichtig sei daher die Organisation der Partei, die in Jena zur Beratung freige. Die Rednerin begrüßte in dem vorgelegten Organi-

lationsentwurf besonders den neuen § 13, der die Wahl weiblicher Vertrauenspersonen zur planmäßigen Agitation unter den Frauen in allen Kreisen, auch da, wo wie in Hamburg, Sachsen, Baden, die Frauen den Wahlvereinen beitreten können, zur Pflicht mache.

Von weiteren Punkten der Tagesordnung der Parteitag hob sie die Fragen des politischen Kampfes und der Parteierhebung hervor. Mit beiden müssen sich die Frauen eingehend beschäftigen; denn größere Aktionen des Proletariats — das habe auch wieder der große Streik im Ruhrgebiet bewiesen — seien ohne die tätige Mithilfe der Frauen gar nicht durchführbar.

Bezüglich der Parteierhebung betonte die Rednerin, daß die Arbeitserhebung am 1. Mai nicht dürfen fallen gelassen und eingeschränkt werden, sondern erweitert und ausgebaut werden müsse.

Eine Diskussion schloß sich an den mit Beifall aufgenommenen Vortrag nicht an.

Als Delegierte für den Parteitag wurde Frau Jäger-Rigdorf gewählt.

Frau Liede-Charlottenburg teilte mit, daß demnächst in Charlottenburg eine Versammlung stattfinden solle, um die Gründung eines Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins anzuzuregen, und forderte zu regem Besuch dieser Versammlung auf.

Frau Geisler, die weibliche Vertrauensperson für Charlottenburg, hat die anwesenden Frauen um tätigen Beistand bei der Agitationsarbeit; alle, die willens seien, sich an der Arbeit zu beteiligen, möchten ihre Adresse mitteilen.

Darauf schloß Frau Thiel die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Völkervereinende, internationale Sozialdemokratie.

Beisense. Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. In der gut besuchten Versammlung am 28. August sprach Frau Thiel folgende Rede: „Der Alkoholismus und die Frauen“. In überzeugender Weise und durch zahlreiche Beispiele wies Rednerin nach, wie der Verbrauch in allen Ständen stetig zunimmt, wie schädigend derselbe die Familie zerstört und die unabweislichen Folgen Wöllstimm, Verbrechen und ein frühzeitiger Tod sind. Besonders aber im Haushalt der Arbeiterfrau werden die Folgen am schmerzhaft empfunden, denn der Alkohol wirkt dreifach schädlich, materiell, geistig und sittlich. Mit eindringlichen Worten ersuchte die Vortragende die Anwesenden, niemals den Andern Alkohol zu geben, denn nur so wird es möglich sein, gesunde und geistig rege Menschen zu erzielen. Dem Vortrage folgte eine kurze Diskussion. Namens der Versammlung dankte die Vorsitzende der Rednerin für den lehrreichen Vortrag.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Unternehmer-Übermut.

Dresden, 31. August. (B. Z. W.) Die Aktiengesellschaft Maschinenfabrik und Eisengießerei, vormals Seidel u. Raumann, kündigte heute durch Aufruf an, daß sie nächsten Sonnabend abend den gesamten Betrieb schließen und sämtliche Arbeiter entlassen werde, falls inzwischen die ausständigen Schlosser die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben.

Eine Konferenz zur Regelung der Binnenschiffahrtsstatistik.

Mannheim, 31. August. (B. Z. W.) Wie die „Neue Badische Landeszeitung“ meldet, findet vom 5. bis 7. September eine vom Reichsamt des Innern einberufene Konferenz in Mannheim statt, welche die Neuregelung der Binnenschiffahrtsstatistik beraten soll. An der Konferenz werden Vertreter der beteiligten statistischen Ämter und Schiffahrtsvereinigungen aus verschiedenen Teilen Deutschlands, sowie andere Interessenten teilnehmen.

Feststellung des Wortlautes des Friedensvertrages.

Boston, 31. August. (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Professor v. Martens hat heute den ganzen Friedensvertrag nach der russischen Erklärung des Abkommens zwischen den Delegierten entworfen. Seine Erörterungen mit Dennison bezogen sich hauptsächlich auf die Auslegung gewisser Worte in dem in französischer Sprache zu gebenden Text.

Rundgebungen aus Anlaß des Friedensschlusses.

Paris, 31. August. (B. Z. W.) Präsident Loubet hat an den Kaiser von Russland folgendes Telegramm gesandt:

Ich richte an Eure Majestät meine lebhaften Glückwünsche zu dem großen Ereignis, das Ihre hohe Weisheit hat vollziehen lassen. Das mit Russland verbündete Frankreich ist glücklich, durch einen ehrenvollen Frieden einen Krieg beendet zu sehen, der durch so viele heldenhafte Taten ausgezeichnet ist.

An den Kaiser von Japan richtete der Präsident nachstehendes Telegramm:

Ich begrüße die Eure Majestät zu dem großen Akt der Weisheit und Menschlichkeit, den Sie soeben vollzogen haben.

Paris, 31. August. (B. Z. W.) Der Kaiser von Russland sandte dem Präsidenten Loubet folgendes Telegramm auf dessen Glückwunschsdepesche:

Sehr angenehm berührt von dem in Ihrem gestrigen Telegramm ausgesprochenen Gefühlen spreche ich Ihnen meinen besten Dank aus.

Auch der Kaiser von Japan sandte ein ähnliches Telegramm.

Ostern, 31. August. (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Der Kaiser von Russland richtete an den Präsidenten Roosevelt nachstehendes Telegramm:

Empfangen Sie meinen Glückwunsch und aufrichtigen Dank dafür, daß Sie die Friedensverhandlungen insolge Ihrer persönlichen energischen Bemühungen zu einem glücklichen Abschluß gebracht haben. Mein Land wird dankbar den großen Anteil, den Sie an der Friedenskonferenz in Portsmouth genommen haben, anerkennen.

Die Stimmung in Japan.

Tokio, 31. August. (Meldung des Reuterischen Bureaus.) Das Publikum kennt die Einzelheiten des Friedensvertrages noch nicht, aber vielfach ist man überzeugt, daß Japan wesentliche Zugeständnisse gemacht hat. Schon werden tadelnde Stimmen laut. Die Radikalen meinen, ein Kabinettswechsel sei unvermeidlich. Das Publikum empfindet natürlich eine Erleichterung, aber keine eigentliche Freude über den Friedensschluß.

Ein Schutzvertrag zwischen England und Japan.

London, 31. August. Wie das „Reuterische Bureau“ erklärt, wurde hier am 12. August ein neuer Vertrag zwischen England und Japan durch den Minister des Auswärtigen Lord Lansdowne und den japanischen Gesandten in London Vicomte Kanashi unterzeichnet. Einzelheiten desselben werden noch nicht veröffentlicht, aber es darf behauptet werden, daß dieses Abkommen von weitgehender Bedeutung ist. Es bietet gegenseitige Garantien für den Schutz der britischen und japanischen Interessen, selbst wenn beide Vertragsmächte nur von einer einzelnen feindlichen Macht bedroht werden, und sichert die Aufrechterhaltung des status quo im fernem Osten.

Die Cholera in Ostindien.

Stambul, 31. August. (B. Z. W.) Das Amtsblatt „Gazeta Zwozdoka“ meldet, daß in der Vorstadt Radevo Morobowa im Bezirk Pjilze in der Zeit zwischen dem 22. und 30. dieses Monats mehrere Personen unter choleraähnlichen Symptomen erkrankten. In der Familie eines Flußschiffers, der im Reichsgebiete in Preußen gearbeitet hat und erst kürzlich heimgekehrt war, sind drei Personen erkrankt, davon ist eine gestorben und zwei gestorben. In gleicher Zeit ist im selben Orte ein wandernder Uhmacher, welcher in der Familie des Flußschiffers verkehrte, erkrankt und gestorben. Weitere Erkrankungen sind nicht vorgekommen. Die bakteriologische Untersuchung ist noch nicht beendet. Hofrat Dr. Merunovic hat sich an Ort und Stelle begeben, um den Fallbestand festzustellen und erforderlichenfalls die geeigneten Maßnahmen zu treffen.

Die Cholera in Ostindien.

Stambul, 31. August. (B. Z. W.) Das Amtsblatt „Gazeta Zwozdoka“ meldet, daß in der Vorstadt Radevo Morobowa im Bezirk Pjilze in der Zeit zwischen dem 22. und 30. dieses Monats mehrere Personen unter choleraähnlichen Symptomen erkrankten. In der Familie eines Flußschiffers, der im Reichsgebiete in Preußen gearbeitet hat und erst kürzlich heimgekehrt war, sind drei Personen erkrankt, davon ist eine gestorben und zwei gestorben. In gleicher Zeit ist im selben Orte ein wandernder Uhmacher, welcher in der Familie des Flußschiffers verkehrte, erkrankt und gestorben. Weitere Erkrankungen sind nicht vorgekommen. Die bakteriologische Untersuchung ist noch nicht beendet. Hofrat Dr. Merunovic hat sich an Ort und Stelle begeben, um den Fallbestand festzustellen und erforderlichenfalls die geeigneten Maßnahmen zu treffen.

Die Fortsetzung einer unmöglichen Diskussion.

Von A. Kautsky.

1. Unter Ton und richtige Auffassung.

In meinem Artikel über „Die Stimmung in der deutschen Sozialdemokratie“ („Neue Zeit“, Nr. 42) hatte ich unter anderem auch den „Vorwärts“ kritisiert. Dieser antwortete am 19. und 20. Juli, eben, als ich meine Ferien angetreten. So komme ich erst jetzt dazu, ihm zu antworten.

Aber ist es überhaupt möglich, die Diskussion fortzuführen? Der „Vorwärts“ behauptet die eine seiner Erwiderungen mit: „Unmögliche Diskussion“ und sucht nachzuweisen, daß meine Art der Kritik jede Diskussion unmöglich mache. In der Tat könnte eine Fortsetzung des Diskutierens nichts erzielen als Unerquicklichkeiten, wenn man es, wie der „Vorwärts“ wieder einmal tut, auf das Gebiet des „guten Tones“ lenkt. Ein Entrüstungsdruck über den guten Ton kann naturgemäß nicht anders enden als mit dem schlechtesten. Das zeigen unsere Erfahrungen immer wieder von neuem.

Ich begnüge mich daher hier damit, einfach zu konstatieren, daß ich in meinem Artikel keine einzige Person direkt oder indirekt angegriffen habe. Der „Vorwärts“ dagegen, der mit einer „Polemik der persönlichen Herabsetzung“ und „das tiefe Niveau der persönlichen Reibereien“ vorwirft, spricht gleichzeitig von meinem „Hochmut“, meiner „höchst unzureichenden Kritik“, meiner „Ueberehrung“ und „Annahme“, meinen „publizistischen Instinkt“, „Literaturmässchen“ und „bössarigen Unschlichkeiten“. Es fehlt nur noch, daß er, wie Herr v. Kroska einen unbehaglichen Kritiker, mich für völlig „unreife“ erklärt.

Indes, wenn meine Kritik auch ganz unpersönlich gehalten war, so fällt es mir doch nicht ein, leugnen zu wollen, daß sie zu sehr scharfen sachlichen Urteilen kam, vor allem zu dem, daß unser Zentralorgan „in seiner jetzigen Form unfähig“ sei, „der Partei in inneren Parteifragen als führendes Organ zu dienen“.

Den Anlaß dazu gab die Haltung des „Vorwärts“ gegenüber einer inneren Parteifrage von so hervorragender Wichtigkeit, wie sie der politische Massenstreik darstellt, der augenblicklich in der ganzen Partei auf das lebhafteste diskutiert wird.

Was hat der „Vorwärts“ zu dieser Diskussion beigetragen? Das kritische Referat über die Schrift der Genossin Roland-Holst. Das ist meines Erinnerns bisher keine einzige größere Auseinandersetzung über die Frage des politischen Massenstreiks. Und gerade die erschien mir völlig „unzureichend“. Ich fand, der „Vorwärts“ habe „die ganze Schrift nicht verstanden, wenn er ihr vorwirft, sie mache den politischen Streik aus einem unter ganz bestimmten Verhältnissen möglichen und erforderlichen Akt der proletarischen Notwehr zur Methode des Klassenkampfes, zum eigentlichen Mittel des proletarischen Sieges“. Dies Mißverständnis aber sei das einzige Argument, das der „Vorwärts“ vorzubringen wisse, um Methode und Schlussfolgerungen des Buches abzulehnen. Und ich zitierte (S. 491) einen langen Passus aus der Schrift, in dem es ausdrücklich heißt, daß „der politische Massenstreik eine nur selten, in bestimmten geschichtlichen Situationen anwendbare Waffe ist“. In diesem Passus hatte also die Genossin Roland-Holst ausdrücklich jenen Gesichtspunkt hervorgehoben, den der „Vorwärts“ bei ihr vermisste, und jene Auffassung abgelehnt, die der „Vorwärts“ ihr vorwirft.

Was antwortet dieser mir darauf? Hält er mir nun Zitate entgegen, aus denen er die Wichtigkeit seiner Auffassung ableitet? Seine Zeile! Reinem ausführlichen Zitat begegnet er mit der allgemeinen Versicherung, er habe sich nicht geirrt. Außer diesem Zeugnis, das er der eigenen Glaubwürdigkeit ausstellt, weiß er nur noch zu sagen, die Verfasserin der Schrift bewege sich in Widersprüchen, was aber auch nur behauptet, mit seinem einzigen Zitat bewiesen wird.

Mit leeren Behauptungen wird meine Feststellung natürlich nicht erschüttert, die durch ein unzweideutiges Zitat belegt ist. Uebrigens ist die Auffassung der Roland-Holstschen Schrift, die ich vertrete, auch die der anderen Referenten darüber in der Parteipresse, soweit sie mir zu Gesicht gekommen. Das könnte genügen. Aber ich glaube noch ein Übriges tun zu müssen und wendete mich an die Verfasserin selbst. Diese schien mir am kompetentesten zur Entscheidung der Frage, wer sie verstanden. Sie antwortete mir folgendes:

„Natürlich haben Sie in der Streitfrage mit dem „Vorwärts“ vollständig meine Absicht wiedergegeben. Die der „Vorwärts“ dazu kommt, aus meiner Schrift herauszulassen, daß ich den Massenstreik als die Methode des proletarischen Klassenkampfes betrachte, ist mir unbegrifflich. Gegen eine solche Ueberschätzung, wie er durch die revolutionären, antiparlamentarischen Gewerkschafter stattfindet, ist die Schrift ja zum Teil gewandt. Auch habe ich mich gerade bemüht, den innerlichen Zusammenhang der verschiedenen Waffen des Proletariats und der verschiedenen Methoden des proletarischen Kampfes zu betonen, hervorzuheben, wie sie einander ergänzen.“

Welcher Hochmut der Genossin Roland-Holst! Sie erstreckt sich, etwas ganz anderes geschrieben zu haben, als der „Vorwärts“ aus ihrer Schrift herausgelesen hat. Eine arge „publizistische Unsitte“! Unsere Freundin ist offenbar schon auf demselben „tiefen Niveau persönlicher Reibereien“ angelangt wie ich!

2. Die Diskussion des Massenstreiks.

Indes, meine Polemik gegen diese falsche Auffassung der Schrift durch den „Vorwärts“ erschien ihm, wenn auch „hochmütig“ und „höchst unzureichend“, so doch noch diskussionsfähig. Dann aber sieht er mich Grätsches vollbringen und so „oberflächlich“ und „unsachlich“ werden, daß jede weitere Diskussion unmöglich wird und der „Vorwärts“ sich mit hochgradiger Entrüstung begnügt. Hier verlagt ihm selbst das, was er eine „sachliche“ Widerlegung nennt, nämlich die emphatische Wiederholung der Behauptung, er habe sich nicht geirrt.

Welches ist nun meine Mißfete!

Nachdem der „Vorwärts“ die Schrift der Genossin Roland-Holst falsch aufgefaßt und kritisiert hat, geht er in seinem Artikel dazu über, die Diskussion des Massenstreiks überhaupt zu verpönnen, und er tut dies in einer Weise, die meiner Ansicht nach nichts anderes verdient als Hohn und Spott. Ich habe allerdings gemeint, die Unhaltbarkeit der Logik des „Vorwärts“ liege so klar zutage, daß es genüge, sie mit ein paar Worten zu kennzeichnen. Wenn das aber unserem Zentralorgan als bloße Polemik „persönlicher Herabsetzung“ erscheint, kann ich auch sachlicher und gründlicher werden. Allerdings erfordert das einige Geduld unserer Leser.

Der Gewerkschaftskongreß hatte den „Vorwärts“ gezwungen, sich mit der Frage des politischen Massenstreiks zu beschäftigen. Am 8. Juni veröffentlichte er einen Artikel: „Gewerkschaft und Partei“, in dem er unter anderem über den Massenstreik folgendes ausführte:

„Daß die Gewerkschaftsorganisation mit dem politischen Massenstreik nichts zu tun haben will, halten wir für ganz richtig. Wir wünschen nicht, daß die politischen Aufgaben der organisierten Arbeiterklasse von den Gewerkschaften übernommen werden. ... Gätte der Gewerkschaftskongreß erklärt, wir haben lediglich gewerkschaftliche Aufgaben, in diesen Rahmen gehört der politische Massenstreik zur Erlangung politischer Rechte oder zur Verhinderung politischer Entschlüsse nicht hinein, das überlassen wir der politischen Organisation der Arbeiter, dann hätte kaum jemand etwas dagegen einzulwenden. ... Woju

haben wir denn die sozialdemokratische Propaganda? Deren Aufgabe ist es, die Köpfe zu revolutionieren und die Arbeiter reif zu machen für die Tat, sie dahin zu bringen, daß sie für die Erlämpfung politischer Rechte und Freiheiten im Notfall das Letzte wagen. ... Also, wenn schon zugegeben wird, daß hier Fragen zur Erörterung stehen, deren Lösung der politischen Organisation zufällt (Abwehr von Gewaltstreichen der Reaktion), wogu verlangt man dann von den Gewerkschaften, sie sollten erklären, wie sie sich die Lösung denken? ... Es ist dann erhebliches Gewicht darauf gelegt worden, daß den Gewerkschaften empfohlen wird, den politischen Massenstreik nicht zu diskutieren. Es ist ja nun dadurch die Partei nicht verhindert, dieses wie irgend ein anderes Kampfmittel zu diskutieren.“

Hier wird also der Beschluß des Gewerkschaftskongresses nicht damit gerechtfertigt, daß die Diskussion des Massenstreiks überhaupt ein Nachteil ist, sondern damit, daß sie eine Aufgabe der politischen Organisation, der Partei sei, von der man verlangen darf, daß sie uns sage, wie sie sich die Lösung der Frage des Massenstreiks, der „Abwehr von Gewaltstreichen der Reaktion“, denke.

Als dann der „Vorwärts“ am 26. Juni, also etwa zwei Wochen später, die Schrift der Genossin Roland-Holst besprach, hätte man annehmen dürfen, er werde diese Gelegenheit ergreifen, nun selbst als „führendes Organ“ der übrigen Parteipresse bei dieser Lösung, wenn schon nicht voranzugehen, so doch mit Anstand nachzusehen. Statt dessen erklärte er als einen „weiteren Fehler der Schrift“ folgendes:

„Kautsky fordert ausdrücklich in seiner Vorrede zum Diskutieren und Studieren des politischen Massenstreiks als Vorbereitung für kommende Kämpfe auf. Diese Aufforderung hat einen guten Sinn, wenn man dem politischen Massenstreik die hervorragende und entscheidende Rolle für die Arbeiterbewegung zuschreibt, wie es in der Schrift der Genossin Roland-Holst geschieht. ... Dann müßten die Diskussionen über den Massenstreik allerdings in alle Kreise der Partei und der Gewerkschaften getragen werden, und es gäbe keine wichtigere Aufgabe als diese. In Wahrheit aber hat die Sozialdemokratie keinen Anlaß, dem politischen Massenstreik die unbedingte und außerordentliche Bedeutung zuzuschreiben, auf welche die Beratungen der vorliegenden Schrift hinausgehen. Vielmehr besteht die Gefahr, daß durch das eifrige Studieren und Diskutieren solcher Frage die Phantasie der Arbeiterklasse auf unsichere Hoffnungen gerichtet und von wichtigen näher liegenden Aufgaben abgezogen wird — ganz abgesehen davon, daß das reichliche Reden von und Drohen mit der Revolution mehr geeignet ist, die reaktionären Forderungen gegen die Arbeiterklasse zu stärken, als die Arbeiter zur Entschlossenheit zu erziehen für den Fall, wo es sich noch lange nicht um den endgültigen Sieg, wohl aber um die Abwehr von Angriffen auf bestehende Rechte handelt.“

Am 8. Juni fand also der „Vorwärts“, die Diskussion des politischen Massenstreiks sei eine Aufgabe der Partei, deshalb aber keine Aufgabe der Gewerkschaften. Am 26. Juni dagegen erklärte er, wäre die Diskussion des politischen Massenstreiks so wichtig, wie die Genossin Roland-Holst und ich meinen, dann müßte sie in alle Kreise der Partei und der Gewerkschaften getragen werden. Es sei aber besser, wenn weder diese noch jene sich viel damit abgeben, denn durch das eifrige Studieren und Diskutieren derartiger revolutionärer Dinge werde die Arbeiterklasse von wichtigeren Aufgaben abgezogen und die Reaktion gestärkt.

Diese Ausführungen vom 26. stehen im vollsten Widerspruch zu denen vom 8. Juni. Es scheint also, als sei man in der Redaktion unseres Zentralorgans bei der Diskussion über den Massenstreik noch nicht einmal so weit gekommen, sich darüber einig zu werden, ob, wo und wie eine solche Diskussion ratsam sei.

Aber noch sonderbarer als die Haltung des „Vorwärts“ gegenüber der Frage, ob der Massenstreik überhaupt zu diskutieren sei, sind die Gründe, mit denen er schließlich vor der eifrigen Diskussion dieser Frage warnt. Einige davon haben wir schon kennen gelernt. Der eine davon ist der Hinweis auf die Gefahr, daß durch eine derartige Diskussion die „Phantasie der Arbeiterklasse auf unsichere Hoffnungen gerichtet und von wichtigen näher liegenden Aufgaben abgezogen wird“.

Sollte diese Maxime Geltung in der Partei erlangen, dann muß gleich jede Diskussion verpönt werden, die über unsere nächstliegenden Aufgaben hinausgeht. Wenn schon der Massenstreik „unsichere Hoffnungen“ erweckt, wie viel mehr dann unsere Endziele oder die Eroberung der politischen Macht, die Revolution! Ueber alle diese Thematika dürfte nicht mehr gesprochen werden, wenn unser Zentralorgan recht hätte. Und solche Argumente soll man ruhig hinnehmen oder gar noch ernsthaft und leidenschaftlos würdigen!

Und nun gar der folgende Satz, in dem darauf hingewiesen wird, daß „das reichliche Reden von und Drohen mit der Revolution mehr geeignet ist, die reaktionären Forderungen gegen die Sozialdemokratie zu stärken, als die Arbeiterklasse zur Entschlossenheit zu erziehen usw.“ Als ich diesen Satz las, sah, wie im Jahre der glorreichen russischen Revolution das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie über die Revolution zu reden mag, da fiel mir die Schamröte ins Gesicht. Dieser Satz war's, der meinen ganzen „Hochmut“ erregte, der mich zu der „Annahme“ und dem „publizistischen Instinkt“ trieb, gegen eine derartige Sprache zu protestieren. Wenn ich dabei einen Fehler beging, so war es höchstens der, daß ich das nicht energisch genug tat.

Vor allem, berechteter Kollege vom „Vorwärts“: wer hat mit der Revolution gedroht? Wo ist in einer Schrift der Genossin Roland-Holst, oder von mir, oder sonst einer sozialdemokratischen Unternehmung über den Massenstreik mit der Revolution gedroht worden? Es war eine Zeitsung ein Unfug der Staatsanwälte, jede Unternehmung über die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit einer Revolution als eine Drohung damit aufzufassen. Sie haben sich das abgewöhnen müssen, nun aber kommt das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie und sieht in der Diskussion eines neuen Kampfmittels der Partei die Drohung mit der Revolution!

Aber schon das bloße „reichliche Reden“ davon verursacht ihm Beklemmungen! Welche Seelenqualen müssen da seine Redakteure erdulden, die jetzt seit Monaten durch die russischen Vorgänge gezwungen werden, tagaus tagein aufs reichlichste von der Revolution zu reden und dadurch die „reaktionären Forderungen“ zu stärken! Die Stellung unseres Zentralorgans zur Revolution erhält eine weitere Beleuchtung in dem folgenden Argument:

„Wir meinen, daß die Arbeitsverweigerung zu politischen Zwecken ein Kampfmittel der Arbeiterklasse ist. Es ist aber nicht ein Kampfmittel, dessen Propagierung den obersten Grundfah der sozialistischen Taktik ausmachen oder fördern oder nur irgendwie verschleiern darf. Der oberste Grundfah der sozialdemokratischen Taktik ist und bleibt aber allerdings die Revolutionierung der Köpfe, die gerade darum, wie unsere Gegner gesagt haben, tödlich ist, weil sie sich der Geweße bedient und durch Geweße nicht unterdrückt werden kann.“

Selbstverständlich haben wir an der Revolutionierung der Köpfe zu arbeiten. Wem fielen es ein, das zu leugnen? Aber was ist darunter zu verstehen? Aufklärung des Proletariats über seine Stellung in Staat und Gesellschaft, über die historischen Aufgaben, die ihm daraus erwachsen, über die Kräfte, die Mittel und Wege, die ihm zu deren Lösung zu Gebote stehen. Wie aber soll die Diskussion oder Propagierung des Massenstreiks insbände sein, diese Aufklärung zu fördern? Zu welchem Resultat dies Studium immer führen mag, es selbst muß zu einem wirksamen Mittel werden, die Revolutionierung der Köpfe zu fördern. Gestört kann diese Revolutionierung eher dadurch werden, daß man, wie der „Vorwärts“, fürchtet, solche Studien würden die Phantasie der Arbeiter auf un-

sichere Hoffnungen richten und von näher liegenden Aufgaben abziehen.

In der Tat, wie kann man die Köpfe der Arbeiter revolutionieren, ohne ihr Interesse von den nächstliegenden auf fernere liegende Aufgaben zu lenken, ihren politischen Horizont zu erweitern und sie mit Hoffnungen für die Zukunft zu erfüllen? Freilich mit „unsicheren“ Hoffnungen, aber sichere Hoffnungen gibt es einmal nicht.

Ich will nicht weiter die Theorie untersuchen, die der „Vorwärts“ nun über die „allein wesentliche Taktik“ der Sozialdemokratie aufstellt, worunter er das Streben versteht, die „aus noch verständnislos gegenüberstehenden Klassen mit Verständnis zu erfüllen oder doch mindestens einen solchen Eindruck auf die öffentliche Meinung hervorzurufen, daß die wenigen Prozent derer, welche durch ihre bevorzugte Stellung in der heutigen Ordnung naturgemäß Feinde der Arbeiterbewegung und aller Volksrechte sind, zur Ohnmacht verurteilt werden“.

Wie immer er sich einen Zustand vorstellen mag, in dem die „öffentliche Meinung“ allein genügt, unsere Gegner „zur Ohnmacht zu verurteilen“, auf jeden Fall bekommt diese famose „allein wesentliche“ Taktik ein Loch schon im nächsten Abjah, der mit der Möglichkeit rechnet, daß unsere Gegner auf die öffentliche Meinung pfeifen und es wagen, uns mit Gewalt alle „Wege der Beschlichkeit zu verstopfen“.

Was dann? Man sollte meinen, wer mit dieser Möglichkeit rechnet, sollte auch die Notwendigkeit einsehen, den Massenstreik eifrig zu diskutieren und zu studieren. Mit nichts:

„Welche Mittel in solchen Fällen die geeigneten sind, das läßt sich nicht vorher studieren und nicht vorher diskutieren.“

Das ist sicher richtig. Welche Mittel wir in jeder bestimmten Situation in Anwendung bringen, das hängt von dieser Situation ab, und es wäre das Verheereste, was wir tun könnten, wollten wir jetzt schon bestimmen, was wir in Situationen, die wir gar nicht kennen, tun werden.

Aber darum handelt es sich bei der Diskussion des Massenstreiks gar nicht. Nicht, welche Mittel wir anwenden wollen und werden, sondern welche Mittel wir eventuell anwenden können, welche Mittel überhaupt uns zu Gebote stehen, das ist die Frage. Wir haben zu untersuchen, ob der politische Massenstreik unter bestimmten Verhältnissen ein wirksames Mittel des Kampfes sein kann, nicht aber uns zu verpflichten, ihn unter allen Umständen anzuwenden. Über das Bewußtsein hat, großen Kämpfen entgegen zu gehen, muß vorher seine Waffen prüfen. Die Anwendung der Waffen ist dann eine Frage für sich, mit der ihre Prüfung nichts zu tun hat. Auf jeden Fall aber muß die Prüfung der Anwendung vorausgehen.

Der „Vorwärts“ dagegen hält sich — unglücklich aber wahr! — lieber an das umgekehrte Verfahren. Wenige Zeilen, nachdem er erklärt, man könne nicht vorher die Mittel diskutieren, die man anwenden werde, wenn und die Beschlichkeit verpönt sei, erklärt er:

„Ist dieser Widerstand (gegen einen Staatsstreik) nicht genügend stark, so ist für die Arbeiterklasse jedes Mittel des Kampfes gerechtfertigt, so ist insbesondere die Arbeitsverweigerung, die Stilllegung der Produktion und des Verkehrs Pflicht aller Staatsbürger.“

Also ohne jede Diskussion der Bedingungen und Möglichkeiten des Massenstreiks dekretiert er sofort eine allgemeine Verpflichtung, ihn in einem bestimmten Falle anzuwenden.

Indes geht der „Vorwärts“ noch weiter. Genosse Nabenstein hatte die Arbeiter Lübeds aufgefordert, die Wahlberechtigung mit dem Generalstreik zu beanworten. Was bemerkt der „Vorwärts“ dazu, der die eifrige Diskussion des Massenstreiks in der Arbeiterklasse gefahrlos findet? Er hat gegen die sofortige Anwendung des Massenstreiks nur das eine einzubringen: die Rückständigkeit der Arbeiter, die ihre politischen Freiheiten noch nicht genug zu schätzen wissen. Gäbe es nicht die Indifferenz der Arbeiter, der „Vorwärts“ wäre bereit, sofort den Lübeder Generalstreik zu proklamieren!

Damit übertrumpft er freilich an „Radikalismus“ eine ganze Reihe von Anhängern des Massenstreiks, die gerade durch dessen Studium und dessen Diskussion zur Ansicht gekommen sind, ein vereinzelter, lokaler Versuch seiner Anwendung in einer Situation, wie der augenblicklich in Deutschland bestehenden, wäre ein kopfloses Abenteuer, das nur mit einer Niederlage enden könnte.

Aber der „Vorwärts“ weiß noch in anderer Weise zu übertrumpfen.

Und er macht dabei zwei Einwendungen, die seinen Beruf als führendes Organ der Partei glänzend demonstrieren, denn vor ihm ist keinem Genossen auch nur eine Ahnung derartiger Ideen gekommen. Während wir Loren, die wir den Massenstreik studieren, uns mit der Unteruchung der Frage abmühen, welche Arbeiterkategorien wohl dabei in Betracht kämen, dekretiert der „Vorwärts“ gleich frisch den Streik aller — Staatsbürger. Also zum Beispiel auch der Bauern. Wie die sich beileben werden, ihr Hindbich nicht mehr zu füttern, um die Regierung auszuhalten!

Kann man wirklich nicht verlangen, daß wir diesen „Radikalismus“ unseres Zentralorgans ernsthaft diskutieren!

Aber es hat noch eine zweite sublimen Idee: Im Falle des Staatsstreiks, ruft es, sind alle Mittel der Notwehr berechtigt, ist jedes Mittel des Kampfes gerechtfertigt. Und das ist nicht eine gelegentliche Entgleisung, sondern eine tatsächliche Entbedung, auf die es sich besonders viel einbildet. Es wird nicht müde, sie zu wiederholen, und in seiner Erwiderung auf meine Kritik läßt es die Konstatierung fett drucken, der „Vorwärts“ vertrete den Standpunkt, „daß nämlich in bestimmten Situationen das Proletariat jedes Mittel des Kampfes, nicht nur den politischen Massenstreik benutzen soll“.

Aber dieser Aufwand an Druckerchwärze erinnert an die Aufwindigen Weheimittel, über deren Beschaffenheit der „Vorwärts“ kein Sterbenswörtchen verlauten läßt. Und doch wäre das so wichtig! Wenn die Frage des Massenstreiks heute die Geister in der Partei immer mehr beschäftigt, so geschieht es, weil man immer mehr zur Ansicht kommt, daß diese Art Streik das einzige Gewaltmittel darstellt, das dem modernen Proletariat in einem entwickelten kapitalistischen Staate zu wirksamem Massenkampf bei versagendem Parlamentarismus, bei der Abwehr von Gewalt zu Gebote steht. Eifrig haben wir alle noch nach einem anderen Mittel ausgeschaut, das in solchen Situationen verwendbar wäre — vergebens. Der „Vorwärts“ aber hat nicht bloß ein anderes, sondern gleich eine ganze Reihe anderer Gewaltmittel für Fall der Notwehr parat, er spricht von allen Mitteln neben dem Massenstreik. Ist es Beschaffenheit, die ihn hindert, mit dieser epochemachenden Erfindung vor die Öffentlichkeit zu treten?

Oder sollte der Satz von „allen Mitteln“ so zu verstehen sein, daß im Falle eines Staatsstreiks das Proletariat berechtigt sei, alle Mittel der Gewalt anzuwenden, die ihm gerade in den Sinn kommen, wie ungewöhnlich sie auch für unsere Situation sein mögen? Doch es dann „berechtigt“ ist, auf die Barrikaden zu steigen, Bomben zu schmeißen, Paläste und Fabriken anzuzünden?

Der Wortlaut dieses Satzes würde diese Deutung rechtfertigen. Aber ich nehme an, daß der Satz so nicht gemeint war.

Auf jeden Fall wäre es höchst wünschenswert, wenn unser Zentralorgan diese seine tatsächliche Erfindung näher erklärte, sonst könnten böse Menschen noch auf die Idee verfallen, der Verfasser dieses Satzes habe bei seiner Niederschrift vielleicht sehr energisch und radikal empfunden, aber gar nichts gedacht.

Damit sind die Gesichtspunkte erschöpft, die unser Zentralorgan zur Frage des politischen Massenstreiks vorzubringen hat. Da ihm ihre erste Beleuchtung durch mich zu „oberflächlich“ und „höchst unzureichend“ erschienen war, hoffe ich jetzt, seinem Bedürfnis nach

ausreichender Gründlichkeit wenigstens einigermaßen Genüge geleistet zu haben. Ich muß es nun den Parteigenossen überlassen, zu beurteilen, ob ich dem „Vorwärts“ unrecht getan habe mit der Behauptung, seine Behandlung des Massenstreiks habe deutlicher als je seine Unfähigkeit erwiesen, in seiner jetzigen Form der Partei in inneren Parteifragen als führendes Organ zu dienen.

3. Die Tagesordnung des Parteitag.

Ich hatte meinen anmaßenden Hochmut so weit getrieben, dem „Vorwärts“ gegenüber derselben Ansicht zu sein wie der Parteivorstand und dessen Vorschläge zur Tagesordnung für Jena für gerechtfertigt zu erklären. Auch dies hat mir eine strenge Zensur des „Vorwärts“ zugezogen in einem Artikel: „Ein Haufen Unrichtigkeiten“. Ich gedenke jedoch nicht, diesen Artikel ebenso eingehend zu beantworten wie den vorhergehenden. Er bietet zu geringen Anlaß zu sachlichen Auseinandersetzungen, ist vorwiegend persönlicher Natur, sucht zu erweisen, daß ich an „böartigen Unrichtigkeiten“ meine Freude finde, also böswilligweise dem „Vorwärts“ mit Unrecht alles mögliche Schlechte in die Schuhe schiebe. Derartige Unterhaltungen über die Auslegung dieses oder jenes Satzes sind für den Leser selten interessant, nie belehrend. Ich will mich damit begnügen, an einem Beispiel zu zeigen, welcher Art die „böartigen Unrichtigkeiten“ sind, die der „Vorwärts“ in meinem Artikel findet.

Er schreibt:

„Unsere Meinung über den Dresdener Parteitag hätte absolut keinen Sinn, sagt Kautsky, wenn der „Vorwärts“ nicht der Meinung wäre, die Sozialdemokratie müßte der Regierung entgegenkommen, müßte versuchen, KonzeSSIONen gegen KonzeSSIONen einzutauschen. Weshalb den der Furcht des Kompromißgespenstes, der dem Kautsky den klaren Sinn unserer Ausführungen nicht zu erfassen. Wie kann Kautsky uns zumuten, auf das auszugehen, was er uns unterstellt? Nicht ein Wort unseres Artikels kann Anlaß zu solchen groben Mißdeutungen geben.“

Hüftwahr, ist das nicht richtig? Hat der „Vorwärts“ nicht den nachdrücklichsten Kampf gegen die Regierung gefordert? Wie komme ich dazu, ihm die Meinung unterzuschreiben, die Sozialdemokratie müsse der Regierung entgegenkommen? Wenn es jemals eine böartige Fälschung gegeben hat, so liegt sie hier vor!

Dem will ich nicht widersprechen, nur darf man diese Fälschung nicht mir zur Last legen, denn den Satz, den der „Vorwärts“ mir in den Mund legt, habe ich nie ausgesprochen. Mein Satz lautet vielmehr folgendermaßen (ich stelle das Zitat im „Vorwärts“ und den wirklichen Satz in der „Neuen Zeit“ nebeneinander):

„Unsere Meinung über den Dresdener Parteitag hätte absolut keinen Sinn, sagt Kautsky, wenn der „Vorwärts“ nicht der Meinung wäre, die Sozialdemokratie müsse der Regierung entgegenkommen, müßte versuchen, KonzeSSIONen gegen KonzeSSIONen einzutauschen.“

„Diese Auffassung hätte absolut keinen Sinn, wenn der „Vorwärts“ nicht der Meinung wäre, durch eine andere, mehr positive Gestaltung der Tagesordnung (des Dresdener Parteitages) hätten sich praktische Ergebnisse aus dem Wahlsiege ziehen lassen.“

Von Entgegenkommen an die Regierung also kein Wort. Es hätte auch keinen Sinn, an einer Stelle, wo ich gegen den „Vorwärts“ deshalb polemisiere, weil er behauptet, daß der Dresdener Parteitag schon durch seine Tagesordnung sich gehindert hat, der großen politischen Situation gerecht zu werden.“

Freilich, ganz frei erfunden ist der Satz vom „Entgegenkommen an die Regierung“ nicht; er findet sich in demselben Artikel, aber in einem anderen Zusammenhang. Der Anfang des im „Vorwärts“ als meine „böartige Unrichtigkeit“ zitierten Satzes findet sich in einer Fußnote, in der ich gegen den „Vorwärts“ wegen seiner Bemänglung der Tagesordnung polemisierte, der Schluß, die Worte vom „Entgegenkommen an die Regierung“ usw. finden sich im Texte, den ich einige Tage vor der Fußnote schrieb, wie in dieser erwähnt. Dort erwäge ich anlässlich einer Polemik gegen Herrn v. Gerlach und andere Kritiker der Partei, ob es für diese möglich gewesen wäre, den Dreimillionenstrog vom 16. Juni zu positiven Erfolgen auszunutzen, wie jene Herren behaupten, und warf die Frage auf, durch welche Mittel das hätte erreicht werden können. Da fuhr ich nun fort: „Durch ein Entgegenkommen gegen die Reichsregierung, durch den Versuch, KonzeSSIONen gegen KonzeSSIONen einzutauschen? Jeder derartige Versuch, wenn er gehegt worden sein sollte, würde allerdings in Dresden im Keime erstickt.“

Hier stellte ich es also als fraglich hin, ob überhaupt irgend jemand in der Partei eine derartige Politik wünschte. An den „Vorwärts“ dachte ich dabei gar nicht und ließ mir nicht träumen, daß dieser inzwischen ein neues Mittel entdeckt habe, den Dreimillionenstrog zu „positiven Erfolgen“ auszunutzen, nämlich eine „richtigere“ Gestaltung der Tagesordnung in Dresden, worüber ich dann einige Bemerkungen in der Fußnote hinzufügte. Die Art, wie dann der „Vorwärts“ Worte des Textes und der Fußnote zu einem Satz zusammenklopft, ist reine Arbeit einer fruchtbareren Phantasie. Ja habe jedoch nicht die Absicht, nun meinerseits den Spieß umzudrehen und ihm „böartige Unrichtigkeiten“, das heißt böswillige Fälschungen vorzumwerfen. Ich zweifle nicht im mindesten an dem guten Glauben meines Kritikers im „Vorwärts“. Und ich bedauere mich auch gar nicht über seinen Irrtum. Warum soll es mir besser gehen als der Genossin Roland-Holst und der „Vorwärts“ nicht auch aus meinen Schriften „einen Haufen Unrichtigkeiten“ herauslesen?

Von sachlichem Interesse ist in diesem „Haufen“ nur der Hinweis auf die früheren Kongresse, die angeblich die Auffassung des „Vorwärts“ bestätigen. In seinem Leitartikel vom 6. Juli über die Tagesordnung des Parteitages hatte er behauptet:

„Es hat sich nach unserer Überzeugung ... ein grundsätzlicher Irrtum in die Parteitage eingeschlichen. Unsere Parteitage werden ausgefüllt durch die Erledigung der Verwaltungsangelegenheiten und die Beratung über innere Parteifragen. Dagegen ist die politische Stellungnahme der Partei zu den Ereignissen der Zeit zurückgedrängt worden und geradezu gänzlich verschwunden.“

Diese Tendenz soll sich seit dem Dresdener Parteitag geltend machen.

In dem „Haufen“ artikel vom 20. Juli will der „Vorwärts“ das erweisen, indem er sich auf „das sozialdemokratische Muster der früheren Parteitage“ beruft:

„Die Partei hat behandelt: auf dem Parteitag zu Köln 1893 „Das allgemeine Wahlrecht und die Wahlrechte zu den Landtagen“; zu Frankfurt a. M. 1894 „Die Bedeutung der Trusts, Ringe, Kartelle usw. in unserer wirtschaftlichen Entwicklung“; zu Breslau 1895 „Schwefelstein, Hausindustrie und Arbeiterkampf“; zu Gotha 1896 „Frauenagitation“; zu Hamburg 1897 „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“; zu Stuttgart 1898 „Das Koalitionsrecht“ (Judithausvorlage), „Vergarbeitschutz“, „Die deutsche Zoll- und Handelspolitik“; zu Mainz 1900 „Die Weltpolitik“, „Die Verkehrs- und Handelspolitik“; zu Lübeck 1901 „Kollartar und Handelsverträge“, „Die Wohnungsfrage“; zu München 1902 „Arbeiterversicherung“, „Kommunalpolitik“.“

Diese Aufzählung beweist gar nichts. Nicht darauf kommt es an, was in der Tagesordnung eines Kongresses steht, sondern darauf, was seine Verhandlungen beherrscht, ihnen ihr Gepräge gibt. Wenn das nicht der Fall wäre, könnte man die Aufzählung ruhig fortführen: Bremen 1904: Kommunalpolitik.

Sehen wir einmal unsere früheren Parteitage darauf hin an, was ihnen ihr Gepräge gab, ob die politische Stellungnahme der Partei zu den Ereignissen der Zeit früher auf ihnen mehr hervortrat wie jetzt, ob Verwaltungsangelegenheiten und innere Parteifragen früher eine geringere Rolle auf ihnen spielten als jetzt. Das ist die Frage, darin soll der grundsätzliche Irrtum liegen, den unser Zentralorgan in unseren Parteitage entdeckt haben will. Es hieße die Frage völlig verkehrt, wollte man sie jetzt dahin zuspitzen, ob früher überhaupt auf den

Parteitage noch andere Dinge verhandelt würden als Verwaltungsangelegenheiten und innere Parteifragen.

Unser erster Parteitag, nach dem Fall des Sozialistengesetzes, der von Halle, 1890, zeigte sich schon von dem gleichen „grundsätzlichen Irrtum“ durchsetzt wie die vorgelegene Tagesordnung für Jena. Beide Tagesordnungen laufen fast parallel. Beide gelten der Organisation der Partei und der Diskussion eines Kampfmittels: 1890 „Streiks und Boykotts“, 1906 „Der Massenstreik“. Einen sehr erheblichen Teil der Verhandlungen füllten die Diskussionen über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion aus, die namentlich durch die „Jungen“ die schärfsten Aufzeichnungen erfuhr. Dagegen war von einer „politischen Stellungnahme zu den Fragen der Zeit“ überhaupt keine Rede.

Ebenso wenig in Erfurt, Verwaltungsangelegenheiten und innere Parteifragen beherrschten diesen Kongreß so sehr, daß er nicht einmal dazu kam, das neue Programm zu diskutieren, sondern es ohne Diskussion akzeptierte.

Nun 1892, Berlin. Wieder derselbe „grundsätzliche Irrtum“, der sich angeblich erst seit Dresden „eingeschlichen“ hat. Beherrscht wird der Kongreß durch innere Parteifragen, namentlich durch die Diskussion über die von Vollmar angeregte Frage des Staatssozialismus und über unsere Stellung zum Genossenschaftswesen.

Der „Vorwärts“ beginnt denn auch seine Verurteilung auf unsere Parteitage erst mit dem Jahre 1893. Aber auch da war's nicht besser. Eine innere Parteifrage erfüllte den Kölner Kongreß, eine Frage, die auch jetzt nach dem jüngsten Kölner Kongreß und wieder lebhaft beschäftigt: das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft. Daneben wurde allerdings auch das „allgemeine Wahlrecht und die Wahlrechte zu den Landtagen“ behandelt, aber ganz kurz. Von den 285 Seiten des Protokolls nimmt dieser Gegenstand nicht ganze 16 ein, dagegen 43 Seiten die Gewerkschaftsfrage, 56 Seiten Verwaltungsangelegenheiten.

Dabei kann man aber die Frage der Wahlrechte zu den Landtagen auch zu den „inneren Parteifragen“ rechnen. Damals wurde zum erstenmal jenes Problem diskutiert, das uns seitdem so viel beschäftigt hat und noch nicht völlig zur Ruhe gekommen ist, die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen.

Nun 1894, Frankfurt. Der „Vorwärts“ verweist auf die dortigen Verhandlungen über Trusts und Kartelle. Aber er vergißt, daß viel mehr als diese Verhandlungen die Diskussionen über die badiischen Stigmüllereien und über die bayerische Budgetbewilligung der Parteitage erfüllten, daneben aber die Debatte über das Agrarprogramm, also auch eine innere Parteifrage.

Und gar erst 1895, Breslau. Merkt der „Vorwärts“ denn gar nicht, wie komisch es wirkt, wenn er auf die Breslauer Verhandlungen über das Schwefelstein hinweist als Beweis dafür, daß erst in neuester Zeit die Stellungnahme zu den „Fragen der Zeit“ erstickt wurde durch die Diskussion von „inneren Parteifragen“? Hat er noch nie etwas von der Agrardebatte gehört, die diesen Kongreß fast völlig erfüllte? Dem Schwefelstein sind 6 Seiten des Protokolls gewidmet, der Diskussion über die Vorschläge der Agrarcommission 78! In der Tat, aus dem „Vorwärts“ lernt man die Parteigeschichte in sonderbarer Weise kennen.

Aus der Tagesordnung des Gothaer Kongresses, 1896, weiß der „Vorwärts“ selbst keinen anderen Punkt herauszufinden als den: „Frauenagitation“. Aber mit Verlaß, gehörte der nicht mindestens ebenso sehr zu den „inneren Parteifragen“ wie der Massenstreik? Oder bedingt die Debatte über diesen nicht ebensoviel Stellungnahme zu den Ereignissen der Zeit, als die Diskussion der Frauenagitation? Gerade der Gothaer Kongreß gehörte aber zu denjenigen, in denen die „Verwaltungsangelegenheiten“, namentlich Fragen der Parteipresse, besonders stark in den Vordergrund traten.

Folgt 1897, Hamburg. Der „Vorwärts“ weist auf den Punkt: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“ hin als einen, der beweise, daß damals die Stellungnahme zu den Fragen der Zeit die Verwaltungsangelegenheiten und inneren Parteifragen übertraue. Aber leider gestaltete sich gerade die Behandlung dieses Punktes wesentlich zu einer Diskussion innerer Parteifragen, einmal zu der unseres Verhältnisses zu dem polnischen Proletariat, und dann zu einer „Abrechnung“ mit Schippels Anschauungen vom Militarismus. Daneben aber erhielt der Parteitag sein Gepräge durch die Diskussion über die innere Parteifrage der Beteiligung an den Landtagswahlen, Budgetbewilligungen, Revisionismus und dergleichen.

Man sieht, von Anfang an, seit dem Fall des Sozialistengesetzes — und für die Zeit vorher gilt dasselbe — haben unsere Parteitage stets das gleiche Gepräge gehabt, sie zeigen alle den gleichen „grundsätzlichen Irrtum“, den unser Zentralorgan befragt, und wenn es vermeint, er habe sich erst neuerdings in die jüngsten Parteitage eingeschlichen und bedeute eine Verleugnung alter, ruhmreicher Traditionen, so beweist das nichts geringeres, als ein völliges Verkennen des Wesens unserer Partei und ihrer Geschichte.

Die Erledigung innerer Parteifragen war stets eine der wichtigsten Aufgaben, wenn nicht die wichtigste, unserer Parteitage, wie auch das Bestehen innerer Parteifragen keineswegs eine Ausgeburt neuester Parteifälschlichkeit ist, sondern auch die „gute alte Zeit“ unserer Partei kennzeichnete. Was sich dabei geändert hat, ist nur die Haltung des „Vorwärts“ zu diesen inneren Parteifragen.

Beim Durchblättern der alten Protokolle bin ich da auch wieder auf das Referat gekommen, das Liebknecht 1892 hielt, als Vollmar einige Äußerungen über den Staatssozialismus getan, die sehr bedenklich erschienen, worauf der „Vorwärts“ sofort entschieden dagegen aufgetreten war. Als Referent sagte Liebknecht darüber:

„Es ist gegen mich vielfach der Vorwurf erhoben worden, daß ich diesen „Streik“ vom Jaune gebrochen habe; man hat sogar davon gesprochen, daß für mich persönliche Momente maßgebend gewesen seien. Das ist nicht der Fall. Wenn der „Vorwärts“ diese Polemik begonnen hat, so ist er nach meiner innersten Meinung hierzu verpflichtet gewesen, und die Ausführllichkeit der Debatte, welche sich in der Presse entsponnen hat, zeigt, wie notwendig es war, die Frage aufzuwerfen, auf daß Klarheit geschaffen werde. ... Wir sind die Partei der freien Kritik. In dieser freien Kritik, die, um frei zu sein, auch scharf geübt werden muß, liegt ein Moment unserer Stärke.“

Wie ganz anders der „Vorwärts“ von heute! Was damals Liebknecht vorgeworfen wurde, das wirft er heute jedem von uns vor, die wie im Liebknechtschen Sinne uns im Innersten verpflichtet fühlen, Kritik zu üben. Seit dem Vorabend von Dresden liebt er es, uns anzuklagen, daß unsere Kritik zu scharf sei, daß wir die „Streitigkeiten“ vom „Jaune“ brechen, daß für uns „persönliche Motive“ maßgebend seien. Der „Haufen“ artikel schließt mit der Verschuldigung, daß ich die Diskussion auf das „tiefe Niveau persönlicher Reibereien“ herabdrücke, und so meint auch wieder Kurt Eisner in einem Artikel über den „guten Ton“ vom 12. August, die „Parteiunterwürfen“ seien nur noch „persönliche Litteraturen“.

Aber es wäre freilich zuziel verlangt, wollte man fordern, daß der „Vorwärts“ die Konsequenzen derartiger Beschimpfungen selbst erkenne. Seine Unfähigkeit, in den inneren Parteifragen führend und befruchtend durch sachliche Vertiefung voranzugehen, und seine seit Dresden immer wieder erneuten Hinweise darauf, daß diese Fragen nur trivialer Litterateneitelkeit und Schaffigkeit entspringen, bringen ihn immer mehr in Gegensatz zu jenen, denen diese Fragen als Lebensfragen der Partei erdrücken, und bewirken, daß er ihnen immer mehr als ein die innere Klärung hemmendes und die darauf gerichteten Bestrebungen degradierendes Element erscheint, dessen Wirken in den inneren Parteifragen daher bei ihnen steigende Gereiztheit und Erbitterung erweckt, bis die übervolle Schale schließlich nur eines Tropfens bedarf, um überzuquellen. Trotzdem bleibt natürlich jede sachlich unbedeutende Kritik am „Vorwärts“ verwerflich. Ja, selbst ihre sachliche Richtigkeit bedeutet nicht auch schon, daß sie politisch richtig, daß sie am Platze ist. Die scharfe Kritik einer so wichtigen Parteiinstitution, wie es das Zentralorgan ist, kann selbst, wenn sie sachlich richtig, aber vielmehr gerade dann erst recht, lähmend und deprimierend wirken,

also die Partei schädigen, wenn sie rein negativ bleibt. Dagegen wird sie befruchtend und erhebend, wenn sie positiv ausreicht, die Möglichkeit zeigt und die Anregung gibt, die vorhandenen Fehler zu ändern und so die Kraft der Partei zu vermehren. So hätte ich mich denn auch sehr wohl bedacht, gegen unser Zentralorgan so scharf vorzugehen, wie ich es getan, wenn ich nicht glaube, nicht bloß seine schwachen Seiten, sondern auch deren Gründe herausgefunden zu haben und so deren Beseitigung um so eher anzugehen, je schroffer meine Kritik wurde.

Der „Vorwärts“ wird auf das Wesentliche dieser Ausführungen im Zusammenhang zurückkommen, obwohl eigentlich nur wiederholt zu werden braucht, was in der ersten Besprechung des Buches der Genossin Roland-Holst unseres Erachtens mit solcher Klarheit ausgeführt worden ist, daß es selbst den feinsten und feinsten Randglossen Kautskys nicht gelingen dürfte, die damals gewonnene sichere Einsicht wieder in Frage zu stellen.

Aus der Partei.

„Generalkreis und politischer Massenstreik.“

Ueber dieses Thema sprach am Dienstagabend in einer großen Versammlung der Zimmerer von Hamburg und Umgebung Genosse Karl Frohme. In Jena, so hob der Referent u. a. hervor, müßte das Ansehen, und auf die Taktik des politischen Massenstreiks festzulegen, entschieden zurückgewiesen werden. Die Genossin Roland-Holst habe aus den verschiedenen politischen Massenstreiks verschiedener gearteter Länder ganz unlogische Schlusfolgerungen gezogen, daß generell der Generalkreis von großem Vorteil für die Arbeiter aller Länder sei. Es handele sich hier um unendlich verschiedene Dinge. Man dürfe doch nicht außer Betracht lassen, daß der russische politische Streik das außerordentliche Produkt außerordentlicher Verhältnisse sei und daß daher Russland nicht vorbildlich sein könne. Hierdurch würden Hoffnungen erweckt, die nimmer standhalten könnten. Große Kulturbewegungen würden nicht durch große Gefühle geleitet. Die Verwirklichung des Generalkreises mit dem Problem der Eroberung der politischen Macht löse nur falsche Hoffnungen aus und lenke von den zunächst liegenden Dingen ab, so daß das Interesse für den Kleinkampf schwinde. Bezeichnend sei, daß der Kölner Beschluß nahezu einstimmig gefaßt sei, wodurch die Untauglichkeit des Mittels heront werde. Es sei sehr verständlich von den Gewerkschaften, wenn sie sich gegen den Generalkreis wenden, bei dem sie ohne weiteres die Frucht jahrelanger Mühen verlieren, ja ihre eigene Existenz aufs Spiel setzen würden. Die Propaganda des politischen Massenstreiks sei Wasser auf die Mühle der Anarchisten und die unmittelbare Wirkung dieser Propaganda sei die bekannte Friebergische „Anarcho“-Gründung. Bezeichnendweise gehe diese Gründung von den Sozialisten aus, die seit Jahren gegen die Interessen der Arbeiter scharf gefühndt haben. Man könne diese Richtung als eine solche reaktionärsten Geistes bezeichnen, die sich hinter revolutionäre Phrasen verberge. Falsch wäre es, bezüglich des Generalkreises auf dem Parteitage in Jena ein Kompromiß zu schließen, dafür sei er nicht zu haben. Er weise die utopistischen Ideen des Generalkreises generell zurück. — Eine Debatte wurde nicht beliebt.

Zu den Parteipolemikern erucht uns ein in der Organisation der Rheinprovinz hervortragender tätiger Parteigenosse dringend um Veröffentlichung dieser Zukrist:

Der die letzten Jahre hindurch die Parteipolemik der Leipziger Volkszeitung verfolgt hat, dem fällt vor allem ein großer Mangel an Selbstbeherrschung und Verantwortlichkeitsgefühl auf. Die „Leipziger Volkszeitung“ tut so, als ob es in Deutschland nichts wichtigeres gäbe als die — natürlich nur durch sie mögliche — Ausfüllung des in ihrer lebhaften Phantasie zu einem wahren Augiasstall angehäuften Parteiumrats, und sie verfährt bei ihrer Lieblingsbeschäftigung der Parteireiterei mit einer Ungemüßtheit und Rücksichtslosigkeit, die auf ebenso wenig Selbstkritik wie Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der Gesamtpartei schließen lassen müssen. Zur Ehre der Urheber dieser Polemiken nehmen wir an, daß sie sich der verwiltenden Wirkungen ihres Treibens nicht bewußt sind, so sehr das auch von Leuten verlangt werden kann, die in der Partei an verantwortungsvoller Stelle stehen. Die „Leipziger Volkszeitung“ aber weiß offenbar nicht, wen eigentlich ihre Parteireiterei nützt und wem sie schadet. Sie nützt ausschließlich den Gegnern der Arbeiterbewegung, sie schadet nur allein unserer Partei. Ich schalte hier ein, daß es mir nicht beikommen kann, die in der Partei vorhandenen erheblichen Meinungsverschiedenheiten namentlich über theoretische Fragen überflüssig zu machen, — wogegen ich mich wende, ist vielmehr nur die Art, wie die „Leipziger Volkszeitung“ nebst einer kleinen Schar williger Nachbeter diese an sich nützlichen Parteidiskussionen betreibt, wie sie sie häßlich verzerrt, das parteigenössliche Zusammengehörigkeitsgefühl zu ertöden bestrebt ist, das ganze Parteileben vergiftet und unseren Feinden fast täglich neue Waffen in die Hände spielt. Die wenigen Genossen, die über Empfindlichkeit spotten und sich lustig machen über „das Gesehmie“ wegen des schlechten Tons, scheinen sehr an ihrem Unterscheidungsvermögen gelitten zu haben. Sie würden aber auch, so nehmen wir zu ihrer Ehre an, über die großen und kleinen Vorkommnisse Leipzigs ganz anders urteilen, hätten sie eine Ahnung, wie durch diese Fälschungen unsere Agitation erschwert wird. Wer wie der Schreiber dieser Zeilen jeden Tag lesen muß, wie die gesamte bürgerliche Presse mit grinsendem Behagen die „Leipziger Volkszeitung“ ausschachtet — meist auf dem Umwege über die „Deutsche Freie Presse“ — den packt allemal tiefer Ingrimm über das Spiel, das einige wenige Menschen mit der ganzen Partei treiben dürfen. Ramentlich die biederer Zentrumspresse verfährt sich trefflich auf diese Ausschachtung; ihre Berliner Korrespondenzbureauaus machen die saftigen Braten gleich mundgerecht und sie werden bis hinab zum kleinsten Winkelstaus den gläubigen Lesern in entsprechender Weise serviert. Natürlich laufen da zahlreiche Fälschungen, mindestens aber Entstellungen unter, doch ändert das wenig daran, daß das Material zu dem herrlichen Geisteslump aus einer sozialdemokratischen Küche kommt. Selbstverständlich wird die Gewinnung der solchermaßen gefüllten katholischen Arbeiter außerordentlich erschwert, und kommen unsere Genossen in Versammlungen mit Gegnern zusammen, so ist zehn gegen eins zu wetten, daß ihnen mit Titaten aus der „Leipziger Volkszeitung“ gebient wird. Die Lieferanten dieser Waffen gegen die Partei aber sitzen irgendwo wohlbehütet hinterm Ofen. Demnachst werden sie dann wieder allerlei kluge Nebenarten von sich geben, worauf denn der Stimmenrückgang bei dieser oder jener Nachwahl oder der Stillstand unserer Bewegung in dieser und jener Gegend zurückzuführen sei. Auf die Hauptursache solcher Erscheinungen: ihre eigene vergiftende und parteizerstrende Tätigkeit, kommen sie natürlich niemals. Wir alle aber, die wir uns in täglicher mühevoller Kleinarbeit gegen mächtige Gegner abmühen müssen und in denen das parteigenössliche Solidaritätsgefühl noch lebendig genug ist, um die Feivolität der Parteihörer voll empfinden zu können, müssen gegen das Leipziger Gebaren energisch Front machen.

J. M.

Im 8. sächsischen Wahlkreis erklärte Genosse Friedrich, die Behandlung der Parteigenossen untereinander müsse auf dem Parteitage zur Sprache kommen; besonders sei die Art und Weise, wie in letzter Zeit die „Leipziger Volkszeitung“ gegen Parteiblätter und Parteigenossen polemisiere, ganz entschieden zu verurteilen.

Eine Kreisversammlung für den Wahlkreis Ost- und West-Sternberg tagte am Sonntag in Neppen. Vertreten waren die Genossen der Bezirke Drossen, Jelenzig, Neppen, Göritz und Sonnenburg durch zehn Delegierte, außerdem waren anwesend der Kreisvertrauensmann, der Reichstagskandidat Genosse Freiwaldt und das Mitglied der Agitationskommission Scholz.

Von der Abrechnung ist hervorzuheben, daß die Einnahmen und Ausgaben mit 211,24 M. balanzieren und ein Bestand von 106,82 M. vorhanden ist.

Zur Agitation sind verbreitet worden 6800 Kalender „Märkischer Landbote“, 5000 Exemplare Kontraktbruchgesetz gegen die Landarbeiter und monatlich 200 Faden.

Die bisherige lose Organisation im Kreise, welche leider sehr schwach ist und sich auf freiwillige Beiträge beschränkt, soll einem Zentralwahlverein weichen. Es wird beschlossen, bis nach dem Parteitag und der Provinzialkonferenz für Brandenburg zu warten, die dort gesammelten Erfahrungen zu verwenden, um dann in einer einzuuberufenen Konferenz die Gründung des Wahlvereins vorzunehmen.

Auch unsere Presse ist im Kreise sehr schwach vertreten. Nur vereinzelt ist in den Bezirken die „Märkische Volksstimme“ vertreten ebenso der „Vorwärts“, der „Wahre Jakob“ und die Unterhaltungsblätter „Freie Stunden“. Es wird beschlossen, zur nächsten Kreis-Konferenz eine größere Anzahl Exemplare der „Märkischen Volksstimme“ zur Agitation zu beschaffen.

Im Wahlkreise Oberbarnim sind jetzt in fünf Wahlkreisen 301 Mitglieder organisiert. Die „Brandenburger Zeitung“ hat 198 Abonnenten im Kreise, wozu noch eine Anzahl Abonnenten des „Vorwärts“ kommen.

Genosse Nikolaus Kraszewski in Brieg, früherer Vorstandsmitglied der P. P. S. ersucht uns zu veröffentlichen, daß er aus dieser Partei ausgestiegen ist.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Gründung eines Arbeiter-Radfahrervereins und Vereinsgesetz.

(Motto: Sozialdemokratische Hinterlist muß doppelt bestraft werden.)

Zur Gründung eines Arbeiter-Radfahrervereins für Gottesberg in Schlesien waren an einem Matentage etwa 30 Personen zusammen gekommen. Der Verein sollte sich dem Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“, Sitz Frankfurt am Main anschließen. Leiter und Sprecher war der Bergbauer Schöbel zu Gottesberg, der bereits einige Jahre als Einzelmitglied dem Radfahrerbund „Solidarität“ angehört. Er wurde auch als Veranstalter angesehen und der Uebertragung der §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes angeklagt, weil er die Versammlung nicht bei der Polizei angemeldet hätte, obwohl es eine Versammlung zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten gemäß § 1 des preussischen Vereinsgesetzes gewesen sei.

Das Landgericht führte aus: Es sei folgendes festgestellt. Angeklagter habe als Redner darauf aufmerksam gemacht, welche Vorteile die Mitglieder eines dem Bunde „Solidarität“ angehörenden Vereins hätten.

Zu den Vorteilen habe er auf die Entschädigung bei Radunfällen, auf die Kaufoffizienfreiheit beim Ueberfahren der Grenze, auf die billige Lieferung von Wegetarten und auf ähnliches hingewiesen. Man habe auch Flugblätter des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität“ in der Versammlung verteilt. Nach den Angaben des Angeklagten, die seine Zeugen im wesentlichen bestätigten, sei nach Verteilung der Flugblätter nicht mehr in der Versammlung gesprochen worden. Trotz dieser Feststellungen sei das Gericht zur Beurteilung gekommen. Aus folgenden Gründen müsse die Versammlung als eine solche zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten angesehen werden. Der zu gründende Verein habe sich dem Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ anschließen sollen. Welcher Art die Radfahrervereine seien, die sich dem Bunde anschließen, ergebe aber das verteilte Flugblatt. Die Mitglieder würden in dem Aufruf in Gegenwart gestellt zu den Mitgliedern bürgerlicher Vereine. Der Aufruf wende sich an die Klassenbewußten Arbeiter, spreche von Klassenbewußtheit, Klassenkampf und gleichgesinnten Klassengenossen.

Das Kammergericht hob am 30. August dies Urteil auf und sprach den Angeklagten mit der Begründung frei, daß es gerade aus den tatsächlichen Feststellungen des Landgerichts ernehme, daß in der Versammlung keine öffentlichen Angelegenheiten erörtert worden seien und daß solche auch nicht erörtert werden sollten.

Soziales.

Gegen den Fleischwucher.

Protestversammlungen wurden wieder abgehalten in Eibfeld, Pforzheim, Cannstatt und Ehlingen. Das Stadtverordnetenkollegium in Hagen verlangt in einer Resolution Dämpfung der Grenzen.

Die Mainzer Stadtverordneten beschloßen auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion einstimmig, die Regierung zu ermahnen, beim Bundesrat auf Dämpfung der Grenzen für die Einfuhr von Vieh hinzuwirken. Die bürgerlichen Vertreter unterließen es, ihre prinzipielle Stellung darzulegen und stimmten dem Antrag ohne Debatte zu.

Klingelbolle.

Vor die Schranken der ersten Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts unter dem Vorsitz des Magistratsrates Ledow hatte gestern, ohne ihren ausdrücklichen Wunsch, die Klagefrau C. Volle zu treten, die von einem Angestellten wegen unerlaubter Einbehaltung eines Restbetrages der Gehalt und Ueberstunden verklagt worden war. Herr Dr. C. Volle persönlich, unter Assistenz eines Prokuristen, war erschienen, um dem Gericht die Gründe, die zu einer plötzlichen Entlassung berechtigt haben sollten, glaubhaft zu machen. Es soll ihm nämlich zu Ohren gekommen sein, daß der Kläger mit seinen Kollegen in stetiger Wiederholung über allerlei angebliche Mißstände im Betriebe der Firma debattierte und insbesondere einen, vom Chef hochgeschätzten Vorgesetzten in schmählicher Weise in die Debatte zog, der sich während der Geschäftsstunden angeblich fortgesetzt unanständig benommen und mit den dort angestellten Mädchen pöbelhaft umgegangen sei. Der Kläger hat aber auch noch einen 16 Seiten langen Brief an einen seiner Vorgesetzten gerichtet, der leider vor Gericht nicht zur Verlesung gelangte, dessen Inhalt jedoch, seiner Länge nach, recht reichhaltig sein mag. Als sich nun der Kläger eines Tages in Gesellschaft anderer Kollegen an einem Orte befand, wohin man einen anderen gewöhnlich nicht zu

schicken imstande ist, will der Herr Prokurist ein Gespräch seitens des Klägers mitangehört haben, in dem von sogenannten „Kriegern“ und ähnlichen Reptilien die Rede gewesen sei. Er glaubte natürlich annehmen zu müssen, daß mit jenem Schmähwort ein Vorgesetzter gemeint sein müsse und entlich den Mißfater Knall und Fall. Es sei hier noch erwähnt, daß der genannte Prokurist die Wahrheit des Sprichwortes: „Lindt ist der Welt Lohn“ am eigenen Leibe erfahren haben will. Er hatte feinerzeit den verheirateten, in Not geratenen Herrn engagiert, ihm aus reiner Menschenliebe seine für 195 Mark verleihte Wäsche im Werte von einigen Hundert Mark ausgelöst und diesen Betrag als Vorschußsumme auf das Gehalt angelegt. Diese Handlung zeugte nun an sich von einer anerkennenswerten Bestimmung, wenn sich nicht nachher, im Laufe der Verhandlung, herausgestellt hätte, daß er in seiner Menschenfreundlichkeit die wertvolle Wäsche so lange als Pfand zurückbehalten hat, bis der Betrag gänzlich verrechnet war. Auch betreffs der Auffassung des Herausdrudes „Krieger“ erlitt der Beklagte einen bölligen Pantoffel, denn das Gericht schenkte der Behauptung des Klägers Glauben, daß er mit den Kriechern in dem Falle nicht Vorgesetzte, sondern eigene Kollegen bezeichnet habe.

Natürlich wurde Herr Volle auch verurteilt, dem Kläger zinslos 43 Mark als berechnete Forderung zu zahlen, hatte jedoch das Glück, der Zahlung von Ueberstunden entgehen zu können, weil der Kläger vorher niemals Ueberstunden beansprucht hatte, allerdings, wie er sagt, nur aus Furcht vor Kündigung. Die Firma vertritt noch die Ansicht, daß ihre kaufmännischen Angestellten so lange arbeiten müssen, bis alles, was im Bureau vorliegt, erledigt ist, und glaubt deshalb, Ueberstunden überhaupt nicht zahlen zu brauchen.

Künstler oder Gewerbegehilfe?

Nach der kündigung Rechtsprechung des Gewerbegerichts München zählten bisher Künstler zu den Gewerbegehilfen, weshalb sich das Gewerbegericht bei Differenzen im Engagementsverhältnis stets für zuständig erklärte. Auch im Frühjahr d. J. wurde der Impresario Leo Bartuschel in Charlottenburg vom Gewerbegericht München zur Zahlung einer Entschädigung an zwei Sängerinnen wegen kündigungloser Entlassung verurteilt. Die beiden Sängerinnen waren mit einer Gage von 850 M. monatlich für die Nummer „Am Chiemsee“ engagiert, debütierten erst im Hansa-Theater in Hamburg, dann im Krillpalaß in Leipzig, jedoch nicht mit dem gewünschten Erfolg. In München wurden die Damen ohne Einhaltung der vertragmäßigen Kündigung plötzlich entlassen, da ihre Leistungen angeblich zu minderwertig gewesen seien. Das Gewerbegericht verurteilte Bartuschel zur Zahlung einer Entschädigung. Gegen dieses Urteil wurde Vernehmung beim Landgericht München I eingelegt. Die fünfte Zivilkammer hat jetzt das Urteil des Gewerbegerichts aufgehoben und die Klägerinnen mit ihrem Anspruch kostenpflichtig abgewiesen, da nach Ansicht des Gerichts das Gewerbegericht in dem gegebenen Falle nicht zuständig war. Künstler, heißt es in der Urteilsbegründung, seien nicht Gehilfen eines Variétédirektors bei Ausübung seines Gewerbes, sondern seien als selbständige Gewerbetreibende zu betrachten.

Gerichts-Zeitung.

Wegen Unterschlagung von circa 20 000 Mark war gestern der Buchhalter Max Barth vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I angeklagt. Der 31-jährige Angeklagte ist der Sohn des Kaufmanns Barth, der vor einiger Zeit wegen größerer Unterschlagungen im Verein Berliner Künstler zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Der Angeklagte ist bisher noch unbestraft. Er diente bei dem 1. Garde-Feldartillerieregiment und brachte es bis zum Unteroffizier. Nach seiner Entlassung vom Militär gelang es dem Angeklagten, eine Stellung bei einer bekannten Weingroßhandlung am Alexander-Platz zu finden. Als Gehalt bezog er nur 137 Mark. Nach seiner Behauptung will er durch eine langwierige Krankheit seiner Frau und durch den Tod zweier Kinder in Not geraten sein. Von anderer Seite dagegen wird behauptet, daß V. einen übermäßigen Aufwand trieb und in leichtsinniger Gesellschaft verkehrte. Als man ihn wiederholt fragte, wie er dies mit seinem geringen Gehalt löse, erwiderte der Angeklagte, er erhalte von seinem Vater reichliche Zuwendungen. Erst anfangs dieses Jahres kam es zutage, woher das Geld zu den übermäßigen Auswendungen des Angeklagten stamme. Seine Chefs brachten ihm das allergrößte Vertrauen entgegen (zahlten aber nur 137 Mark!). Er war auch bereit, für die Firma Geld in Empfang zu nehmen und mit der Unterschrift der Firma zu quittieren. Der Angeklagte mißbrauchte dies Vertrauen in der allerhöchsten Art. Seit Oktober 1902 nahm er wohl die Geldbeträge in Empfang, führte diese aber nicht an die Kasse ab. Um seine Veruntreuungen zu verdecken, verstand es V. in geschickter Weise, etwaige Mahnbriefe an die betroffenen Kunden verschwinden zu lassen. Da die Unterschlagungen trotzdem entdeckt werden konnten, nahm der Angeklagte zu einem neuen raffinierten Ausgebühten Mittel Zuflucht. Bei dem Monatsabschluss diktierte er einer Buchhalterin die von ihm unterschlagenen Beträge als angeblich bezahlt. Die Dame trug diese dann auch abnunglos in die sog. „reine Kasse“ ein. Durch diese „Buchhalterung“ gelang es dem Angeklagten tatsächlich, seine Unterschlagungen zu verdecken. Durch mangelhafte Kontrolle und sein raffiniertes Vorgehen ermöglichte er es auch, daß er drei Jahre hindurch seine Veruntreuungen unbehindert fortsetzen konnte. Als diese schließlich zur Entdeckung kamen, konnte nur mit vieler Mühe festgestellt werden, daß der Angeklagte im Laufe der drei Jahre 19 850 Mark unterschlagen hatte. Neuerdings hat sich auch noch ein Rest von 14 000 Mark herausgestellt. Der altenomierten Firma sind durch die Veruntreuungen ihres Angestellten große Unannehmlichkeiten entstanden. Vor Gericht war der Angeklagte geständig. Mit Rücksicht auf die überaus hohe Summe, den großen Vertrauensbruch und auf das systematische Vorgehen des Angeklagten beantragte der Staatsanwalt 2 Jahre Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf 1½ Jahre Gefängnis.

„Der Rohrstod ist kein geeignetes Züchtigungsmittel für ein zweijähriges Kind“, so hatte das Schöffengericht in einer Strafsache gegen die Frau Emilie Weinert entschieden. Frau W. hat auf Grund eines notariellen Vertrages das uneheliche, jetzt zweijährige Kind einer Schneiderin in Pflege genommen. Das kleine Wesen nahm es nach Kinderart mit der Reizbarkeit in gewisser Hinsicht nicht allzu genau und beschmühte häufig das Bett. Frau W. glaubte dem Kinde diese Unart dadurch am besten abzugewöhnen zu können, indem sie es jedesmal mit dem Rohrstod eines Abwärters empfindlich züchtigte. Dies soll insbesondere am 1. März in einer Weise geschehen sein, welche die Grenzen des Züchtigungsrechtes bei weitem überschritten haben soll. Durch Hausbesitzer wurde nach vorausgegangenem jämmerlichen Schreien des zweijährigen Kindes festgestellt, daß es zahlreiche fingerbreite blutunterlaufene Striemen auf dem Rücken und an den Beinen hatte. Ferner soll Frau W. das arme Wesen einmal mit der Faust auf den Mund geschlagen haben, so daß Blut floß und die Lippen stark anschwellen. — Gegen Frau Weinert wurde deshalb Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung erhoben. Das Schöffengericht erachtete zwar den Rohrstod nicht als ein gefährliches Werkzeug, immerhin sei eine Anwendung desselben bei einem im zarten Alter stehenden Kinde als eine Körperverletzung anzusehen. Das Schöffengericht nahm deshalb eine Ueberziehung des Züchtigungsrechtes an und verurteilte die Angeklagte mit Rücksicht auf ihre bisherige Unbescholtenheit zu 60 Mark Geldstrafe. Hiergegen legte Frau W. durch den Rechtsanwältin Bahn Vernehmung ein. Auch die Staatsanwaltschaft glaubte durch dieses Rechtsmittel eine härtere Bestrafung der Frau W. herbeiführen zu können, da ein Rohrstod bei einem zweijährigen Kinde doch wohl als ein gefährliches Werkzeug anzusehen sei. In der Verhandlung vor der Berufungskammer nahm jedoch die Staatsanwaltschaft wie auch die Angeklagte die Verurteilung zurück, so daß es bei dem Urteil des Schöffengerichtes bleibt.

Beiliner Marktpreise. (Ermittelt vom Polizei-Präsidenten.) Weizen gute Sorte, 1 Ds. 16,80 (16,56), mittel 16,52 (16,48), geringe 16,44 (16,40). Roggen, gute Sorte, 1 Ds. 14,90 (14,86), mittel 14,82 (14,78), geringe 14,74 (14,70). Weizen, Futtergerste, gute Sorte 15,40 (15,00), mittel 14,90 (14,60), geringe 14,50 (14,10). Hafer, gute Sorte 10,40 (10,40), mittel 10,30 (10,40), geringe 10,20 (10,30). Freie Wagen und ad. Bahn, Roggenstroh 1 Ds. 4,82 (4,82). Heu, neu, 6,60 (4,80). Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00 (30,00). Spelzbohnen, weiße 50,00 (30,00). Linsen 60,00 (30,00). Kartoffeln 7,00 (4,00). Rindfleisch, von der Keule, 1 Kilogramm 2,00 (1,40), Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50 (1,20), Schweinefleisch 2,30 (1,40), Kalbfleisch 2,50 (1,30), Hammelfleisch 2,00 (1,40). Butter 2,80 (2,80), Eier (60 Stück) 4,40 (3,00). Karfen, 1 kg 2,40 (1,40). Kase 3,00 (1,50), Jander 3,50 (1,40), Speck 2,80 (1,40), Borische 2,40 (1,00), Schale 3,00 (1,40), Blei 1,50 (0,80), Krebse (60 Stück) 20,00 (3,00).

Witterungsübersicht vom 31. August 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerniveau	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometerniveau	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Stolpen	753 R	7	bedekt	14	Habaranda	753 D	2	bedekt	9
Hamburg	759 RRB	4	wolffl.	13	Petersburg	—	—	—	—
Berlin	756 B	4	bedekt	13	Sibir	768 R	4	wolffl.	14
Königsberg	762 R	2	bedekt	15	Ardenen	768 B	2	bedekt	11
München	762 B	7	bedekt	13	Paris	765 R	2	bedekt	14
Wien	759 B	3	bedekt	15					

Wetter-Prognose für Freitag, den 1. September 1905. Nachts sehr kühl, am Tage wärmer, viel Wind bei mäßigen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Eingegangene Druckschriften.

Hans Jäger: Hinaus in die Welt! Heft 1. Wie ich Weltkrieger wurde. (Berlin, Wilhelm Sifferott.)
Wolfgang Blücher: Friedensgedanken am Vorabend — — — (Bielefeld, Halle a. S.)
Dr. Jäger: Die Arbeiterversicherung im Auslande, Heft Va. (Berlin-Grünwald, A. Trojel.)
Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft, Jahrgang III, Heft 7. (Wilhelm Sifferott, Berlin.)
Krieg mit Frankreich? Von * * * (Sifferott, Berlin.)
Gruft Scylliare, Apollo oder Dionysos? Kritische Studie über Friedrich Nietzsche. 317 Seiten. Verlag D. Bartsch, Berlin W. 30.

Unserem Kollegen, dem Metallarbeiter Hermann Lange
Todes-Anzeige.
Zweckstraße 10,
zu seinem 57-jährigen Jahrestag
am dreifach donnernden Hoch!
Ra. Hermann, aber heute abend bei
Nacht das Gedächtnis!
Die Hinterbliebenen der Firma
41152 Dewitt & Herz.

Robert Harder
nach langem, mit Geduld ertragenem Leiden am 29. d. M.,
abends 7 Uhr, sanft entschlafen ist.
Die trauernde Witwe
Anna Harder
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Sonnabend, den 2. September,
nachmittags 3 Uhr, vom Trauer-
haus, Zwinnmünderstraße 76, aus
nach dem Friedhof der Friedens-
gemeinde, Nieder-Schönhausen,
statt. 1201b

Deutscher
Metallarbeiter-Verein
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Former
Otto Donath
am Sonntag gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 1. September, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Pauls-Kirchhofes
in der Seestraße, aus statt.
Bege Beteiligung erwartet
122/8 Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Metallarbeiter-Verein
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Gärtner
Robert Viebke
am 28. August gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 1. September, nach-
mittags 4 Uhr, vom Kranenbau-
Behalten aus nach dem Jeru-
salem-Kirchhofe statt.
Bege Beteiligung erwartet
122/6 Die Ortsverwaltung.

Danfjagung.
Allen denen, die meinen Leben
untergeblieben Mann und guten Vater
Ernst Wodke
die letzte Ehre erwiesen, herzlichsten
Dank. 41162
Trauernde Witwe und Kinder.

Feys Gesellschaftshaus
Brunnenstr. 181.
Zu Versammlungen und Ver-
gnügungen empfehle meinen Saal,
bis 600 Pers. fassend. Sonntag, 30. 11.
(Totensonntag), ist noch zu vergeben.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am 29. August verstarb unser
Mitglied, der Gastwirt
Hermann Vits,
Pappel-Allee 115b.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, nachmittags 3 Uhr, von
der Halle des Georgen-Kirchhofes,
Landsberger Allee aus statt.

Robert Harder,
Sohnmünderstr. 76.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonn-
abend, den 2. September, nach-
mittags 3 Uhr, vom Trauer-
haus, Zwinnmünderstraße 76, aus
nach dem Friedhof der Friedens-
gemeinde, Nieder-Schönhausen,
Nordend statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
249/3 Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer
Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Am 29. August verstarb unser
altes und treues Mitglied
Robert Harder
im Alter von 39 Jahren an der
Proletarierkrankheit.
Wir werden ihm ein treues
Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am
Sonnabend, den 2. September,
nachmittags 3 Uhr vom Trauer-
haus, Zwinnmünderstraße 76 aus
statt.
Um rechte Bege Beteiligung ersucht
148/3 Der Vorstand.

Danfjagung.
Für die vielen Beweise und reichen
Krankenspenden bei der Beerdigung
meines lieben Mannes
August Resenberger
sage ich allen Teilnehmern meinen
herzlichsten Dank.
41182
Witwe Resenberger
nebst Tochter.

Danfjagung.
Sage allen Teilnehmern bei der
Beerdigung meines lieben Mannes,
des Sattlers
Karl Klose
meinen herzlichsten Dank.
41172
Witwe Klose
nebst Kindern.

Danfjagung.
Für die herzliche Teilnahme an
der Beerdigung unseres lieben Sohnes
und Bruders
Hermann Molt
sagen wir allen, besonders dem
Deutschen Metallarbeiter-Verein
und dem Gesangsverein „Nordost“
unsern herzlichsten Dank. 411/3
Familie F. Molt.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 1. September.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Lernhaus. Der Roland von Berlin.
Schauspielhaus. 8 1/2 Uhr von Berlin.
Neues königl. Operntheater.
Geschlossen.
Neues. Ein Sommernachtsstraum.
Abends. Die neugierigen Frauen.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Die Logenbrüder.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-
thätiges Theater). Geschlossen.
Lefing. Die Forderung zur Ehe.
Die stille Zerknirschung.
Kleines. Und Amant.
Lustspielhaus. Der Familientag.
Thalia. Bis früh um fünf!
Residenz. Eine Hochzeitssnacht.
Central. Die Geisha.
Trianon. Das Ende der Liebe.
Carl Weiß. Am Hause der Sünde.
Nelle Alliance. Den 11. Sep.
Luffen. Die Kinder der Erzengel.
Metropol. Die Herren von Bagin.
Apollon. Ein Abend in einem ameri-
kanischen Tingel-Tangel. — Am
Hochzeitsabend. — Spezialitäten.
Herrnfeld. Die Neugierigen.
Wintergarten. Die Geisha. Spe-
zialitäten.
Berliner Prater-Theater.
Dämon Gold.
Passage. Madame du Lion.
Hoid Augustin. Herr Tacianu.
Reichshallen. Stettiner Säger.
Urania. Tanbenstraße 48/49.
Invalidenstraße 57/62. Stern-
warte. Täglich geöffnet von 7
bis 11 Uhr.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachtsstraum.
Sonnabend und folgende Tage:
Ein Sommernachtsstraum.

Luisen-Theater.

Zum ersten Male:
Die Kinder der Exzellenz.
Sonnabend: Die Kinder der Exzellenz.
Sonnabend nachm.: Kabale und Liebe.
Abends: Die Kinder der Exzellenz.
Montag: Die Kinder der Exzellenz.

Trianon-Theater.

Zum ersten Male:
Das Ende der Liebe.
Schauspielhaus. Das Ende der Liebe.
Deutsch von Otto Eichenhuth.
Anfang 8 Uhr.

Kasino-Theater

Löffelingerstr. 37. Anfang 8 Uhr.
Ab Sonnabend täglich:
Der Adelsnarr.
Vorher das glänz. Öffn.-Programm.

Apollo-Theater.

Heute:
Neue Spezialitäten!
Prolongiert:
10 Uhr: Ein Abend in einem
amerik. Tingel-Tangel
Vorher: Hochzeitsabend d. P. Lincke.

Metropol-Theater

Bender x Giampietro
Josephi x Massary x Frid Frid
Zum 200. Male:

Die Herren von Maxim.

Große Ausstattungsgespe mit Ge-
sang und Ballett in 5 Bildern.
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Gebrüder Herrnfeld-

Theater.
Zum 131. Male:

Die Meyerhains.

Komödie in 3 Akten mit den
Autoren
Anton und Donat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.
Vor der Vorstellung und während
der Pausen:

Promenaden-Konzert im Garten.

Freitag, den 1. September.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Lernhaus. Der Roland von Berlin.
Schauspielhaus. 8 1/2 Uhr von Berlin.
Neues königl. Operntheater.
Geschlossen.
Neues. Ein Sommernachtsstraum.
Abends. Die neugierigen Frauen.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Die Logenbrüder.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-
thätiges Theater). Geschlossen.
Lefing. Die Forderung zur Ehe.
Die stille Zerknirschung.
Kleines. Und Amant.
Lustspielhaus. Der Familientag.
Thalia. Bis früh um fünf!
Residenz. Eine Hochzeitssnacht.
Central. Die Geisha.
Trianon. Das Ende der Liebe.
Carl Weiß. Am Hause der Sünde.
Nelle Alliance. Den 11. Sep.
Luffen. Die Kinder der Erzengel.
Metropol. Die Herren von Bagin.
Apollon. Ein Abend in einem ameri-
kanischen Tingel-Tangel. — Am
Hochzeitsabend. — Spezialitäten.
Herrnfeld. Die Neugierigen.
Wintergarten. Die Geisha. Spe-
zialitäten.
Berliner Prater-Theater.
Dämon Gold.
Passage. Madame du Lion.
Hoid Augustin. Herr Tacianu.
Reichshallen. Stettiner Säger.
Urania. Tanbenstraße 48/49.
Invalidenstraße 57/62. Stern-
warte. Täglich geöffnet von 7
bis 11 Uhr.

Verantw. Redakteur: Paul Wittner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Gode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Urania

Tanben-
str. 48/49.
8 Uhr:
Die deutsche Nordseeküste.

Sternwarte

Invaliden-
str. 57/62.
P. CASTAN'S
PANOPTICUM.

Friedrichstr. 165.
Neu! Minister Witte,
Baron Komura,
Präsident Roosevelt!!
die japanisch-russischen
Friedensunterhändler.

ZOOLOGISCHER

ZGARTEN
Heute Freitag ab 4 Uhr:
Doppel-Konzert
Abschiedskonzert der Kapelle der
engl. Northumberland Husaren.
Dir. G. C. Amers.
Eintritt 1 R., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 182.
Täglich 8 Uhr:
Im Hause der Sünde.
Sonnabend nachmittag 3 Uhr: Im
Hause der Sünde.
Im Sommergarten: Neues Sep-
tember-Programm. Theater und
Konzert. Anfang 5 Uhr. Abends
10 Uhr: Ringkampf-Konkurrenz.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Will. Brunnenstr. 16.
Extra-Elite-Vorstellung!
Ein Mustergatte
oder: Er muß auf's Land.
Schauspiel in 3 Akten v. d. Französischen.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Bei schlechtem Wetter Vorstellung
im Saal.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage.
Anfang 8 Uhr:
Eine Hochzeitssnacht.
Schauspiel in 3 Akten von Henri Barbus
und Albert Carré.

Lustspielhaus.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Der Familientag.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabend nachmittag 3 Uhr (halbe
Preise): Wiederkehr.

Fröbels Allerlei-Theater
Schauspiel Allee Nr. 148.
Sonnabend, den 3. September:
Große Extra-Vorstellung
Vollst. neue Stoffe.
Extra-Tanz. Anfang 4 1/2 Uhr.
Eintritt 30 Pf., Sperrst. 50 Pf.
Montag 4. Sept.: Gr. Vorstellung.

Passage-Theater.
Anfang der Abendvorst. 8 Uhr,
nachm. Sonnt. 3, Bochent. 5 Uhr.
Poldi Augustin
die fehe Soubrette.
Herr Tacianu
Damen-imitator.
Das glänzende
September-Programm.

Bernhard Rose-Theater
Gejundbunnen, Badstraße 58.
!! Heute das vollständig neue !!
September-Programm.
Drei Harders, phänomenale Lust-
gymnastiker.
The Otarus, elektrische Rephito-
Senation.
Gretl Reiner, Acrolenne-Künstlerin.
M. H. Thiesen mit i. Wunderband.
W. Dieck mit seiner Feuer-
Flammenfahrt und Todessprung.
Außerdem: Der Fisch des Goldes.
Anf. 4 1/2 Uhr. Im Saal: Gr. Vaal.
Entree 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.

Gustav Behrens
Spezialitäten-
Theater
Frankfurter-
Allee 85.
Täglich große
Gala-Vorstellung
Elite-Programm.
Anfang 7 Uhr.

Paul Schwarz
Sommer-Theater
Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.
Täglich: **Konzert.**
Große Spezialitätenvorstellung.
Das großart. Septbr.-Programm.
Anfang 8 Uhr.
Jeden Mittwoch: **Elite-Tag.**

Etablissement Bungenhagen
Moritzplatz.
Täglich
im großen schattigen Garten:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

Neue Welt.
Hasenheide
108-114. Arnold Scholz.
Freitag, den 1. September:
Unwiderstlich letzter Tag
des
bayrischen
Volksfestes
Ulz über Ulz.
Baron Muckl
mit seinen
neuesten Schlagern.
Doppel-Konzert.
Bedeutung durch
100 bayerische Mad'l.
Großes Feuerwerk
des Pyrotechnikers A. Bock.
Anf. 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Morgen Sonnabend:
Wiederbeginn der
Spezialitäten-Vorstellungen.

Schweizer-Garten.
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Täglich: **Theater**
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Volksbelustigungen.
Jeden Abend 10 Uhr:
Arbeit schändet nicht.
Vollständig mit Gelang in 3 Vorstellungen.
Jeden Mittwoch: **Kinderfest**
mit Großverlebung.

Paul Schwarz
Sommer-Theater
Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.
Täglich: **Konzert.**
Große Spezialitätenvorstellung.
Das großart. Septbr.-Programm.
Anfang 8 Uhr.
Jeden Mittwoch: **Elite-Tag.**

Etablissement Bungenhagen
Moritzplatz.
Täglich
im großen schattigen Garten:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

Neue Welt.
Hasenheide
108-114. Arnold Scholz.
Freitag, den 1. September:
Unwiderstlich letzter Tag
des
bayrischen
Volksfestes
Ulz über Ulz.
Baron Muckl
mit seinen
neuesten Schlagern.
Doppel-Konzert.
Bedeutung durch
100 bayerische Mad'l.
Großes Feuerwerk
des Pyrotechnikers A. Bock.
Anf. 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Morgen Sonnabend:
Wiederbeginn der
Spezialitäten-Vorstellungen.

Schweizer-Garten.
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Täglich: **Theater**
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Volksbelustigungen.
Jeden Abend 10 Uhr:
Arbeit schändet nicht.
Vollständig mit Gelang in 3 Vorstellungen.
Jeden Mittwoch: **Kinderfest**
mit Großverlebung.

Paul Schwarz
Sommer-Theater
Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.
Täglich: **Konzert.**
Große Spezialitätenvorstellung.
Das großart. Septbr.-Programm.
Anfang 8 Uhr.
Jeden Mittwoch: **Elite-Tag.**

Etablissement Bungenhagen
Moritzplatz.
Täglich
im großen schattigen Garten:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

Neue Welt.
Hasenheide
108-114. Arnold Scholz.
Freitag, den 1. September:
Unwiderstlich letzter Tag
des
bayrischen
Volksfestes
Ulz über Ulz.
Baron Muckl
mit seinen
neuesten Schlagern.
Doppel-Konzert.
Bedeutung durch
100 bayerische Mad'l.
Großes Feuerwerk
des Pyrotechnikers A. Bock.
Anf. 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Morgen Sonnabend:
Wiederbeginn der
Spezialitäten-Vorstellungen.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Logenbrüder.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Leibarbe.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Ehre.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Logenbrüder.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Logenbrüder.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilz. Th.)
Freitag: Geschlossen.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Eröffnung der Schauspiel-Saison.
Ein Wintermärchen.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Jugend.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.
Montag, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. Vertikale Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater** und
Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Fernsprecher IV. 8991. Max Kllem.

Diez' Spezialitäten-Theater

Landsberger Allee 76/79, direkt an der Ringbahnstation.
Ob schön! Täglich Ob Regen!
im herrlichen Garten oder Saal:
Konzert u. Vorstellung.
Vollständ. neues Programm,
das größte und beste
Berlins.
Entree Bochenings 20 Pf., Sonntag
30 Pf. Jeder Erwachsene hat ein
Kind unter 10 Jahren frei, ältere
zahlen halben Eintrittspreis.

Diez's

größter Vergnügungs-Park
Landsberger Allee 80/91, Ringbahn-Station.
nach allen Stadien.
Ab Sonntag, den 3. September 1905:

1. Bayrisches Orig.-Volksfest
Baron Muckel
Festwirt und
Riesenzeltbesitzer
mit seiner urkomischen Bauernkapelle.
Größtes 3000 Personen fassendes,
gegen jede Witterung schützendes Zelt.
Bratwurst-Glücke etc. x Bedienung von Orig. bayr. Madeln
aller Art.
Riesen-Festwiese. Volksbelustigungen

WINTERGARTEN

Eröffnungs-Programm.
Loie Fuller
die berühmte Phantasielänzerin.
Louise Blot Pariser Sängerin.
4 Luokons amerik. Gymnastiker.
Sisters Gash Akrobatinnen.
Kapitän Woodward
dress. Seehunde u. Seelöwen.
Bedini und Artur
amerikanische Exzentriks.
Die mysteriösen Husaren.
Edith Helena amerik. Sängerin.
Die Trombetas italien. Duett.
Paul Spadoni Kraft-Jongleur.
„In Japan“ Ballettdivertissement.
Tina Clementa
Pferd- und Hundedressur.
Der Biograph.

Schweizer-Garten.
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Täglich: **Theater**
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Volksbelustigungen.
Jeden Abend 10 Uhr:
Arbeit schändet nicht.
Vollständig mit Gelang in 3 Vorstellungen.
Jeden Mittwoch: **Kinderfest**
mit Großverlebung.

Paul Schwarz
Sommer-Theater
Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.
Täglich: **Konzert.**
Große Spezialitätenvorstellung.
Das großart. Septbr.-Programm.
Anfang 8 Uhr.
Jeden Mittwoch: **Elite-Tag.**

Etablissement Bungenhagen
Moritzplatz.
Täglich
im großen schattigen Garten:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

Neue Welt.
Hasenheide
108-114. Arnold Scholz.
Freitag, den 1. September:
Unwiderstlich letzter Tag
des
bayrischen
Volksfestes
Ulz über Ulz.
Baron Muckl
mit seinen
neuesten Schlagern.
Doppel-Konzert.
Bedeutung durch
100 bayerische Mad'l.
Großes Feuerwerk
des Pyrotechnikers A. Bock.
Anf. 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Morgen Sonnabend:
Wiederbeginn der
Spezialitäten-Vorstellungen.

Schweizer-Garten.
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Täglich: **Theater**
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Volksbelustigungen.
Jeden Abend 10 Uhr:
Arbeit schändet nicht.
Vollständig mit Gelang in 3 Vorstellungen.
Jeden Mittwoch: **Kinderfest**
mit Großverlebung.

Paul Schwarz
Sommer-Theater
Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.
Täglich: **Konzert.**
Große Spezialitätenvorstellung.
Das großart. Septbr.-Programm.
Anfang 8 Uhr.
Jeden Mittwoch: **Elite-Tag.**

Etablissement Bungenhagen
Moritzplatz.
Täglich
im großen schattigen Garten:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

Neue Welt.
Hasenheide
108-114. Arnold Scholz.
Freitag, den 1. September:
Unwiderstlich letzter Tag
des
bayrischen
Volksfestes
Ulz über Ulz.
Baron Muckl
mit seinen
neuesten Schlagern.
Doppel-Konzert.
Bedeutung durch
100 bayerische Mad'l.
Großes Feuerwerk
des Pyrotechnikers A. Bock.
Anf. 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Morgen Sonnabend:
Wiederbeginn der
Spezialitäten-Vorstellungen.

Schweizer-Garten.
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Täglich: **Theater**
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Volksbelustigungen.
Jeden Abend 10 Uhr:
Arbeit schändet nicht.
Vollständig mit Gelang in 3 Vorstellungen.
Jeden Mittwoch: **Kinderfest**
mit Großverlebung.

Paul Schwarz
Sommer-Theater
Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.
Täglich: **Konzert.**
Große Spezialitätenvorstellung.
Das großart. Septbr.-Programm.
Anfang 8 Uhr.
Jeden Mittwoch: **Elite-Tag.**

Etablissement Bungenhagen
Moritzplatz.
Täglich
im großen schattigen Garten:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.

Deutschi-Amerikan. Theater.

Sonnabend, d. 2. Sept., abds. 8 Uhr:
Wieder-Eröffnung!
Gastspiel Adolf Philipp
PREMIERE
Aber Herr Herzog
Heitere Bilder mit Gesang aus dem
Leben d. Deutsch-Amerikaner in 4 Akten
von Ad. Philipp.
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise:
„ÜBER'N GROSSEN TEICH.“
Billetts sind jetzt an der Theater-
kasse sowie bei Bertheim zu haben.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Logenbrüder.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Leibarbe.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Ehre.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Logenbrüder.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Logenbrüder.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. Vertikale Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater** und
Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Fernsprecher IV. 8991. Max Kllem.

Diez' Spezialitäten-Theater

Landsberger Allee 76/79, direkt an der Ringbahnstation.
Ob schön! Täglich Ob Regen!
im herrlichen Garten oder Saal:
Konzert u. Vorstellung.
Vollständ. neues Programm,
das größte und beste
Berlins.
Entree Bochenings 20 Pf., Sonntag
30 Pf. Jeder Erwachsene hat ein
Kind unter 10 Jahren frei, ältere
zahlen halben Eintrittspreis.

Diez's

größter Vergnügungs-Park
Landsberger Allee 80/91, Ringbahn-Station.
nach allen Stadien.
Ab Sonntag, den 3. September 1905:

1. Bayrisches Orig.-Volksfest
Baron Muckel
Festwirt und
Riesenzeltbesitzer
mit seiner urkomischen Bauernkapelle.
Größtes 3000 Personen fassendes,
gegen jede Witterung schützendes Zelt.
Bratwurst-Glücke etc. x Bedienung von Orig. bayr. Madeln
aller Art.
Riesen-Festwiese. Volksbelustigungen

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 24.
Sonnabend, 2. September:
Beginn der II. Saison.
Das phänom. Eröffnungs-Programm.
12 Schau- u. Kunstnummern 1. Ranges.
Das Beste vom Besten.
Per Rohrpost.
Schauspiel in einem Akt v. R. Reichardt.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf.
Komplimenten sind in allen
Bardier, Preisent u. Zigarren-
geschäften sowie an der Theater-
kasse unentgeltlich zu haben.

Schweizer-Garten.
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Täglich: **Theater**
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Volksbelustigungen.
Jeden Abend 10 Uhr:
Arbeit schändet nicht.
Vollständig mit Gelang in 3 Vorstellungen.
Jeden Mittwoch: **Kinderfest**
mit Großverlebung.

Paul Schwarz
Sommer-Theater
Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.
Täglich: **Konzert.**
Große Spezialitätenvorstellung.
Das großart. Septbr.-Programm.
Anfang 8 Uhr.
Jeden Mittwoch: **Elite-Tag.**

Etablissement Bungenhagen
Moritzplatz.
Täglich
im großen schattigen Garten:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

Neue Welt.
Hasenheide
108-114. Arnold Scholz.
Freitag, den 1. September:
Unwiderstlich letzter Tag
des
bayrischen
Volksfestes
Ulz über Ulz.
Baron Muckl
mit seinen
neuesten Schlagern.
Doppel-Konzert.
Bedeutung durch
100 bayerische Mad'l.
Großes Feuerwerk
des Pyrotechnikers A. Bock.
Anf. 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Morgen Sonnabend:
Wiederbeginn der
Spezialitäten-Vorstellungen.

Schweizer-Garten.
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Täglich: **Theater**
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Volksbelustigungen.
Jeden Abend 10 Uhr:
Arbeit schändet nicht.
Vollständig mit Gelang in 3 Vorstellungen.
Jeden Mittwoch: **Kinderfest**
mit Großverlebung.

Paul Schwarz
Sommer-Theater
Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.
Täglich: **Konzert.**
Große Spezialitätenvorstellung.
Das großart. Septbr.-Programm.
Anfang 8 Uhr.
Jeden Mittwoch: **Elite-Tag.**

Etablissement Bungenhagen
Moritzplatz.
Täglich
im großen schattigen Garten:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

Neue Welt.
Hasenheide
108-114. Arnold Scholz.
Freitag, den 1. September:
Unwiderstlich letzter Tag
des
bayrischen
Volksfestes
Ulz über Ulz.
Baron Muckl
mit seinen
neuesten Schlagern.
Doppel-Konzert.
Bedeutung durch
100 bayerische Mad'l.
Großes Feuerwerk
des Pyrotechnikers A. Bock.
Anf. 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Morgen Sonnabend:
Wiederbeginn der
Spezialitäten-Vorstellungen.

Schweizer-Garten.
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Täglich: **Theater**
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Volksbelustigungen.
Jeden Abend 10 Uhr:
Arbeit schändet nicht.
Vollständig mit Gelang in 3 Vorstellungen.
Jeden Mittwoch: **Kinderfest**
mit Großverlebung.

Paul Schwarz
Sommer-Theater
Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.
Täglich: **Konzert.**
Große Spezialitätenvorstellung.
Das großart. Septbr.-Programm.
Anfang 8 Uhr.
Jeden Mittwoch: **Elite-Tag.**

Deutschi-Amerikan. Theater.

Sonnabend, d. 2. Sept., abds. 8 Uhr:
Wieder-Eröffnung!
Gastspiel Adolf Philipp
PREMIERE
Aber Herr Herzog
Heitere Bilder mit Gesang aus dem
Leben d. Deutsch-Amerikaner in 4 Akten
von Ad. Philipp.
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise:
„ÜBER'N GROSSEN TEICH.“
Billetts sind jetzt an der Theater-
kasse sowie bei Bertheim zu haben.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Logenbrüder.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Leibarbe.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Ehre.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Logenbrüder.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Logenbrüder.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. Vertikale Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater** und
Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Fernsprecher IV. 8991. Max Kllem.

Diez' Spezialitäten-Theater

Landsberger Allee 76/79, direkt an der Ringbahnstation.
Ob schön! Täglich Ob Regen!
im herrlichen Garten oder Saal:
Konzert u. Vorstellung.
Vollständ. neues Programm,
das größte und beste
Berlins.
Entree Bochenings 20 Pf., Sonntag
30 Pf. Jeder Erwachsene hat ein
Kind unter 10 Jahren frei, ältere
zahlen halben Eintrittspreis.

Diez's

größter Vergnügungs-Park
Landsberger Allee 80/91, Ringbahn-Station.
nach allen Stadien.
Ab Sonntag, den 3. September 1905:

Verfammlungen.

Der fünfte Gewerkschaftskongress und der Klassenkampf in Deutschland. Ueber dieses Thema referierte Genosse August Bringmann-Hamburg am 30. August in einer von etwa 1000 Personen besuchten außerordentlichen Versammlung der in Berlin und den Vororten beschäftigten Mitglieder des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands. Es handelte sich um eine Veranstaltung, die von den Mitgliedern durch Versammlungsbefehlshaber verlangt wurde.

Genosse Bringmann nahm einleitend Bezug auf die Erörterungen in der Parteipresse, die sich an den Gewerkschaftskongress knüpften, gab einen Überblick über die Tätigkeit der bisherigen allgemeinen Gewerkschaftskongresse und stellte in zustimmender Bezugnahme auf Ausführungen von Kautsky in der „Neuen Zeit“ und auf den Bericht des Parteivorstandes fest, daß in absehbarer Zeit eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiter von der Gesetzgebung nicht zu erwarten sei. Dem Reichstage nehme man alle Bedeutung, alles Leben; der Parlamentarismus in Deutschland versumme einfach. Wenigstens für die nächste Zukunft seien die Arbeiter einzig und allein auf ihre Gewerkschaften angewiesen. Verbessern können sie ihre wirtschaftliche Lage nur durch die Organisation und durch die Arbeit immer härtere werdende wirtschaftliche Kämpfe. Von diesem Standpunkt aus habe der Gewerkschaftskongress in Köln die Räte und den politischen Generalstreik erörtert. Die Diskussion darüber erhalte erst eine brauchbare Unterlage, wenn der offizielle Standpunkt der Partei zu den Fragen klar gelegt werde. Redner ging dann die Verhandlungen der internationalen Kongresse betreffend die Rätefrage, speziell aber die der deutschen Parteitage durch, zitierte nach den Protokollen die maßgebenden Ausführungen der Hauptredner und die Beschlüsse. Dazu bemerkte er, daß alle Versuche, die Partei hinsichtlich der Rätefrage zu einer Kraftprobe mit der kapitalistischen Welt zu drängen, von den Parteitage zurückgewiesen worden seien. Und als dann 1896 der in Berlin eingeführte Modus (Vormittagsversammlungen der Gewerkschaften — der Abend der Partei) zur Nachachtung empfohlen und beschlossen wurde, den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht zu machen, für die allgemeine Arbeiterruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeiterruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen; da habe nicht etwa die von der Partei vorher abgelehnte Kraftprobe den Gewerkschaften zugeschoben werden sollen. In Kraftproben sollte sich die Partei auch für die Gewerkschaften nicht austauschen. Und auf dem vorjährigen Parteitage habe der Referent des Parteivorstandes, R. Fischer, ausgeführt: „Kann bin ich der Letzte, der sich verhehlen wollte, daß der Kampf um den 1. Mai gerade den Gewerkschaften in erster Linie große Opfer auferlegt und den Gewerkschaftsbeamten, soweit sie es mit ihrer Aufgabe ernst nehmen, ein großes Stück Verantwortung aufbürdet, aber doch nur in der Einschränkung, daß kein internationaler Kongress und kein deutscher Parteitag ihnen jemals die Erstrebung der Arbeiterruhe unter allen Umständen zur Pflicht gemacht hat.“ Danach stehe, meint Redner, die Partei nach wie vor auf dem Standpunkt, daß sie die Gewerkschaften nicht in Kraftproben hineinreiben wolle. Ja, sie überlasse es den Gewerkschaften, ihre Stellungnahme zur Arbeiterruhe selbst zu bestimmen. Eine andere Auffassung würde ja auch geradezu eine Kompromittierung der Partei bedeuten. Somit habe es dem fünften Gewerkschaftskongress nicht nur frei gestanden, sondern es sei vom offiziellen Standpunkt der Partei aus seine direkte Aufgabe gewesen, sich mit der Frage der Rätefrage zu beschäftigen. Nun sei es ja zu seinem Beschluß gekommen, sondern vorläufig beim alten geblieben, d. h. jede Gewerkschaft beschließe selbst, welche Stellung sie zur Rätefrage einnehme. — Zur Frage des politischen Massenstreiks äußerte Redner die bisherige Stellungnahme der Partei zum politischen Generalstreik und verteidigte die Stellungnahme des Gewerkschaftskongresses. Der Kongress sei bei seinem Beschluß von der Ueberzeugung ausgegangen, daß die Propaganda für den politischen Generalstreik innerhalb der Gewerkschaften geeignet sei, die Weiterentwicklung der Gewerkschaften schwer zu schädigen und eine wirksame Gewerkschaftstaktik zu hintertreiben. Ein Studieren des politischen Massenstreiks und seiner Methoden, wie es Kautsky („Neue Zeit“ vom 13. Juli 1905) für notwendig erkläre, habe der Gewerkschaftskongress natürlich nicht unterbinden wollen. Hätte er auch nur den Versuch dazu gemacht, dann wäre er einfach der Lächerlichkeit anheimgefallen. Nein, der Gewerkschaftskongress habe nur bedauert, daß die Gewerkschaften nicht gewillt seien, sich in der Verbesserung der Lage der Arbeiter fördern zu lassen durch die Propagierung noch unreifer Ideen. — Der Partei sei der Gewerkschaftskongress in keiner Weise nahe getreten. — Die Angriffe gegen die Stellungnahme des Gewerkschaftskongresses erklärt Redner aus verschiedenen Ursachen, z. B. aus der Furcht mancher Parteigenossen, daß das Interesse an der politischen Bewegung schwinden könnte, und u. a. ferner daraus, daß die Natur unserer Partei und die politische Entwicklung Deutschlands es mit sich brächten, daß der Partei Personen zufließen würden, die von der Gewerkschaftsbewegung keine Ahnung hätten, sich aber berufen fühlten, ihr Anweisungen zu erteilen usw. Solche Personen seien unter den Schreibenden Genossen besonders zahlreich vertreten. Seine Schlussfolgerungen, in denen er Marx, Engels, Kautsky unter anderen zitierte, zielten darauf mit ab, nachzuweisen, daß die auch von ihm erzielte Eroberung der politischen Macht und Umwälzung der heutigen Gesellschaftsordnung noch nicht vor der Tür stehe. Die ganze politische und ökonomische Situation weise die deutsche Arbeiterklasse auf die Gewerkschaftsbewegung hin. Der Klassenkampf der Gegenwart spiele sich auf wirtschaftlichem Gebiete ab, und die Gewerkschaften seien seine Träger. Die politische Bewegung sei selbstverständlich auch durchaus vorhanden. Was werde in den Gewerkschaften darauf sogar hinweisen müssen. Und wenn die Gewerkschaften daran gingen, ihre Position gegenüber dem Unternehmertum zu stärken und alles fernzuhalten, was sie schädigen könne, so würden damit die Arbeiter für den politischen Kampf durchaus nicht unfähig gemacht. Im Gegenteil dürfte man wegen des opferwilligen Eintretens der Personen, was der Gewerkschaftskampf erfordere, sicher sein, daß diese Arbeiter auch dann feststehen werden, wenn es gelte, einen politischen Kampf zu wagen. Wenn die Situation danach angetan sei, würden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ritterlich zu kämpfen, menschlich zu siegen und eventuell auch wie Helden zu sterben verstehen. Nach einer Erinnerung daran, daß man sich am Vorabend des 41. Todestages Lassalles befände, schloß Redner mit dem Wunsche, die Zimmerer sollten den neuen geloben: Nicht zählen wir den Feind — Nicht die Gefahren all — Der Bahnen, der Löhnen, folgen wir — Die uns gefährt Lohall! — (Lebhafte Beifall.)

Es entspann sich eine sehr ausgedehnte Diskussion. Peter erregt, daß die Gewerkschaftskongresse nicht auf demokratischem Boden aufgebaut seien. Es sei das reine preussische Landtagswahlrecht, wie die Delegationen zustande kämen. Die Delegierten hätten auch schon öfter ausgesprochen, sie bräuchten nur dem Verbandstage, der sie wählte, Rechnung zu legen. Das seien die Hauptfehler, aus denen entspringe, daß sich die Delegierten mit den Mitgliedern in Widerspruch setzten. Ueber die Rätefrage könne man ja verschiedener Meinung sein. Wenn die heutige Form beibehalten werden würde, hätte er sich noch nicht sehr aufgeregt. Er meine, daß trotz Rätefrage eine Verschärfung der Gewerkschaften gekommen sei, wofür er besonders die Neutralität verantwortlich mache. Auch sei man Versicherungsgesellschaft geworden. Wegen den politischen Massenstreik sprächen gewisse Bedenken. — Reiman und Kautsky sprachen in längeren Darlegungen im Sinne des Referats. Redner wies besonders zahlenmäßig nach, welche große Zahl von Kämpfen der Zimmererverband in den letzten fünf Jahren

geführt habe und wie hohe materielle Opfer dabei gebracht seien. Geisler wendet sich gegen das Referat. Er glaubt, daß gerade die Generalkommission der Gewerkschaften die treibende Kraft gewesen sein werde, die ihren Einfluß dahin geübt habe, daß unsere Parteitage Beschlüsse fähten, wonach nur Arbeiterruhe einzutreten habe, wo es „möglich sei“. Verantwortlich sei es, wenn die Delegierten zum Gewerkschaftskongress die Frage der Rätefrage rein rechnerisch behandelten. Man hätte die Mitglieder vorher fragen sollen, wie sie darüber dächten. Die Berliner Zimmerleute hielten sich nicht für geschädigt, auch wenn sie mal einen oder zwei Tage nicht bezahlt erhalten würden. Der Massenstreik sei zu wagen. Nicht nur für die Rätefrage durch Arbeiterruhe, sondern auch für die Propagierung des politischen Massenstreiks habe man einzutreten. Redner bringt eine Mißbilligungsresolution gegen die Delegierten ein. Da es sich indessen lediglich um eine Diskussionsveranstaltung handelt, kann nach dem Organisationsregulativ darüber nicht abgestimmt werden. — Ping vertritt im wesentlichen denselben Standpunkt wie der Vorredner und hebt die große Begeisterung bei der Rätefrage der Berliner Zimmerleute und deren glänzenden Verlauf hervor. Was die Berliner könnten, müsse andernorts auch gehen. Er wünscht auch mehr Aufklärungsversammlungen. Wenn man besondere Versammlungen haben wolle, müsse im Verbandsrat Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt werden. — Kube (Mitglied der Generalkommission) findet es wegen der Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Gegensätze begründet, wenn mal in der Kritik über die Rätefrage gehandelt werde. Es läge aber gar kein Grund vor, der Gewerkschaftsbewegung gegenüber pessimistisch zu sein. Neben materiellen Ertragsmängeln habe der auf wirtschaftlichem Gebiet sich vollziehende Teil der Arbeiterbewegung auch gute Erfolge im Punkte der Erziehung zum Sozialismus erzielt. In Sachen der Rätefrage seien übrigens die Berliner Zimmerer sogar noch über den Beschluß des Parteitage hinausgegangen mit ihren Beschläüssen. Aber im Reich sehe es anders aus. Aus der Rücksicht darauf und auf den ganzen Verband erklärte sich die Stellungnahme der Delegierten auf dem Kongress. Man habe sich gesagt, es müsse mit der bisherigen Haltung einmal aufhören, und wenn es nach der Seite der allgemeinen Arbeiterruhe nicht möglich sei, dann müsse eine Veränderung nach der anderen Seite erwogen werden. In der Frage des Generalstreiks bzw. politischen Massenstreiks äußerte sich Redner im Sinne des Referats und führte dazu noch aus, daß wenn einmal zu solchen Mitteln gegriffen werden müßte, die Hauptkräfte gute wirtschaftliche und politische Organisationen wären. Also auch in der Beziehung wäre die Hauptaufgabe der Ausbau und die Stärkung der Organisation. — Flatow wendet sich hauptsächlich gegen das Geschäftsregulativ der Rätefrage. Das führe zur Versumpfung. — Vergemann ist der Meinung, daß der Kongress seinen Aufgaben gerecht geworden sei. — Prig, Rabisky und Kramann sowie Trapp sind dagegen anderer Meinung und treten für sozialistische Erziehung in den Gewerkschaften, für Arbeiterruhe am 1. Mai und Diskussion der Frage des Massenstreiks ein.

Nach einem Schlusswort des Referenten schloß die Versammlung nach 1/2 Uhr nachts mit einem Hoch auf die deutsche Arbeiterbewegung. Die hängewerblichen Hülfenarbeiter hielten am Sonntag bei Duggendagen eine gut besuchte Generalversammlung ab, in der die beiden Delegierten Heidemann und Wötcher vom Kölner Gewerkschaftskongress Bericht erstatteten. In großen Zügen gaben beide einen Überblick über die Verhandlungen, um zum Schluss zu betonen, daß, wenn auch der Kongress nicht alle Hoffnungen erfüllt habe, doch manches Gute für die deutsche Arbeiterbewegung geleistet worden ist. Auf die vielbesprochene Sonntagsergänzung ging Wötcher noch näher ein, um schließlich die unwahren Behauptungen betreffs des Sonntagsergänzungsergebnisses energisch zurückzuweisen. Unter Verhandlungsangelegenheiten wurde auf die unhaltbaren Grenzstreitigkeiten mit den Maurern (Sektion der Gips- und Zementbranche) hingewiesen. Ganz unliebliche Zustände hätten sich herausgebildet, wie an einem besonders trassen Fall nachgewiesen wurde. Auf den Vorschlag, die Berliner Gewerkschaftskommission als Vermittlerin in den Grenzstreitigkeiten anzurufen, sei der Sektionsleiter der Gips- und Zementbranche nicht eingegangen, weil derselbe die Gewerkschaftskommission nicht für kompetent erachtete. Die Versammlung erhob in einer entsprechenden Resolution ganz entschiedenen Protest gegen die Agitationstaktik obgenannter Sektion. Die Versammlung erklärte, nach wie vor auf dem Boden des Industrieverbandes zu stehen. So lange aber dieser nicht besteht, spricht sie dem Maurerverband das Recht ab, Bauhülfsarbeiter aufzunehmen, da hier seit Jahren eine Organisation für dieselben besteht. Die Versammlung erteilte von der Generalkommission eine baldige gründliche Regelung der Grenzstreitigkeiten, da sich sonst die Differenzen zwischen den Berufsorganisationen immer mehr verschärfen und Formen annehmen, die nur zum Schaden der gesamten Arbeiterbewegung führen müssen. Hierzu berichtete der Reichssekretär Kollege Ansbauer über die Angelegenheit des Pankower Krankenhausbauers. Von der Verbandsleitung war der Ausschluß der hierbei in Betracht kommenden Kollegen beantragt worden. Die sich hieran knüpfende Diskussion gestaltete sich sehr erregt. Die Anrede wurde schließlich so stark, daß der überwachende Beamte die Versammlung auflöste. Am Mittwoch wurde die Generalversammlung fertiggestellt. Die Angelegenheit, die am Sonntag zu scharfen persönlichen Auseinandersetzungen geführt hatte, ist bereits, wie Karl Heidemann in einem kurzen sachlichen Bericht mitteilte, am Montag zwischen den Beteiligten selbst unter Mitwirkung des Vorstandes geregelt worden. Die Sache selbst war demnach bereits als erledigt anzusehen. Demgemäß beschloß denn auch die Generalversammlung, nachdem mehrere Redner ihre Meinung äußerten und im allgemeinen anerkannt wurde, daß von beiden streitenden Parteien Fehler gemacht worden waren.

Die politische Auflösung der Sonntagsgeneralversammlung war hauptsächlich eine Folge davon, daß ein paar Personen unliebliche Seditationen verurteilten, und fand statt während Heidemann im Begriff war, diese Leute aus dem Saal zu weisen. Es ist nun festgestellt worden, daß einer von ihnen nicht Verbandsmitglied war und sich durch ein gefälschtes Mitgliedsbuch Zutritt zur Versammlung verschafft hatte. — Die Generalversammlung erteilte dem Zweigvereinsvorstand den Auftrag, diese Angelegenheit zu untersuchen.

Die Metallarbeiter-Gewerkschaft hielt am Mittwoch im „Kaiserhof“ ihre Generalversammlung ab. Nachdem jeder über die Tätigkeit des Vorstandes berichtet hatte, erläuterte Wiesner den Jahresbericht vom 2. Quartal. Die Gesamtergebnisse beliefen sich auf 10 004,33 M., der eine Ausgabe von 4598,23 M. gegenübersteht; es verbleibt somit ein Bestand von 5406,10 M. An Streit- und Gemahrgeldestützung brauchten im abgelaufenen Quartal nur 300 M. ausgegeben zu werden. Mitglieder hat die Organisation in Berlin 934. — Es entspann sich hierauf eine ausgedehnte Debatte über einen Antrag auf Umgestaltung der Organisation. Wislang trug die Gewerkschaft, obwohl sie dem Gewerkschaftscharakter der Lokalorganisationen angehöre, einen zentralistischen Charakter mit einem Hauptvorstand, an den 75 Proz. der Beiträge abgeführt werden müßten. Die meisten Redner befürworteten nun eine Veränderung der Organisationsform nach dem Muster der lokalorganisierten Maurer, Zimmerer usw. auf Grundlage der losen Vertrauensmänner-Zentralisation mit einer Geschäftskommission als Verbindungsglied zwischen den einzelnen Ortsvereinen. Grund zu dieser Veränderung gab, wie die verschiedenen Redner anführten, die nicht fortzuleugnende Stagnation seit dem fünfjährigen Bestehen der Organisation. Die Versammlung erklärte sich denn auch mit der beantragten Umgestaltung einverstanden und beauftragte den Hauptvorstand, die Angelegenheit auch den übrigen Verwaltungsstellen zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

Briefkasten der Redaktion.

Bremerhaven. (Arbeitersekretariat.) Der Fall lag genau umgekehrt. Es wurde nicht dem zum Berliner Stadtvorordneten Gewählten sein Mandat abgeprochen, obwohl er in Berlin einen Wohnsitz behaltend hatte, sondern sein Berliner Mandat wurde für gültig erklärt, obwohl er seinen Wohnsitz nach außerhalb verlegt hatte. Er war mit seiner Familie nach einem Vorort verzogen und zwar schon vor der Wahl. Dort war fortan sein eigentlicher Wohnsitz. In Berlin hatte er nur Parcellen für sein Geschäft behalten. Diese meldete er aber hinterher als zweite Wohnung an, weil dazu ein Privatzimmerchen gehörte, in dem er gelegentlich auf einem Schlafsofa übernachtete. Die freijährige Wechsell der Berliner Stadtvorordneten-Versammlung ließ das als „Wohnsitz“ gelten. Eine höhere Instanz hat nicht zu entscheiden geholt; ein Protest aus Wählerkreisen war nicht eingegangen. — **Wuhlgarten.** Nimmt auch episcopische Kinder der ersten Lebensjahre auf. Aufnahme entweder durch die Anstaltsdirektion oder durch Vermittelung der Armenkommission Ihres Bezirkes. Kosten: Abzahlung in kleinsten Raten oder wöchentliche Ratenzahlung. — **Kettel.** Rein. Der Ur- lauber fährt allerdings mit erheblicher Preisermäßigung, aber er hat niemals freie Fahrt. — **M. W. 22.** Ihr früherer Brief ist uns unbekannt. Können und wollen Sie die Besprechung Ihrer Kinder bezüglichen? Dann nimmt eine öffentliche Anstalt (Wahlfeld) Sie Ihnen schwerlich ab; denn diese soll zu allererst der wirklichen Hilfslosigkeit Schutz gewähren. Eher bereit wären da die pflanzlichen Gesellschaften gewisser Arbeitervereine, aber die werden Ihnen nicht zuzugewandt. Genügt für die zwei bis drei Monate nicht Pflege in einer Familie? Die Ihre der für Berlin langjährigsten Halbtagefrauen gibt Ihnen das Polizeipräsidium. — **Heinrich.** Antwort vorher unter Nr. 22. — **Nixdorf.** (R.) Sogenannte Ordnungsfahrt, nicht „Reisende“. — **Bernauerstraße.** Sch. Die beiden Weibsbildungsanstalten Nr. 1 und Nr. 2 in Dantsch-Banghust. — **S. W. 23.** Durch die Buchhandlung Vorwärts. — **M. W. 46.** Werden Sie sich an einen Bogelbändler. — **Gudat.** 120 Millionen in deutscher Wange. — **H. J.** Der Belmame H der Land- schaft entnommen, in welcher die Stadt liegt. 2. Verloren nachfolgend 1. Gegenstand zu „Sich“. 4. Nehmen Sie eine kleine deutsche Grammatik zu Hilfe. — **G. S. 1.** Lesen Sie den Artikel „Alphat“ in einem Konversationslexikon nach. Verhehle, Bibliothek in der Alexanderstr. 20 usw. 2. Erwählung. 3. Berliner Adressbuch oder Auskunft durch Postleute. — **H. 2. 99.** In der Schwarmzeit die Königin und die folgenden Drohnen. — **H. 6. 1.** Ohne Einblick in die betreffenden amtlichen Listen und Bücher hat man darüber kein Urteil. Vielleicht fragen Sie einmal bei Frau Krupp an. — **Schäferstr.** S. S. Täglich kopieren! Auch wenden Sie sich einmal um Rat an einen Droghisten. — **R. G. 99.** Auskunft durch Herrn Baumann, Bürgerdeputierter, Lindenstr. 43 I. — **Paradies.** 1. Druckfehler. 2. Ein- schlag; An die Verwaltung bzw. an das Bureau der und der Stiftung, Rathaus, Königsplatz usw. — **J. R. Rein.** — **S. S. Rein!** — **S. S. Ja.** — **A. R. Berliner Adressbuch.** Uns nicht bekannt.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet: abends 7 Uhr. **C. 2.** 1. Falls Ihr Vertrag, was wahrscheinlich, dem nicht entgegensteht, wäre eine Klage nicht völlig ausgeschlossen. 2. Aufnahme in eine Heilanstalt oder Heilmittel zwecks Heilung von der Tuberkulose oder dgl. durch die Versicherungsanstalt nimmt den Hinterbliebenen nicht das Recht an Rückzahlung der Hälfte der Beiträge. — **Paul Niewold.** Eine Steuerhinterziehung in dem von Ihnen gemeinten Sinn gibt es nicht; liegt ein steuerrechtliches Einkommen vor, so befreit die Abweisung der Dienstpflicht keineswegs über die Dauer der Dienstpflicht hinaus von der Steuerpflicht. — **H. 2.** Nach Lage der Sache würde das Gericht Sie voraussichtlich zur Zahlung verurteilen. — **Paula.** In dem Abzug sind Sie nicht berechtigt. — **C. 23. 27.** Sie sollten Ihren Anspruch auf Rente nicht lassen, sondern erneuern. Ist Ihnen Rente bewilligt, so können Sie den Antrag auf Bewilligung weiterer Rente an den Magistrat, Abteilung für Invalidenversicherung (Königsplatz 10) richten, ohne dies wäre es zwecklos. — **H. G. 36.** Will der Mieter die Wohnung nicht überlassen und verpflichtet ihn der Vertrag mit dem jetzigen Mieter nicht hierzu, so können Sie die Ueberlassung im Rechtswege nicht erzwingen. — **Albert B.** Können Sie beweisen, daß der Sachverhalt so wie Sie schildern war, nicht ohne die Adresse lädenhaft oder die Verpackung vorchristlich, so würde eine Klage Aussicht auf Erfolg haben. Sie müssen für die Hälfte eines Unworts in Anspruch nehmen. Vorher ist aber zu einer Eingabe an die Postdirektion (Anmeldung des Sachverhalts, Geltendmachung des Anspruchs) zu raten. — **H. M. 99.** Den Mietzins ja. **H. 3. 1. Rein.** Sie können nur klagen und dann im Wege der Quasidollierung verkaufen lassen. — **J. 100.** Ein Beispiel für einen Antrag auf Aussetzung eines Erbschins finden Sie S. 217 des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Rührers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **R. 3. 70.** 1. Nach Zahlung der Kosten ja. 2. Ja. — **G. R. 10. Rixdorf.** W. S. 100. Verita Cq. Ja. — **C. in C. 1. Ja.** 2. Durch ein Testament. — **St. 61. 9.** Lassen Sie sich die Beschlüsse des Lehramts erteilen und legen Sie eventuell auf Zahlung des Gehalts. — **H. 2. 100.** Das Beeinträchtigt gilt. — **G. Berlin.** Ihre Anfrage ist wegen Ihrer Verallgemeinerung unverständlich. Stellen Sie den Sie betreffenden Sachverhalt dar und nähren Sie an die Schilderung Ihre Frage. — **W. Dinsler.** Die Dittungen sind auch ohne Sie abzugeben gültig. — **W. 2. 45.** 1. und 2. Rein. 3. und 4. Ja. — **Wahlrecht 1905.** 1. Rein. 2. Beschäft. Gewerbe, Verlegungen usw. beziehen wir nicht; Adressen finden Sie im Adressbuch. 3. Bedenken Sie sich an die Generalkommission der Gewerkschaften. — **M. W. 15.** Ein solches Recht hebt Ihrer Tochter nicht zu. — **R. B.** Der Mietsverweigerungsanspruch beträgt bei Pächtern nicht mehr als 300 bis 500 Mark; 50 Pf., von mehr als 300 bis 1000 Mark; 1 Mark, von mehr als 1000 bis 1500 Mark; 1 Mark 50 Pf. usw. — **G. C. 100.** 1. Bei tranversischer Versicherung ist, finden Sie S. 450 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden Arbeiterrechts angeführt. Es ist unmöglich, die Frage, ob Sie tranversischer Versicherungspflichtig sind, zu beantworten, wenn Sie nicht anführen auf Grund welchen Vertrags? als was? (Gehalts? Kaufmännischer? Kranenheger? gewerblicher Arbeiter? Handlungsgehilfe? usw.) Gegen welche Lohnvereinbarung? Sie beschreiben Sie. 2. Wahrscheinlich würden Sie angenommen. — **H. R. 54.** Der Schüler hat, falls nicht auf Gehalt des Vaters Dispens von weiterem Schulbesuch eintritt, bis zum Schluß des Halbjahres, in das die Vollendung seines 14. Lebensjahres fällt, die Schule zu besuchen. — **H. M.** Das Arbeitsrecht nicht zu verichten ist S. 211 des „Arbeiterrechts“ dargestellt. Dorthin ist das Urteil des Oberverwaltungsorgans Bremen vom 2. Juli 1904 gliert, auch entgegenstehende Urteile erörtern. — **W. 1. Rein.** 2. Ja. — **H. W. C. 1. Ja.** 2. Rein: die Beschuldigten haben ihrerseits die Beweis für ihre Behauptungen zu führen. 3. Rein. 4. S. Ein Beispiel für eine Verleumdungsklage und Anleitung für eine solche finden Sie S. 600, 653, 123 des „Arbeiterrechts“. — **Berlin 30.** In seiner Wohnung kann man keineswegs machen, was man will, sondern muß bei seinem Tun darauf Rücksicht nehmen auf das, was die Verfassung erfordert. Im einzelnen lassen sich die hieraus folgenden Folgerungen nicht detaillieren, insbesondere also nicht angeben, wie lange man Rauchgasröhren machen darf usw. Es wird aber der Verleumdung entsprechend angesehen, daß beim Rauchgasröhren das Geruch für die steter wohnenden Mieter, s. B. durch Gummiphosphor oder eine Gummimasse, erheblich gedämpft wird. Auch außerhalb der Wohnung ist diese Rücksicht besonders dann zu nehmen, wenn in der Familie der dieser Wohnenden sich ein krankes Kind befindet. 2. Ihre Frau ist, falls sie nur für einen Arbeitgeber arbeitet, sowohl kranken- wie invalidenversicherungspflichtig. Jedoch trägt die Rechtspflicht im Gegenfall zu der früheren des Oberverwaltungsorgans und Reichsverwaltungsorgans dazu, die Heimarbeiterin zu einer Invalidenversicherungspflichtigen Unternehmern in unaufrichtlichen 3. Rein. — **H. G., Wirthschaftsfrage.** Leider nicht. — **H. R. 43.** Sie müssen sich an das Amtsgericht wenden. Das Zwangsmaßnahme wohl eine Adoption durch Ihren Mann. — **G. Kreis.** Unzulässig steht Ihrem Mann nicht zu. Das Nähere über Unzulässigkeit finden Sie S. 355 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden Arbeiterrechts. — **J. 100.** Werden Sie sich um Auskunft an die Meccaner Polizeibehörde. — **W. R. 100.** Rein. — **W. 75.** Ja, nach Lage des Falles und der Vermögenslage werden 6 bis 30 Mark als angemessenes Entgelt für eine Einbindung erachtet. — **H. 3. in W.** Lassen Sie sich die Abwehr des Protokolls erteilen. Das macht etwa 30 Pf. — **H. 3. 33.** 1. Haben Sie zu öffentlichem Protokoll sich zur Vaterpflicht bekannt oder haben Sie die Möglichkeit der Vaterpflicht geschaffen und können nicht beweisen, daß in der Empfangsnote andere dabeiliebe later, so haben Sie Elemente zu zahlen, gleichviel ob die Mutter es ablehnt, Sie zu heiraten, oder einen anderen heiratet, oder ob Sie Soldat sind. 2. u. 3. Rein. 4. In der Gerichts- scheidet. **Wasserhand am 30. August.** Elbe bei Mühlh. — 0,30 Meter, bei Dresden — 1,71 Meter, bei Magdeburg — 0,81 Meter. — **Uhrzeit bei Straußfurt + 1,20 Meter.** — **Oder bei Rastow + 0,90 Meter.** bei Bredlau Oberpegel + 4,72 Meter, bei Bredlau Unterpegel — 1,78 Meter, bei Braunsfurt + 0,78 Meter. — **Wesige bei Braunsfelde + 2,18 Meter.** — **Warte bei Posen.** — **Meter.** — **Reye bei Wsh.** — **Meter.**

Berliner Nachrichten.

Sedanfeier und Herbstparade

fallen diesmal, gegen allen Brauch, auf ein und denselben Tag. Wer beide für überflüssig hält, wird es zufrieden sein, daß sie so wenigstens in einem Aufwaschen abgetan werden. Die werktätige Bevölkerung, die nicht Maulaffen feilhalten mag, sondern ihrer Arbeit nachgehen will, hat von Veranstaltungen solcher und ähnlicher Art so viel Schererei, daß sie jede Einschränkung mit Freuden begrüßt wird. Ganz abgesehen von ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen diese militärisch-dynastischen „Feste“!

Verdrießlich ist die Sache aber für die Schuljugend. Ach, wie schön wäre das gewesen, wenn es bei der anfänglichen Bestimmung, daß die Parade am 4. September abgehalten werden sollte, sein Bewenden gehabt hätte. Am 2. September frei wegen Sedanfeier, am 3. September frei wegen Sonntagsruhe, am 4. frei wegen Herbstparade — das hätte wieder einmal eine niedliche kleine Bummelperiode gegeben. Unsere Jungen und Mädchen hatten sich in diesem festereichen Sommerhalbjahr schon so hübsch an Bummeln gewöhnt, und nun muß ihnen noch im letzten Augenblick dieser Vermutstropfen in ihren Freudenfeld fallen. Die Umlegung der Parade auf den 2. September hat mit einem Schläge in Berlin über eine Viertelmillion Unzufriedene geschaffen. Dazu kommt noch die auf ein volles Hunderttausend zu schätzende Schuljugend der Vororte, die ja seit einigen Jahren an Paradedagen gleichfalls bummeln darf.

Verdrießlich kann die Verlegung der Parade auf den Sedantag auch für die Berliner Schuldeputation werden. Vor wenigen Tagen erst hat sie den Leitern aller Schulen, der höheren wie der niederen, eine Rundverfügung übersandt, die daran erinnert, daß nach einer älteren Verfügung aus dem Jahre 1874 zum Andenken an den Krieg von 1870/71 in jedem Jahre am 2. September der Unterricht ausfallen, aber am Vormittag eine Schulfeier abgehalten werden soll. Am Vormittag? Da könnte die Schuldeputation sich diesmal ja recht nett hineingeritten haben. Am Vormittag des 2. September gibt's in Berlin die Parade zu sehen, wo darf denn da ein Kind in die Schule genötigt werden! Wir fürchten, daß noch am heutigen Freitag die Schuldeputation durch schleunigste Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums darüber belehrt werden wird, um wieviel eine Veranstaltung der Schule, und wäre es selbst eine Sedanfeier, hinter einer Parade zurückstehen muß. Wird nicht das Provinzial-Schulkollegium anordnen, daß am Paradedage, wie schon seit einigen Jahren, so auch diesmal wieder die Pforten der Schulen geschlossen bleiben müssen?

Die Herren, die in der Schuldeputation zusammensitzen, hätten sich diesen allerneuesten Schulkonflikt ersparen können, wenn sie ein klein bißchen mehr nachgedacht hätten. Würde die Herbstparade vom 4. September auf den 2. verlegt, so mußte die Sedanfeier vom 2. September auf den 1. verlegt werden — das hätte ihnen jeder Schöpfung gern und bereitwilligst gesagt. Hoffentlich merken sie sich das für das nächste Mal, wenn's wieder so kommen sollte.

Ecke Unter den Linden und Neue Wilhelmstraße. Der Magistrats-Berichterstatter schreibt: Bedeutende Umänderungen werden die Straße Unter den Linden und Neue Wilhelmstraße demnächst erfahren. Diese letztere hat auf der Strecke von der Straße Unter den Linden bis zur Dorotheenstraße nur eine sehr geringe, dem Verkehr nicht genügende Breite. Sie ist in der Nähe der Linden nur 11 Meter und an der Dorotheenstraße sogar nur 10 1/2 Meter breit. Zur Verbreiterung der Straße auf ihrer Ostseite um etwa 6 Meter, d. h. also auf ein Maß von durchschnittlich 16 1/2 Meter bietet sich augenblicklich eine günstige Gelegenheit, weil der Kaufmann Hermann Schulte zwecks Verlegung seines Anstaltens aus dem gräflich Meedernischen Palais, Unter den Linden 1, nach dem Grundstück Unter den Linden 75 daselbst einen Neubau errichtet. Schulte hat dazu nicht nur dieses Grundstück, sondern auch das angrenzende, Unter den Linden 76, Ecke der Neuen Wilhelmstr. 8b, erworben und bietet dieses der Stadt Berlin zum Preise von 200 000 M. unter der Bedingung zum Kauf an, daß das ganze Gebäude zur Verbreiterung der Neuen Wilhelmstraße verwandt wird und das Grundstück Unter den Linden 75 mit seiner Westseite in die neue Kaufsfläche auf der Ostseite der Neuen Wilhelmstraße zu liegen kommt. Der Magistrat wird der Stadtverordneten-Versammlung die Annahme des Angebots und die Festsetzung einer neuen Kaufsfläche der Neuen Wilhelmstraße zwischen der Straße Unter den Linden und der Dorotheenstraße empfehlen. Mit dem Verschwinden des Meedernischen Palais wird also auch das Schwerinsche Palais dessen Schicksal teilen. Dem Vernehmen nach haben auch schon Verhandlungen wegen eines Umbaus des Gehäuses Unter den Linden 78 am Pariser Platz geschwebt.

Zur Frage der Unterbringung geisteskranker Verbrecher bringt die soeben erschienene Veröffentlichung des k. Statistischen Landesamtes „Die Heilanstalten im preussischen Staate“ einige interessante Bemerkungen. Danach bestehen nun sechs Abteilungen für geisteskrane Verbrecher, nämlich in den Strafanstalten: Berlin, Lehrterstraße, Breslau, Köln, Graudenz, Halle a. S. und Münster; es stehen hier zur Aufnahme von geisteskranken männlichen Verbrechern im ganzen 297 Plätze zur Verfügung. Diese Abteilungen nehmen Geistesgestörte oder der Geistesstörung verdächtige Gefangene auf, um sie einem Heil- und Beobachtungsverfahren zu unterziehen. Werden sie als geistesgesund erkannt oder bessert sich ihr Zustand soweit, daß sie ihre Strafe weiter verbüßen können, so werden sie in den „geordneten“ Strafvolzug zurückverlegt; sind sie wegen Geistesstörung dauernd strafvolzugsunfähig, so wird der Strafvolzug unterbrochen und sie werden der gewöhnlichen Irrenpflege überwiesen. Die in den Strafvolzug Zurückgenommenen werden versuchsweise in die Hauptanstalt überwiesen, um hier noch unter psychiatrischer Beobachtung des Anstaltsarztes zu bleiben. Bei vielen dieser Verbrecher bricht die Geisteskrankheit zeitweilig wieder durch. Männliche Strafgefangene aus den Strafanstalten und Gefängnissen der inneren Verwaltung (die dem Ministerium des Innern unterstehen) sollen nicht mehr zur Beobachtung ihres Geisteszustandes in die gewöhnlichen Irrenanstalten aufgenommen werden. Der Plögensee-Prozess hat von neuem die Aufmerksamkeit weitester Kreise auch auf den entsetzlichen Zustand gelenkt, daß Geisteskrane dem Strafvolzug in Gefängnissen unterliegen. Die Unterbringung von geisteskranken Gefangenen in Anstalten außerhalb des Gefängnisses hat die Folge, daß den Gefangenen nach ihrer etwaigen Gesundung die Zeit ihres Aufenthalts im Irrenhaus nicht als Strafverbüßung angerechnet wird. Um so dringender ist die Forderung, daß für jedes größere Gefängnis eine Irrenabteilung unter Leitung eines psychiatrisch gebildeten Arztes erhält. Es bedarf der einschneidendsten Reformen, um die schwersten Schäden des heutigen Strafvolzuges auch nur zu mildern, geschweige denn zu beseitigen.

Der vierte deutsche Gebarmertag findet zurzeit in Berlin (Kellers Festale, Köpenickerstraße) statt. Eine große Zahl von Delegierten nimmt an den Verhandlungen teil. Die Vereinigung umfaßt 224 Vereine und insgesamt 10 392 Mitglieder. Gestern

nachmittag traten die preussischen Hebammen zusammen, um die Gründung eines preussischen Hebammen-Verbandes in die Wege zu leiten. Durch das neue Hebammen-Verband, das für ganz Preußen verbindlich ist, ist die Gründung des Verbandes eine Notwendigkeit geworden. Freitag erfolgt dann die Eröffnung des Gebarmertages durch den Ehrenpräsidenten Regierungs- und Medizinalrat Dr. A. Wehmer-Berlin. Es soll die Einführung einer Normaltabelle für ganz Deutschland erörtert werden. Auch über die Frage der Haftpflicht und der Haftpflicht-Versicherung der Hebammen soll verhandelt werden.

Ueber den Neubau der Komischen Oper an der Weidenbammer Brücke bringt „Das Gasthaus“ eine interessante Darstellung. Da der Bauplatz nur 90 Quadratruß groß ist, so mußte haushälterisch mit dem Raum umgegangen werden, um allen behördlichen Anforderungen entsprechen und ein allen Ansprüchen genügendes Theatergebäude schaffen zu können. Im Parterre befinden sich außer sieben Eingängen und einer Durchfahrt, die unter der Bühne hindurchführt, eine Wandelhalle, in deren Mitte die Garderobe liegt, und ein Büfett. Außerdem sind zwei Käden im Erdgeschoß untergebracht. Das Parkett liegt im ersten Stockwerk; über ihm befinden sich die anderen Ränge. Jeder Rang wird von einem Rundgang umschlossen und hat von beiden Seiten Zugänge. Auf jeder Seite befinden sich Büfett, Garderobe usw. Der Bau ist vollständig aus Eisen und Stein ausgeführt; 600 Tonnen Eisen sind verbaut, trotzdem sieht man keine einzige Säule. Interessant ist die Konstruktion der Ränge, die auf bis zu 7 Meter hervorragenden freitragenden Eisenträgern ruhen; an ihren Enden sind sie, um das Gegengewicht zu dem die Balkons belastenden Publikum zu schaffen, mit Zementblöcken beschwert. Jeder Träger hat besonders berechnet werden müssen. Alle Plätze haben bei großer Längenausdehnung nur geringe Tiefe, wodurch die Zuschauer der Bühne möglichst nahe sind. Die Fußböden der einzelnen Plätze sind nicht nur von hinten nach vorn, sondern auch von der Mitte zu den Seiten geneigt, um einen möglichst guten Ausblick nach der Bühne zu ermöglichen. Zu den Sicherheitsvorkehrungen gehört, daß durch eine Winde von der Bühne aus das Dach zu öffnen geht, so daß durch Verschiebung des Daches ein Luftschuß entsteht, der einem Siebenteil der Dachfläche entspricht. Am 15. Oktober soll der von der Firma Bachmann u. Rauber ausgeführte Bau, der etwa 1 100 000 Mark kosten wird, fertiggestellt sein; am 20. Oktober soll bereits in der 1250 Personen fassenden Komischen Oper gespielt werden.

Auf die Badeanstalt des Berliner Vereins für häusliche Gesundheitspflege, W., Steinmeyerstr. 16, seien alle diejenigen aufmerksam gemacht, die Soolbäder zu ihrer Genußnahme und Kräftigung bedürfen und die hohen Preise in anderen Anstalten nicht zahlen können. Neben Soolbädern werden auch warme Wasserbäder gegeben, die von den Ärzten ebenfalls öfter zu Kurzweilen verordnet werden. Die Anstalt ist Dienstags, Freitags und Sonnabends von 3 bis 7 1/2 Uhr für Frauen und Kinder (Knaben unter 12 Jahren) geöffnet. Die Aufsicht im Badesaal wird von Ehren Damen geführt, den leidenden Frauen beim Baden geholfen, die Kinder werden beaufsichtigt. Die Preise sind ganz minimale, die sich bei Entnahme von Abonnement noch ermäßigen. Außerdem werden Freibäder und Ermäßigungen nur auf ärztliches Attest nach Prüfung der Verhältnisse gewährt durch den Verein für häusliche Gesundheitspflege, Steinmeyerstr. 16, Mittwochs, vormittags von 11 bis 1 Uhr oder durch die Leiterin der Anstalt, Frau Sophie Sudmann, Wallstr. 11, Gartenhaus 11, Montags, Mittwochs, Donnerstags und Sonnabends, nachmittags von 3 1/2 bis 4 1/2 Uhr.

Vom Grundstücksverkauf. Von dem Steigen der Grundstückspreise in den großen Geschäftstragen gibt der „Konfessionar“ wiederum einige Beispiele. So soll das Haus Jerusalemstr. 28, Ecke Kronenstraße, das vor dreißig Jahren für 100 000 Taler erstanden wurde, nunmehr für 1 300 000 M. an Baumeister Heim verkauft werden. Das ehemals Heesche Grundstück Leipzigerstr. 87, das vor dreißig Jahren 80 000 Taler kostete, ist schon vor einigen Jahren von dem jetzigen Besitzer Eugenheim (in Firma Nichols u. Co.) für 1 1/2 Millionen M. erworben worden und seitdem weiter im Preise gestiegen. Für das 19 Quadratruß fassende Grundstück Leipzigerstr. 113, Ecke Rauerstraße, sind 1 600 000 M. gefordert worden.

Das Gelände des Joachimsthalschen Gymnasiums in Wilmersdorf, dessen Verlegung jetzt beschlossen ist, wird ohne die Baulichkeiten von Sachverständigen auf fünf Millionen Mark an Wert geschätzt. Das annähernd die Gestalt eines gleichschenkeligen Dreiecks behaltende Grundstück ist nicht ganz 15 Morgen groß und hat an der Kaiserallee eine Frontlänge von 330 Metern; auf dem Gelände erhebt sich an der Kaiserallee das 150 Meter lange Hauptgebäude, dem sich an seinem Süden ein mit einem Quergebäude versehener tiefer Seitenflügel anschließt. Außerdem liegen an der Schaperstraße, dem Hofanplatz und der Weierottstraße noch acht einzelne kleinere Gebäude, die teils von Lehrern bewohnt werden, teils Wirtschaft- und Verwaltungszwecken dienen. Bei dem Verkauf würde der Fiskus ein vorzügliches Geschäft machen, da der Wert des Grund und Bodens seit dem Jahre 1880, wo die Anstalt in die damals noch häuslere Gegend verlegt wurde, gewaltig gestiegen ist.

Nichtsunige böswillige Alarmierungen der Feuerwehr scheinen in letzter Zeit zu einer Manie geworden zu sein. In dieser Woche haben wir bereits über vier derartige Alarme berichtet und schon wieder liegt ein neuer Fall vor. In der Nacht zum Donnerstag wurde der öffentliche Feuermelder in der Uferstraße zum zweitenmal böswillig in Tätigkeit gesetzt. Glücklicherweise konnte, wie in den früheren Fällen, auch jetzt der Täter auf frischer Tat gefaßt werden. Diese ist umso unverständlicher, als es sich diesmal nicht um einen Dummenjungenstreich, sondern um den Geßirft eines 40-jährigen Mannes handelt, nämlich um den Zimmermann Hermann Kleske aus der Vessermannstr. 74/75. Eine plausible Erklärung für seinen Leichtsinne vermochte er bei seiner Festnahme nicht anzugeben. Jedemfalls wird er aber vom Gericht einen gehörigen Denkzettel bekommen.

Durch die rosenrote Brille.

In England ist, wie wir der „Voss. Zig.“ entnehmen, ein Wächlein „Die Messingarbeiter von Berlin und Birmingham“ erschienen. Es ist ein Bericht einer Kommission, der ein Fabrikant, ein Gewerkschaftler und der Vertreter einer Krankenkasse angehört und die zum genaueren Studium der Verhältnisse in der genannten Industrie entsandt wurde. Das erste, was den englischen Beobachtern in Berlin auffällt, ist die Sauberkeit der Stadt und ihrer Bewohner. „Es ist klar“, so heißt es in der Schrift, „daß die Berliner diese Reinlichkeit zur Grundlage der Verschönerung ihrer Stadt und aller gesellschaftlichen Einrichtungen gemacht haben. Vielleicht unterstützt sie ihre Selbstachtung und ihr höfliches Benehmen, das schon zur Erziehung der Jugend dient; wir haben es überall gefunden, und es scheint aufs engste mit ihrer Wesensart verwaschen zu sein. Es geht von den Beamten aus (1) und bringt in die niedrigsten Klassen siegreich ein. Außersich übertracht waren wir von der Reinlichkeit und dem netten Aussehen der Kinder, die auf den Straßen, Höfen und Plätzen spielten. Die Stadtbeförden haben auf den Spielplätzen Sandhaufen für die Kleinen aufstehen lassen, und diese beweisen, daß sie dieser Freundlichkeit sich durch großzügiges und passendes Betragen würdig zeigen können, denn zwischen den fünfzig oder sechzig Kindern auf einem Sandhaufen kam keine Ungehörigkeit vor. Wir besuchten dann eine Volksschule in der Rigauerstraße, auf der ärmere Leute wohnen. Wir sahen kein Kind, das schlecht genährt erschienen und zerlumpt angezogen gewesen wäre. Die Kinder bedürftiger Eltern bekommen Kleider und Schuhe von den städtischen Armenpflegern und Wohltätigkeitsvereinen. Sie müssen alle sauber und ordentlich angezogen

in die Schule kommen.“ Von den Fachschulen für Metallarbeiter sagen die Referenten, daß darin wahre Künstler in ihrer Arbeit herangebildet werden. In den Wohnungen der Arbeiter fanden sie höchste Sauberkeit und Ordnung, auch einen gewissen Wohlstand. Ueber die Nahrungsmitel der Berliner Arbeiter fällt sie folgendes Urteil: „Wir bemerken, daß einige Nahrungsmittel entschieden teurer sind als in England, aber daß die arbeitende Bevölkerung unzweifelhaft besser genährt ist. Die Arbeiter erscheinen bei ihrer Tätigkeit zufrieden, ihre Lage ist sorgloser und glücklicher als die unserer Messingarbeiter in Birmingham. Nichts von den Nahrungsmitteln wird weggeworfen; sie wissen die Abfälle und Knochen zu nahrhaften Suppen zu verwenden, wie überhaupt Suppe eine tägliche Speise bei ihnen ist. Knochen wird nicht in Kochschalen erstickt, sondern die Tochter lernt es von der Mutter. Die Bezahlung erfolgt immer in barem Gelde; alle Kleider, Schuhe und Nahrungsmittel werden nicht auf Vorkommen, sondern gleich bezahlt.“ Es wird festgestellt, daß das Arbeiter Krankehaus in Berlin einen höheren Durchschnittspreis für die Kost der Kranken bezahlt als das Allgemeine Krankenhaus in Birmingham. Das Birminghamer Fleisch ist meistens aus Neuseeland exportiert und kommt in gefrorenem Zustande an, das Berliner Fleisch ist beste einheimische Ware. Auch dem Familienleben der Arbeiter wird hohes Lob zu teil. Seine freie Zeit genießt der Berliner Arbeiter in vernünftiger Weise und gewöhnlich mit Weib und Kind zusammen. Von einem Sonntagnachmittag in einem Berliner Biergarten wird folgende ein wenig rosig gefärbte Schilderung entworfen: „In einem großen Quadrat war ein Spielplatz für die Kinder abgeteilt und mit weichem Sand bedeckt; ein großes Red. Leitern zum Klettern, Barren und andere Turngeräte waren zu ihrem Vergnügen angebracht. Eine Militärkapelle ließ gute Musikstücke hören, und die Musik wurde von den Leuten mit großem Wohlgefallen und vielem Beifall aufgenommen. Als der Abend herankam, verschwanden die Kaffeetassen und die Milchgläser, die bis dahin die Tische bedeckt hatten, und Biergläser wurden in langer Reihe statt ihrer hingestellt. Man sollte nun meinen, daß mit dem veränderten Getränk sich auch Benehmen und Auftreten der Leute geändert haben sollte; aber nichts dergleichen geschah. Die gleiche Eintracht, Ruhe und Ordnung blieb vorherrschend. Die Mädchen und Frauen tranken wohl ebensolche Bier wie die Männer, aber alles ging höchst anständig und ehrbar zu, kein gemeines Witzwort, kein lautes Schreien wurde gehört, sondern nur überall lustiges Lachen und fröhliches Plaudern.“

Der Bericht liest sich, als ob er geschrieben sei, um die Arbeiterschaft in Birmingham von Lohnforderungen abzuhalten. Selbstam erhebt uns, daß ein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter den Unfug mitmacht, höchst oberflächliche Betrachtungen gewissermaßen als Produkte sozialpolitischer Forschungen auszugeben. Die Berliner Arbeiter werden die Neugierde, daß sie in sorglosem Glück schwelgen, mit gesundem Humor aufnehmen.

Fine Erinnerung an Hartleben. In dem Spiehsaal einer neuen Heilanstalt in Schlachtensee befindet sich eine große Platte, die als Gedenkstein Otto Erich Hartlebens Weisheit über die Neurasiehen trägt. Sie lautet: „Rasse nie, — Doch hasse nie! — Sonst hasse die — Neurasiehen.“

Ueber die Beobachtung der Sonnenfinsternis liegen noch verschiedene Berichte vor. Die von der Hamburger Sternwarte nach Souvaras (Algerien) entsandte Expedition meldet, daß sie die Sonnenfinsternis bei herrlichem Wetter in allen Phasen habe gut beobachtet können, und daß es ihr gelungen sei, 23 gute photographische Aufnahmen zu erhalten. Es seien große Protuberanzen und späte Koronastrahlen sichtbar gewesen. — Die Beobachtungen der Sonnenfinsternis in Palma auf den Balearen ergaben ein ähnliches Bild der Korona, wie es in den Jahren 1860, 1888 und 1893 beobachtet wurde. Der untere Teil der Sonnenscheibe zeigte keine Protuberanzen, der obere Teil zeigte einige sehr glänzende und andere, durch ihre karminrote Farbe besonders auffallende. — Die Luftschiffe de la Nauz und Jaubert haben von ihren Ballons aus in Höhe von 2300 Metern die Sonnenfinsternis oberhalb der algerisch-marokkanischen Grenze sehr gut beobachtet können. Aus Ägypten liegen Nachrichten über sehr befriedigende Resultate vor. — Der Ballon „Marie“ landete gut in der Provinz Vuzgos, 25 Kilometer von Madrid. Ueber die beiden anderen Ballons mit Professor Beerjan-Berlin und Direktor Accimis-Madrid liegt noch keine Meldung vor.

Der Polizeipräsident gibt bekannt: Der königliche Kreisarzt des III. Berliner Medizinalbezirks Dr. Lindemann hat seinen Dienst angetreten und wird an Wochentagen von 9 1/2 bis 11 Uhr im Hause Planufer 88 Sprechstunden abhalten.

Ueber Ausschreitungen italienischer Arbeiter berichtet eine Korrespondenz: In der Schönhauser Allee wurden in der Nacht zum 28. August vier Deutsche, der Klempner Mittelsteb, der Hausdiener Teitendorn, der Arbeiter Pohl und der Maurer Niehl durch Revolver-schüsse und Messerstiche schwer, Mittelsteb sogar lebensgefährlich verwundet. Die Haupttäter waren der Zementbauunternehmer Johann Desi und der Arbeiter Rigoli Mazzoni. Dieser wurde in Untersuchungshaft genommen, jener zunächst als Polizeigefangener in ein Krankenhaus gebracht, weil er ebenfalls Messerstiche erlitten und auch sonst von der erbitterten Menge übel zugerichtet wurde.

Eine Protestkundgebung gegen die Fleischnot veranstalteten am Mittwoch die deutschen Gewerksvereine (Gisch-Dunker) in ihrem Verbandshaus. Nach einem Referat des Generalsekretärs Darmmann über das Thema: „Wer trägt die Schuld und wer die Kosten?“, in welchem er das Verhalten der Regierung in der Fleischsteuerungsfrage erörterte, kam folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die vom Zentralrat der deutschen Gewerksvereine einberufene große öffentliche Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die ins Endlose gehende gewaltige Steigerung der Fleischpreise, weil diese Preissteigerung keine natürliche, sondern lediglich eine Folge der von der Regierung erlassenen Vieh- und Fleischexportverbote ist. Diese Verbote bringen es mit sich, daß die große Masse des Volkes einer Heinen Minderheit an sich begüterter Leute einen unerhörlichen Tribut zahlen muß. Die jetzt tatsächlich bestehende Fleischsteuerung und Fleischnot bedeutet eine gewaltige Schädigung der arbeitenden Klassen, deren Lebenshaltung herabgedrückt, deren Gesundheit und Leistungsfähigkeit infolge ungenügender Ernährung gefährdet werden. Die Versammlung fordert daher von der Reichsregierung eine unbeschränkte Einfuhr von Schlachtwiech, die ohne Gefährdung der sanitären Verhältnisse durch ausreichende Kontrolle sehr wohl möglich ist.“

Der Schneidemeister als Kriminalist. Einem hiesigen Schneidemeister nahmen vor einiger Zeit Stadtbahnbediener Uhr und Kette weg. Empört über das Treiben dieser Langfinger, beschloß er, selbst einmal den Kriminalbeamten zu spielen, um sie unschädlich zu machen. Wiederholt fuhr er abends rund um Berlin, stellte sich schlafend und hoffte, so den Bedienern eine Falle zu stellen. Lange unjont. Endlich hatte er Glück und den gewünschten Erfolg. Auf dem Schlesischen Bahnhof stiegen zwei Kerle ein, die sahen, daß er allein im Abteil saß und „schlief“. Bis nach der Warschauerstraße hin betasteten sie ihn, kniffen ihn sanft in die Weine und kigelten ihn an der Nase. Allen Bedauern hielt der Meister aber Stand. Daher war er den Bedienern ein sehr geeignetes Objekt. „In der größten Ruhe knüpfen sie ihm seine Uhr und Kette ab. In diesem Augenblick aber sprang der „Schlafende“ auf und packte mit jeder Hand einen der Spigebun. Zu seiner Unterstützung kamen aus dem Nebenabteil zwei Kriminalbeamte herbei, die zufällig die verdächtige Szene auf dem Schlesischen Bahnhof gesehen hatten, und daher rasch ebenfalls ungesellig waren. Die Erpauten sind die vorbestraften „Arbeiter“ Max Lindemann und Leonhard Graunke, 22 und 30 Jahre alt.

Reiche Beute machten Einbrecher, die in der Nacht zum Donnerstag dem Konfektionsgeschäft von Simon Westmann in der Mohrenstr. 37a einen Besuch abstatteten. Waren im Werte von etwa 20 000 Mark fielen ihnen in die Hände, doch ist man ihnen noch nicht auf der Spur. Die Firma baut ihre im Parterre gelegenen Geschäftsräume um und diese Gelegenheit haben die Diebe zu ihrem Vorhaben benutzt. Sie hoben die Scheibe einer Glasstirnkunstgerecht heraus und gelangten so in die Räume. Hier sind sie dann mit großer Sachkenntnis vorgegangen, denn sie nahmen nur die besten und teuersten Kleidungsstücke mit. Merkwürdig ist aber, daß weder der Wächter der Schließgesellschaft, noch verschiedene andere Wächter der Nachbargrundstücke von dem Einbruch gar nicht bemerkt haben, trotzdem die Diebe das gestohlene Gut allem Anschein nach auf einem großen Wagen fortgeschafft haben. Einer dieser Wächter beobachtete allerdings zwei verdächtige Männer, die jedenfalls in der Nähe „Schmiede“ gestanden haben. Er ließ sich aber mit einem dieser Männer in ein kurzes Gespräch ein und wurde dadurch von dem ganzen Vorgang abgelent.

Wegen vieler Schwindereien ist er 26 Jahre alt, aus Berent in Westpreußen gebürtiger Gerichtsaktuar Hans Szymanski, festgenommen worden. Er war im Rheinland Gerichtsaktuar, wurde aber entlassen und verlebte nun auf den Namen seines Bruders, eines Oberlehrers, der sich jetzt in Südrheinland aufhält, die verschiedenen Schwindereien. Unter mehreren falschen Namen wohnte er auch als „Referendar“ in Gießen und ging den Wirten mit dem Zimmeregel und der Zehle durch. Von Berlin aus plünderte er dann die Freunde und Bekannten seines Bruders, indem er sich dessen Vornamen und Titel beilegte und von ihnen unter der Vorpiegelung einer augenblicklichen Verlegenheit Geld schinden ließ. So erschwand er Beträge bis zu 250 M. Einer der Betroffenen, der ebenfalls 250 M. geopfert hatte, erfuhr nun, daß der Oberlehrer, dem er das Geld nach Berlin geschickt zu haben glaubte, gar nicht hier, sondern in Frankreich ist. Er fuhr nach Berlin und sah den Schwindler in dem Augenblick ab, als er wieder eine telegraphisch angeforderte Geldsendung in Empfang nehmen wollte. S. wurde der Kriminalpolizei übergeben und heute mittag dem Untersuchungsrichter zugeführt.

300 Mark Belohnung hat der kaiserliche Ober-Postdirektor, Geheimer Ober-Postrat Vorbeck, soeben wieder für die Ermittlung eines Diebes von Fernspreckdrähten ausgesetzt. Ein Diebstahl von Wronzedraht ist jetzt in Wilmerdorf entdeckt worden. In der Nacht vom 20. zum 21. August sind in der Brandenburgischen Straße zwischen den Stangen 1 und 2 drei Fernspreckleitungen auf 40 Meter und in der Paulsdorner Straße zwischen den Stangen 3 und 5 sechs Leitungen auf 60 Meter abgeschnitten und gestohlen worden. Das Gewicht des entwendeten Wronzedrahtes beträgt 13 Kilogramm, die Stärke 1,5 Millimeter, der Wert rund 25 M.

Unheimlich gestohlen hat der Friseur Kulper, der unter dem Namen Kurt v. Falkenhagen Berlin und die Vororte heimuchte. Besonders aus Gast- und Schankwirtschaften nahm er mit, was nicht niest und nagest ist, sogar Tischdecken. Eine Menge Schirme und Stühle und andere Sachen, die er bereits verlegt hatte, liegen noch kreuzlos bei der Kriminalpolizei, u. a. einige schöne große Tischdecken, die meist in weis mit einem Eichenblatt und zwei Eichelgumpenmuster sind.

Bei einem Durchbruch mit der Decke schwer verunglückt ist gestern abend um 8 Uhr der Banarbeiter Rudolf Holzamp aus der Berlinerstraße 89 zu Nitzdorf. Der Mann suchte im ersten Stock des Neubaus an der Ecke der Bornholmer- und der Seelowerstraße sein Handwerkzeug zusammen, brach plötzlich mit der Decke durch und stürzte in die Tiefe. Er zog sich schwere innere und äußere Verletzungen zu und wurde in ein Krankenhaus gebracht.

Vater und Sohn erhängt. Eine grausige Tat ist gestern morgen in Friedrichshagen entdeckt worden. Der Berliner Maler Luhe hat in der Nacht zu gestern sich und seinen sechsjährigen Sohn in der verlängerten Kurzestraße in Friedrichshagen an einem Baume erhängt. Ueber den Vorfall wird folgendes berichtet: Als Donnerstag früh die Anwohner in der verlängerten Kurzestraße in Friedrichshagen die Fenster öffneten, sah sich ihnen ein grausiger Anblick. An einer Pappel hing die Leiche eines Knaben. Auf einem unter dem Baume sich hinziehenden Stacheldraht war die Leiche eines Mannes aufgespießt. Es war der 48 Jahre alte Maler Luhe aus der Friedrichsbergerstraße zu Berlin. Das Kind war sein sechsjähriger Sohn Richard. L. hatte in der Stille der Nacht die Tat begangen. In einem Stride hatte er erst das Kind aufgehängt und dann sich. Die Last war jedoch für den Ast zu schwer, er brach, und der Vater stürzte auf den darunter befindlichen Stacheldraht. Als die Leichen gestern morgen aufgefunden wurden, waren sie bereits erstarrt. Sofort wurde die Polizei herbeigeholt und die Staatsanwaltschaft benachrichtigt. Gestern nachmittag wurde an Ort und Stelle durch eine Gerichtskommission eine Untersuchung eingeleitet. Bis dahin blieben die Toten noch in ihrer bisherigen Lage. Der Vater war Witwer. Seine betagte Mutter wohnt in Berlin.

Baunfall. Der Maurerlehrling Bruno Schröder, Frankfurter Allee 70 wohnhaft, ist auf dem Bau Soldinerstr. 2, der von dem Bauunternehmer Magnus aufgeführt wird, gestern nachmittag 5 1/2 Uhr abgestürzt. Schwerverletzt wurde der Verunglückte in ein Krankenhaus gebracht.

Ein großer Kellerbrand, bei dem zahlreiche Personen stark gefährdet waren, kam Mittwoch abend gegen 9 Uhr in der K o n i e s t r a ß e 20 zum Ausbruch und beschäftigte die Feuerwehr fast zwei Stunden. In den ausgedehnten Kellereien des Hauses lagern viel Brennmaterialien, wie Kohlen, Spähne, Holz etc. Auf nicht ermittelte Weise entstand nun in einem Kellerbesehle des Seitenflügels Feuer, das erst bemerkt wurde, als es längst über seinen Herd hinaus war und dichter Qualm den Hof erfüllte. In wenigen Minuten war auch das Treppenhäus in Rauch gehüllt und die zahlreichen Mieter gerieten in Aufregung, da ihnen jeder Ausweg abgeschnitten war. Als die alarmierte Feuerwehr eintraf, ließ daher der leitende Offizier sofort über eine mechanische Leiter hinweg Saugpumpen in die oberen Stockwerke vordringen, sämtliche Treppenhäuser einschlagen, um dem erstickenden Qualm Abzug zu verschaffen, und die geängstigten Mieter beruhigen. Gleichzeitig wurde der Brand mit mehreren Rohren angegriffen, doch konnte ihm nur langsam Terrain abgenommen werden. Erst nach einständigem Kampf war die Gewalt des Feuers gebrochen. Der Keller ist zum größten Teil ausgebrannt. Ueber die Entstehungsgefahr ist nichts ermittelt.

Straßenperrung. Der Kottbuser Damm von der Urbanstraße bis Hofenheide (westlicher Damm des Hermannplatzes) wird behufs Umplasterung vom 4. September ab bis auf weiteres für Fußgänger und Reiter gesperrt.

Reugen gesucht. Die Personen, welche am 7. Mai d. J., abends 10 1/2 Uhr, an der Ecke der Weußel- und Sidingenstraße den Konflikt zwischen einem Nachtwächter und einem Militärmusiker beobachtet haben, werden gebeten, ihre Adresse beim Gasmittel Karl Krämer, Waldenferstraße 40, abzugeben.

Am Bahnhof Ebersstraße wurde am 24. Juni, abends 9 Uhr, ein Arbeiter durch eine Coupéstür getroffen und zu Boden geschleudert. Die Personen, welche den Vorfall beobachtet haben, werden gebeten, ihre Adresse bei Hermann Duschke, Nitzdorf, Schönefelderstraße 28, abzugeben.

Feuerbericht. Neben dem großen Kellerbrande in der K o n i e s t r a ß e 20 hatte die Wehr in der Zwischenzeit noch fünf andere Feuer abzuhäuschen. — In der Leipzigerstr. 115/116 war ein Kachelofen in Brand geraten; der 19. Löschzug beseitigte die Gefahr. — Möbel, Decken, Kleidungsstücke etc. glugen in der Kesselftr. 20 und in der Liebenwalderstr. 84 in Wohnungen in Flammen auf, während es in der Wallstr. 63 in einer Küche brannte. — Schließlich wurde die Wehr noch in der Havelbergerstr. 10 verlangt, wo eine kleine Benzexplosion erfolgt war.

Theater. Das „Theater des Westens“ eröffnet seine diesjährige Spielzeit — die dritte unter Direktion des Intendanten Prach —

am 1. September mit der 68. Aufführung des musikalischen Lustspiels „Die neugierigen Frauen“. Die Oper wird in der gleichen Besetzung, wie bei der Premiere des Werkes, gegeben. — Hartlebens „Erziehung zur Ehe“ und „Sittliche Forderung“, die im „Leistung-Theater“ am Freitag in Szene gehen, sind von dem Brahmschen Ensemble bisher noch nicht aufgeführt worden, die erste Vorstellung beginnt um 7 1/2 Uhr, die Wiederholungen des Hartlebens-Abends sowie alle anderen Vorstellungen um 8 Uhr. — Albert Wassermann ist von seinem Unwohlsein genesen und spielt in der Nachmittagsvorstellung des „Traumulus“ am Sonntag die Titelrolle. Die nächste Neuaufführung des „Leistung-Theaters“, die für Mitte September angelegt ist, wird ein zweitägiges Schauspiel des Grafen Eduard v. Meyering „Benignens Erlebnis“, sowie Hauptmanns „Hannele“ in neuer Inszenierung bringen. Anfang Oktober folgt Hermann Sudermanns Schauspiel „Stein unter Stein“. — Den Ali Vah hat im Belle-Alliance-Theater sein Gastspiel nochmals verlängert, und zwar bis zum 19. September inkl. Länger kann der Magier nicht in Berlin bleiben, da er nach dem Auslande verpflichtet ist. — Palast-Theater. Am 9. September beginnt das Palast-Theater seine 11. Saison. Herr Direktor Richard Winkler wird in dieser Saison sein Hauptaugenmerk auf ein geübtes Variétéprogramm richten und hat 12 erstklassige Nummern für den September-Monat verpflichtet. Dazu ist auch ein vorzügliches Schauspielpersonal engagiert, da ebenfalls in dieser Saison Possen und Lustspiele zur Aufführung kommen werden.

Vorort-Nachrichten.

Spandau.

Das Gerächt von dem angeklagten Gefändnisse auf dem Totenbette, welches ein Postbeamter in Spandau abgelegt haben soll und wonach der Verletzte ein Mädchen ermordet haben soll, will noch immer nicht verstimmen. Das Gefändnis soll sich auf eine Mordaffäre beziehen, die im Jahre 1892 hier großes Aufsehen hervorrief. Damals verschwand aus Spandau ein zwölfjähriges Mädchen, Elsa Vaneh, die Stieftochter eines bafelst wohnhaften Zigarrenarbeiters. Vollständig ist festgestellt worden, daß das Kind mit einer Spielgefährtin zusammen, der Ausforderung eines Mannes nachkommend, im Hafen ein Boot bestiegen hatte. Der Begleiter landete das eine Mädchen, welchem die Sache unheimlich wurde und das laut um Hilfe schrie, in der Nähe des Schützenhauses, und fuhr dann mit der kleinen Vaneh weiter. 14 Tage später wurde die Leiche dieses Mädchens auf der Insel Scharfenberg gegenüber Tegeelort aufgefunden. Der Kleinen waren die Hände mit ihrem eigenen Taschentuche zusammengebunden und ihr außerdem am Unterleibe schwere Verletzungen beigebracht worden. Der Tod war infolge Würgens durch Erstickung eingetreten. Obwohl man damals annahm, daß der Täter ein Spandauer Bürger sein müsse, zumal das von ihm benutzte Boot ein Privatfahrzeug war, erwieisen sich alle Nachforschungen als vergeblich. Es fanden zwar zahlreiche Siftierungen statt, doch mißten die verhafteten Personen wieder freigelassen werden. Man glaubt in Spandau, daß die Kriminalpolizei die Untersuchung in der damaligen Mordaffäre wieder aufnehmen wird.

Pankow.

Die Unficherheit in unseren Orte und in dem benachbarten Schloßpark nimmt von Tag zu Tag zu. Vor einigen Wochen gingen mehrere junge Leute, die einem Konzert im Restaurant Strauchwiese beigewohnt hatten, um 11 Uhr abends durch den Schloßpark, wo sie plötzlich durch eine Anzahl jugendlicher Rowdies gestellt wurden, die kategorisch Zigaretten oder Geld verlangten. Den meisten Leuten gelang es zu fliehen, während ein anderer der Konzertbesucher sich durch Zahlung von fünfzig Pfennigen loskaufte. Ein junger Mann, welcher sich weigerte, den Begehrten zu willfahren, wurde unarmherzig verhalten. Am nächsten Morgen erstattete der Ueberfallene Anzeige und bekam am 24. August — ein Strafmandat in Höhe von 2 M. wegen unbefugtem Vortretens des Schloßparks nach 10 Uhr abends. So beugt die Polizei den Ueberfällen vor. Wir fragen: Aus welchen Gründen hat das Hofmarschallamt große Stücke des Schloßparks zu Restaurationszwecken verpachtet, wenn es den Besuchern dieser Lokalitäten polizeilich untersagt ist, die dahinführenden Wege zu beschreiten. Der Ueberfallene hat gegen das Strafmandat Widerspruch erhoben.

Ein Rohheitsakt. Sonntag nacht setzte sich der Postbeamte D. in angetrunkenem Zustande auf eine Treppe des Hauses Floraftr. 23 nieder und ständalierte. Ein Mieter des Hauses goß dem Angetrunkenen einen Eimer Wasser über den Kopf, worauf D. aus Wut die Scheibe eines Parterrefensters zerstückte. Er wurde nun von dem Schaubmacher Rister und seinen Söhnen, zu deren Wohnung das Fenster gehörte, dermaßen mißhandelt, daß er einen doppelten Armbruch mit Knochensplitterung und inneren Verletzungen erlitt. Bewußtlos wurde D. zur Wache gebracht, wo er unverwundet von 3 1/2 bis 7 Uhr verblieb. Die Entrüstung über die brutalen Mißhandlungen und das Verhalten der Polizei ist allgemein. Der Mißhandelte wurde erst am Vormittage nach dem Krankenhaus Friedrichshagen gebracht.

Vermischtes.

Keusch-deutsche Sittlichkeit.

Die duodezimalsche Scherze aus vordemaliger Zeit muten Gesetze und Bestimmungen an, mit denen die Bevölkerung einzelner Bundesstaaten noch drangaliert werden darf. Das goitbegnadete Fürstentum Reuß a. L. ist unter der gegenwärtigen Regierung Sr. k. k. Hoheit Heinrich XX. im Jahre 1884 mit einem solchen Gesetze beglückt worden, dessen bloße Existenz unsittlich, dessen Anwendung im Jahre 1906 aber ein schreiender Hohn auf Menschewürde, die verächtliche Beschimpfung eines Volkes ist.

Wenige Wochen vor ihrer Niederkunft erhielt die Plätterin X. von der kaiserlichen Staatsanwaltschaft zu Greiz folgenden Strafbefehl:

Auf den Antrag der kaiserlichen Staatsanwaltschaft wird gegen Sie wegen der Beschuldigung, es unterlassen zu haben, Ihre außer-eheleiche Schwangerschaft, infolge deren Sie in einigen Wochen Ihrer Niederkunft entgegensehen, spätestens im 4. Monat derselben bei der hiesigen Stadtpolizeibehörde zur Anzeige zu bringen, — Uebertretung — gegen § 3, al. 2 des Gesetzes vom 4. Januar 1854, wofür als Beweismittel bezeichnet ist: Zeugnis des städtischen Schutzmanns Grubschütz, hier, eine Geldstrafe von neun Mark, und für den Fall, daß dieselbe nicht beigetrieben werden kann, eine Haftstrafe von drei Tagen festgesetzt.

Gleich werden Ihnen die Kosten des Verfahrens auferlegt. Dieser Strafbefehl wird vollstreckbar, wenn Sie nicht binnen einer Woche nach der Zustellung bei dem unterzeichneten Gericht schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers Einspruch erheben.

Die Geldstrafe und die unten berechneten Kosten sind an die hiesige Gerichtskasse, Regentenplatz Nr. 11, Zimmer 13, binnen einer Woche nach dem Eintritt der Vollstreckbarkeit bei Vermeidung der Zwangsvollstreckung zu zahlen. Bei der Zahlung ist dieser Strafbefehl vorzulegen oder durch Angabe Ihres Namens und der Geschäftsnnummer genau zu bezeichnen.

Greiz, den 8. Juli 1905.

Kaiserliches Amtsgericht, Abt. I.
gez. J. Arnold.

Kostenrechnung.

- | | |
|-------------------------------------|---------|
| 1. Gebühr für den Strafbefehl . . . | 1.— M. |
| (§ 63 des Gerichtskostengesetzes) | |
| 2. Schreibgebühr . . . | — 10 |
| zusammen | 1.10 M. |

Danach existiert also in Reuß a. L. aus dem Jahre 1854 ein Gesetz, das alle Mädchen, die in außereheleiche Schwangerschaft geraten, verpflichtet, ihren Zustand spätestens im vierten Monat der Schwangerschaft persönlich der hohen kaiserlichen Obrigkeit anzuzeigen. Es ist nur sehr schwer möglich, an diese Lasten zu glauben, aber es ist so. In dem vorliegenden Falle soll, wie der „Leipz. Volksztg.“ mitgeteilt wird, ein junger Greizer Schutzmann diesen verhängnisvollen Zustand des Mädchens persönlich entdeckt und die Unglückliche zur Anzeige gebracht haben.

Da wohl auch in Reuß a. L. alle Staatsangehörigen vor dem Gesetz gleich sind, so werden unter den Töchtern des Landes, die ihre außereheleiche Schwangerschaft an Polizeistellen zu melden haben, gewiß neben Proletarierinnen auch Töchter der ebenso zahlungsfähigen wie sittlichen Bourgeoisie und der noch sittlicheren Aristokratie dieser Pflicht genügen. Daß man noch wagt, diese Bestimmung aus dem modernen Aktienraub hervorzuheben, beweist den Uebermut des politischen und geistigen Dunkelmännertums in Deutschland.

Die Cholera.

Die Hamburger Polizeibehörde teilt folgendes mit: Am 28. August wurde ein an Lungentzündung erkrankter russischer Kaufmann in das Krankenhaus St. Georg übergeführt, wo er am 29. August starb. Er war am 27. August aus Rußland mit der Bahn in Hamburg angekommen und in den Auswandererbaracken untergebracht worden. Bei der Sektion der Leiche fanden sich Anzeichen für das Vorhandensein von Cholera. Die weitere bakteriologische Untersuchung bestätigte diese Diagnose. Alle erforderlichen Sicherheitsmaßregeln sind getroffen worden. Die mit ihm in Verbindung gekommenen Auswanderer, welche sämtlich gesund sind, sind bis auf weiteres in der Quarantäneanstalt in Groden bei Ruxhaven abgeordnet worden. Weitere Erkrankungen sind nicht vorgekommen. Anlaß zur Beunruhigung liegt nicht vor.

Die „Neuen Westpr. Mitt.“ melden, daß bei einer am 18. d. M. in Kulm verstorbenen Reisemadamer Frau Cholera bakteriologisch festgestellt worden sei. Außer bei dieser Frau ist in Kulm noch bei zwei Kindern aus demselben Hause Cholera bakteriologisch festgestellt worden. Bei einem dritten erkrankten Kinde aus demselben Hause ist die Untersuchung noch nicht abgeschlossen. Gestern ist eine zweite Frau desselben Hauses choleraverdächtig erkrankt; eine dritte Frau ist an einer choleraverdächtigten Krankheit gestorben. Außerdem wurden gestern ein vorgestern gestorben und ein gestern erkrankter Flößer von oberhalb Kulm in das Kulmer Krankenhaus eingeliefert.

Als choleraverdächtig wurde bei Treul (Kreis Schönewestpreußen) ein Schiffer angehalten und mit anderen Mannschaften nach Graudenz gebracht. Ein bei Böskershöhe unter Choleraverdacht erkrankter Flößer ist ebenfalls nach Graudenz gebracht worden.

In den Orten Paaris und Barnitzlein sind einige Erkrankungen und je ein Todesfall unter choleraverdächtigten Erscheinungen festgestellt. Ein Regierungskommissar hat sich, der „Mastenburger Zeitung“ zufolge, gestern an Ort und Stelle begeben.

In dem Dorfe Pantow, das an der Rege und Barthe liegt, ist die Cholera an den inzwischen verstorbenen Flößern Emil Bürger und August Medelburg festgestellt worden. Heute traf beim hiesigen Landrat die telegraphische Nachricht ein, daß von Weihenhöf ein Flößer unter choleraverdächtigter Erkrankung nach Polzchen abgeschwommen sei. Die nötigen Vorsichtsmaßregeln wurden sofort getroffen. Sämtliche Badesanstalten in den beiden Strömen wurden sofort geschlossen.

Aus Stockholm wird gemeldet: Die Regierung hat beschlossen, wegen der Cholerafälle in Preußen Quarantänestationen auf Fasan bei Stockholm, auf Hestholm bei Karlskrona und auf Hven zu eröffnen.

Ein ergötzlicher Wettkampf zwischen den zwei reichsten Eisenbahn-Unternehmungen der Vereinigten Staaten ist entbrannt. Zur Zeit der Chicagoer Weltausstellung ließ die Pennsylvania-Eisenbahn einen „Spezialzug“ zwischen New York und Chicago fahren, der die 1464 Kilometer lange Strecke in 20 Stunden durchreiste. Dies ließ die New Yorker Zentralbahn nicht ruhen, auch sie stellte einen Blizzzug ein, der die 89 Kilometer längere Entfernung zwischen beiden Städten (1643 Kilometer) gleichfalls in 20 Stunden durchmachte. Es war ein recht teures Vergnügen, einen dieser Spezialzüge zu benutzen (um etwa drei Stunden Fahrzeit zu sparen). Das Billett kostete die Kleinigkeit von 35 Dollar — 147 Mark, also etwa 42 Mark mehr als das Geprehzug-Billett. Trotzdem war das Unternehmen auch für die Verwaltungen riesig lohnbringend und nichts weniger als rentabel, es schloß daher bald gänzlich ein. Jetzt plötzlich, im Juli dieses Jahres, läßt die Pennsylvania-Eisenbahn ihren alten „Spezialzug“ wieder laufen und zwar mit fast achtzehnstündiger Fahrzeit! Das ließ sich die New York-Central nicht bieten, sie beantwortete diese „Herausforderung“ damit, daß sie sofort einen Blizzzug mit der gleichen Fahrzeit einstellen ließ! Ihre Strecke ist ja, wie erwähnt länger, dafür aber ebener als die der Pennsylvania-Eisenbahn. Die Züge der letzteren laufen nun, jenseits des Alleghanygebirges, die geeignete Strecke mit einer Geschwindigkeit von 120 Kilometer pro Stunde hinab; denn nur hier kann der Lokomotivführer den beim Ansteigen erlittenen Zeitverlust wieder einholen. Allein diese Geschwindigkeit genügt den modernen Amerikanern noch nicht. Durch die Versuchsfahrten des Siemens-Wagens auf der Militärbahn, so meint das Organ des Vereins Deutscher Eisenbahn-Verwaltungen, und die Erzielung einer Fahrgeschwindigkeit von 210 Kilometer pro Stunde ist ein Feuerbrand in seine Seele geworfen worden, der nicht früher erlöschen wird, als bis man in Amerika dasselbe erreicht oder den „Rekord“ womöglich gebrochen hat. Sicher ist, daß in Amerika weit mehr über diese Versuchsfahrten gesprochen und geschrieben wird als in Deutschland, und es ist bei der Unternehmungslust und der Zerkraft der Amerikaner keinestwegs ausgeschlossen, daß eines Tages die Welt von der Nachricht überrastet wird, es sei dort in die Praxis überführt worden, was in Deutschland nur Versuch geblieben ist.

Entsetzliche Muttat eines Wahnsinnigen. Der Glasermeister Linke in Ramenz (Sachsen) hat heute nacht seine Ehefrau, seine vier Kinder und seine Schwiegermutter mit einem Beil erschlagen und dann das Haus angezündet. Linke ist geistesgestört; er wurde verhaftet.

In den Flammen umgekommen. Die „Allenstein Zeitung“ berichtet aus Löbau: In der Nacht zum Freitag brach bei dem Pöfziger Patalon in Abbau Bronikau Feuer aus, durch welches eine Scheune und ein Stall vernichtet wurden. Ein dort einquartierter Dragoner der Allensteiner Garnison, welcher in der Scheune schlief, fand in den Flammen seinen Tod und konnte nur noch als verkohlte Leiche herausgeholt werden.

Eine Massenvergiftung von Männern durch ihre Frauen wurde in einem südbanarischen Komitate entdeckt. Die Frauen bezweckten damit, große Versicherungsbeträge zu erheben oder neue Ehen mit früheren Liebhabern einzugehen. Zahlreiche Frauen wurden verhaftet und eine ganze Menge von Leichenausgrabungen angeordnet.

Einen eigenartigen Fund machte beim Kartoffelhaden der Arbeiter Hermann Thiel in Rohlshöhe im Striegauer Kreise. Ihm war im vorigen Jahre der Glaschrankschlüssel abhanden gekommen; alles Suchen danach war vergeblich. Als er nun vor einigen Tagen auf dem Wandtacker seines Vaters mit Kartoffel-Herausmachen beschäftigt war, fand er den Schlüssel an einer Kartoffel, die durch den Griff des Schlüssels gewachsen war, so daß man diesen nicht entfernen kann, ohne die Frucht zu zerbrechen. Wahrscheinlich ist der Schlüssel mit dem Dünger auf den Acker gekommen.

Drei Tage anhaltende Erdbüße haben in den Abruzzern großen Schaden angerichtet. In mehreren Ortshäusern sind Häuser, Kirchen und Gerichtsgebäude eingestürzt.